

NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

INHALT

Die Sowjetöffentlichkeit auf Friedenswacht	1
Der Kongress des Kampfes für die Rechte der Arbeiterklasse	3
A. LEONTJEW — In der Sackgasse der Marshallisierung	5
M. PAROMOW — Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie	8
Internationale Umschau (Notizen)	13
S. SCHUNDENKO — In englischen Schulen (Notizen eines Pädagogen)	20
N. GREKOWA — Ein Besuch bei den Frauen Frankreichs	24
Kritik und Bibliographie:	
L. SEDIN — „Inoffizieller Rechenschaftsbericht“ Vincent Tewsons	27
Chronik der internationalen Ereignisse	32
Beilage: Zweiter Weltgewerkschaftskongress, Mailand, 29. Juni — 9. Juli 1949 (Kurzer Bericht).	

Nr. 29

Jahrgang 1949

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

Schriftleiter: W. BERESIN

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

Die Sowjetöffentlichkeit auf Friedenswacht

AM 5. JULI fand in Moskau eine Beratung von Vertretern der gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Organisationen der Sowjetunion statt, die der Vorbereitung zur bevorstehenden Unionskonferenz der Friedensanhänger gewidmet war.

Der Sowjetstaat ist seit den ersten Tagen seines Bestehens ein entschlossener und konsequenter Vorkämpfer des Weltfriedens. Die Außenpolitik der Sowjetunion war und bleibt die Politik des Friedens, der Festigung der Freundschaft und friedlichen Zusammenarbeit unter den Völkern, die Politik des aktiven Widerstands gegen die verbrecherischen Absichten der Kriegstreiber.

Der konsequente und beharrliche Kampf der Sowjetregierung um einen dauerhaften und langwährenden Frieden ist durchaus natürlich und gesetzmäßig. Das Land, das den Kommunismus aufbaut, ist ein Land friedlicher, schöpferischer Arbeit. Es löst gigantische wirtschaftliche Aufgaben, um dem Volke einen Überfluß an materiellen Gütern zu schaffen. Bei der Ausführung der auf lange Jahre berechneten Volkswirtschaftspläne entwickelt das Sowjetvolk Wissenschaft und Technik, Kultur und Kunst. Mit jedem Tag macht es sein Heimatland und sein Leben reicher und schöner. Es ist begreiflich, daß die Sowjetmenschen, die von begeisterter schöpferischer Arbeit in Anspruch genommen sind und Pläne nie dagewesenen Maßstabs ausführen, zutiefst am Frieden interessiert sind. Sie wollen nicht, daß der Krieg wiederum ihre Arbeit unterbreche und auch nur einen Teil der Früchte ihres Schaffens vernichte.

Verteidigt das Sowjetvolk die Sache des Friedens, so sorgt es nicht nur für sich selbst, nicht nur für sein eigenes Wohlergehen. Ihm ist das Sehnen und das Schicksal aller friedliebenden Völker der Erde, das Schicksal der gesamten Menschheitszivilisation nah und teuer. Das Sowjetvolk hat die Zivilisation vor den Hitlerbarbaren gerettet, es führt diese Zivilisation zu neuen Errungenschaften, und es ist erfüllt von der Entschlossenheit, sie vor neuen Banditen und Würgern zu beschützen.

Die Interessen des Volkes bestimmen die Politik der Sowjetregierung. Der Wille des Volkes ist unverbrüchliches Gesetz für seine Mandatare,

denen es das Steuer der Staatsgewalt anvertraut hat. Deswegen kämpfen die Leiter des Sowjetstaates so beharrlich und konsequent für Frieden und Sicherheit, für eine feste internationale Zusammenarbeit. Das ist der Wille des friedliebenden Sowjetvolkes, das wachsam seine Errungenschaften verteidigt. Darin besteht eine der leuchtenden Bekundungen der unerschütterlichen Einheit von Volk und Regierung, einer Einheit, die nur unter den Verhältnissen einer echten und unumschränkten Volksherrschaft, einer wirklichen Demokratie möglich und im ersten sozialistischen Lande der Welt, in der Sowjetunion, zur Tat geworden ist. Das ist einer der Charakterzüge der Sowjetgesellschaft.

Es ist wohl kaum notwendig, daran zu erinnern, daß die Friedenspolitik der Sowjetunion absolut nicht von Furcht vor dem Kriege diktiert ist. Die Sowjetmenschen gehören nicht zu denen, die schwache Nerven haben. Sie wissen, was von dem Trommelwirbel der Marlboroughs aus der kapitalistischen Presse und von dem Säbelgerassel zu halten ist. Der Sowjetmensch fürchtet keine Drohungen: er läßt sich weder durch Atomhochstapler noch durch irgendwelche andere Erpressungen einschüchtern. Die Macht des Sowjetvolkes, die Stärke der sozialistischen Großmacht bedürfen keiner Beweise. Sie sind in Stalingrad und Berlin, in Europa und in der Mandschurei bewiesen worden. Nur Abenteurer, die den Verstand verloren haben, können noch in ihrem Wahn von der Möglichkeit einer Niedergabe der sowjetischen Großmacht träumen.

Man darf jedoch nicht vergessen, daß es in der kapitalistischen Welt noch genug Abenteurer solcher Art gibt. Die Kriegsbrandstifter setzen ihr niederträchtiges Werk fort. Es ist wahr, die Wirtschaftskrise, die in den kapitalistischen Ländern und vor allem im Hauptland des Imperialismus, in den Vereinigten Staaten, eingesetzt hat, schwächt die Kräfte der Kriegshetzer und verschärft die Widersprüche im imperialistischen Lager. Aber die Lakaien der Monopole werden auf der krampfhaften Suche nach einem Ausweg aus der Krise oder nach einem Weg, der sie zumindest mildern könnte, möglicherweise noch aktivere Schritte zur Entfesselung eines neuen

Krieges unternehmen. Sie brüten über dem Plan, die Weltherrschaft zu erringen und ihre Schwierigkeiten auf Kosten der Völker zu lösen, deswegen müssen die Anhänger des Friedens unablässig ihre Wachsamkeit und ihren Kampf gegen die Kriegsgefahr verstärken. Akademiemitglied B. D. Grekow erklärte auf der Beratung in Moskau:

„Wir leben jetzt in einer Epoche, in der die verfaulte kapitalistische Welt mit ihrer Ungerechtigkeit und ihrer Bedrückung zur Welt von gestern wird und von neuen Formen der gesellschaftlichen Beziehungen abgelöst wird, von Formen, die der Menschheit die Befreiung bringen und ihr die weitesten Möglichkeiten zur Entwicklung der besten Eigenschaften des Menschen eröffnen.“

Die herrschende Klasse der kapitalistischen Länder ist, in der Hoffnung, die Oberhand zu gewinnen und ihre eigene Herrschaft zu bewahren, bereit, die Volksmassen in einen neuen Krieg zu schicken. Aber die Anhänger des Friedens und der Kultur sehen dem nicht als passive Betrachter zu, sie haben den aktiven Kampf gegen die aggressiven Pläne der Kriegstreiber aufgenommen, die danach streben, die Erde wieder mit dem Blut der einfachen Menschen zu überschwemmen...“

Die Weltfriedensbewegung, die in Paris und Prag ihre gewaltige Stärke demonstrierte, hat alle Länder und Erdteile erfaßt. In der Vorhut dieser erhabenen Bewegung schreitet die Sowjetunion, das zuverlässige Bollwerk des Friedens und der Völkersicherheit, die unüberwindliche Schranke auf dem Weg der Kriegshetzer. Die Vertreter der Sowjetöffentlichkeit nahmen am Kongreß der Kulturschaffenden, Wissenschaftler und Künstler in Wrocław und am Weltkongreß der Friedensanhänger in Paris und Prag den aktivsten Anteil.

Der Schriftsteller Nikolai Tichonow sagte auf der Beratung in Moskau in seiner Eröffnungsrede:

„Auf diesen Kongressen ertönte die Stimme der Vertreter der Sowjetunion mit besonderer Eindringlichkeit. Die Rolle der Sowjetunion im Kampf um das Schicksal der fortschrittlichen

Menschheit ist in den entlegensten Winkeln der Welt bekannt, und keine Propaganda ist imstande, den Glauben der Millionen zu erschüttern, daß die Sowjetunion die erste und machtvollste Verteidigerin der unterdrückten Völker, die Befreierin der Völker vom Faschismus, die treue Hüterin der Sache des Friedens ist.“

Die Unionskonferenz der Friedensanhänger wird einen neuen großen Beitrag des Sowjetvolkes zur Sache des Friedens und der Festigung der Völkerfreundschaft bilden. An dieser Konferenz werden die weitesten Kreise der Sowjetöffentlichkeit teilnehmen. Arbeiter und Bauern, Intellektuelle, Wissenschaftler, Literaten und Künstler unterstützen aufs wärmste die Initiative des Zentralkomitees der Gewerkschaften der Sowjetunion, des Sowjetschriftstellerverbands und des Antifaschistischen Frauenkomitees der Sowjetunion, eine Konferenz der Friedensanhänger einzuberufen. Diese Konferenz wird tatsächlich ein Forum des gesamten Volkes sein!

Auf der Beratung wurde ein Vorbereitungsausschuß zur Einberufung der Unionskonferenz der Friedensanhänger gewählt, dem weltbekannte Vertreter der Öffentlichkeit und der Wissenschaft der Sowjetunion angehören: die Akademiemitglieder S. I. Wawilow, B. D. Grekow, A. W. Palladin, N. S. Dershawin, A. I. Oparin und A. N. Nessmejanow; der Präsident der Akademie der pädagogischen Wissenschaften, I. A. Kairow; die Schriftsteller A. A. Fadejew, K. M. Simonow, A. J. Kornejtschuk und N. S. Tichonow; der Leiter der Sowjetgewerkschaften, W. W. Kusnezow; der Sekretär des Zentralkomitees des Komintern, N. A. Michailow; die Vorsitzende des Antifaschistischen Frauenkomitees der Sowjetunion, N. W. Popowa; der Komponist D. D. Schostakowitsch, der Filmregisseur S. A. Gerassimow und andere.

Die Unionskonferenz der Friedensanhänger wird der weiteren Entfaltung der Völkerbewegung für den Frieden und gegen die Kriegsbrandstifter dienen. Sie wird die Entschlossenheit des Sowjetvolkes demonstrieren, auch künftig das siegreiche Banner des Kampfes für einen festen und dauerhaften Frieden, für Völkerfreundschaft und allgemeine Sicherheit hochzuhalten.

Der Kongreß des Kampfes für die Rechte der Arbeiterklasse

DER zweite Weltgewerkschaftskongreß in Mailand schloß am 9. Juli seine Arbeit ab. Delegierte von 72 Millionen Arbeitern und Angestellten aus fast allen Ländern der Welt erörterten ausführlich die aktuellsten Fragen der Gewerkschaftstätigkeit. Der Rechenschaftsbericht der leitenden Organe der Weltföderation der Gewerkschaften wurde behandelt, und ihre Aufgaben für die Zukunft wurden festgelegt. Manifest und Beschlüsse des Kongresses liefern den Gewerkschaftsorganisationen der ganzen Welt eine starke Waffe zum Kampf für die Rechte und Interessen der Werktätigen.

Welches sind die ersten und wichtigsten Schlußfolgerungen, die sich aus den Dokumenten und Schriftmaterialien des Mailänder Kongresses ergeben?

Vor allem ist festzustellen, daß die Weltföderation der Gewerkschaften die schweren Proben, auf die sie in den stürmischen Nachkriegsjahren gestellt wurde, ehrenvoll bestanden hat. Es ist den englischen und den amerikanischen Monopolen nicht gelungen, die Autorität und den Einfluß der Föderation zu untergraben. Obwohl der britische Trade-Union-Kongreß, der Kongreß der Industrieverbände und einige andere Landeszentralen aus der Föderation ausgetreten sind, bleibt sie weiter eine mächtige und kampffähige Gewerkschaftsorganisation. Dies hat der Mailänder Kongreß ganz offenkundig bestätigt. Aus den Reden der Delegierten ging hervor, daß die Arbeiterklasse rückhaltlos für ihre Weltföderation einsteht, daß sie sie noch stärker sehen möchte, noch fähiger, die wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse der Arbeiterschaft wirksam zu verteilen.

Ein zweiter wichtiger Umstand ist die einmütige Billigung, die die allgemeine Politik und die praktische Tätigkeit der Föderation im Kampf für die internationale Gewerkschaftseinheit, für Frieden und die demokratischen Rechte der Völker gefunden haben. Die Renegaten der internationalen Gewerkschaftsfront, Deakin, Carey, Tewson und ihre Freunde, haben die Föderation viele Monate lang verleumdet, bemüht, ihre allgemeine Linie und ihre Arbeitsmethoden zu unglimpfen. Der freie Meinungsaustausch, der in Mailand stattgefunden hat, zeugt davon, daß die demokratische Gewerkschaftsbewegung diese verleumderische Propaganda beiseite legt, die

darauf berechnet ist, Spaltung in die Reihen der Werktätigen hineinzutragen.

Die dritte Schlußfolgerung, die der Mailänder Kongreß zu ziehen gestattet, ist folgende: es hat sich erwiesen, daß die englisch-amerikanischen Spalter und ihre Handlanger aus den marshallisierten Ländern, die unter dem Druck ihrer Regierungen versuchen, den Boykott der Weltföderation der Gewerkschaften zu organisieren, isoliert sind. Die überwiegende Mehrheit der Gewerkschaftsorganisationen ist der Föderation treu geblieben. In einer Reihe von Ländern haben die Arbeiter sich geweigert, ihren Führern, die ihren Bruch mit der Föderation erklärt, Folge zu leisten. Am Mailänder Kongreß beteiligten sich Vertreter der Gewerkschaften Hollands, Belgiens und Luxemburgs. Beim Kongreß gingen herzliche Grüßungen von einer Reihe großer Gewerkschaften der USA, Englands, Norwegens und Schwedens ein. Das alles zeugt von dem Vertrauen, das Millionen Arbeiter und Angestellte der Weltföderation der Gewerkschaften entgegenbringen.

In den wenigen Jahren ihres Bestehens hat sich die Föderation als aufrechte Kämpferin für die Sache der Arbeiterklasse, für ihre sozialen Rechte und wirtschaftlichen Interessen, für Frieden und Demokratie in Empfehlung gebracht. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen wächst die Bedeutung der Föderation unermesslich an. Die Arbeitsleute in den kapitalistischen Ländern verspüren bereits die ersten Stöße der Wirtschaftskrise, die nicht nur die USA, sondern auch Westeuropa in ihren Wirbel hineinzuziehen droht. In den kapitalistischen Ländern verschärfen sich die sozialen Gegensätze und Konflikte. Bei der Verteidigung ihrer Zukunft, im Kampf für die Befriedigung ihrer wichtigsten Bedürfnisse wenden die Werktätigen sich um Hilfe und Führung an die Weltföderation der Gewerkschaften. Auf sie werden große Hoffnungen gesetzt. Der Mailänder Kongreß, der als ein Kongreß des Kampfes für die Rechte und Interessen der Arbeiterklasse in die Geschichte der internationalen Gewerkschaftsbewegung eingehen wird, ist ein Unterpfand dafür, daß diese Hoffnungen keine Täuschung erleiden werden.

Der zweite Weltgewerkschaftskongreß hat die Richtigkeit der Politik der Föderation bestätigt, die den knechtenden Marshallplan zurückwies und die Politik der Zusammenstoppelung aggressiver

Bündnisse und Blocks verurteilt hat. In dem vom Kongreß angenommenen Manifest ist gesagt:

„Die Politik der Imperialisten, die in dem sogenannten, den Zielen der wirtschaftlichen und politischen Knechtung der Völker dienen den Marshallplan und im Nordatlantikpakt am krassesten zum Ausdruck kommt, ist ein Werkzeug zur Ausführung der aggressiven Absichten der Kriegsbrandstifter.“

Unter den Fragen, die im Mittelpunkt der Konferenzarbeit standen, war die Aktivierung des Friedenskampfes. Das ist ganz natürlich. Die Forderung nach Frieden ist eine der Hauptforderungen der Arbeiterklasse aller Länder, um so mehr, als die Kriegsvorbereitungen in den kapitalistischen Ländern von einer Offensive gegen das Lebensniveau der Werktätigen und ihre demokratischen Rechte begleitet sind. Deshalb müssen die Gewerkschaftsorganisationen, wenn ihnen die Interessen ihrer Mitglieder wirklich am Herzen liegen, unbedingt einen Kampf für den Frieden führen.

In den Mailänder Beschlüssen ist das Programm dieses Kampfes festgelegt. Die Föderation und ihre Organe werden eine energische Tätigkeit zur Entlarvung der Kriegsbrandstifter und ihrer Agenten in der Arbeiterbewegung entfalten. Die der Föderation angeschlossenen Zentralen werden tätigsten Anteil an den Landeskomitees der Friedensanhänger nehmen. Es ist der Föderation nahegelegt worden, im ständigen Komitee des Weltkongresses der Friedensanhänger den Vorschlag einzubringen, einen Internationalen Tag des Friedensschutzes festzusetzen. Dies wird ein Tag der Volksdemonstrationen gegen die faschistischen Staatssysteme, gegen die Kolonialkriege, gegen Verletzung der Gewerkschaftsfreiheiten, für Frieden, Demokratie und für die internationale Solidarität der Arbeiterklasse sein.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Anregung des Mailänder Kongresses bei der demokratischen Öffentlichkeit aller Länder wärmste Unterstützung finden wird, denn sie entspricht den sehnlichsten Bestrebungen der breiten werktätigen Massen.

Die Ereignisse bestätigen auf Schritt und Tritt, welche Bedeutung Einheit, Organisiertheit, Zusammenhalt und gegenseitige Unterstützung als Hauptwaffe der Arbeiterklasse im Kampf für ihre Rechte und Interessen haben. Die Gewerkschaften einer Reihe von Ländern konnten diese Waffe in der Praxis, in Kämpfen mit ihren Feinden erproben. Deshalb ertönten auf dem Mailänder Kongreß mit solcher Eindringlichkeit die Aufrüttlungen, wachsam die Ränke der Feinde der Einheit zu beobachten, ihre Wühlarbeit aufzudecken und sie endgültig von den Massen zu isolieren.

Der Mailänder Kongreß hat die Weltföderation

der Gewerkschaften verpflichtet, ihre Bemühungen auf eine Wiederherstellung der Gewerkschaftseinheit in denjenigen Ländern zu richten, wo es die reaktionären Gewerkschaftsführer mit Unterstützung der Agenten der USA-Monopole versucht haben, einen Keil zwischen die einzelnen Gruppen der Arbeiterklasse zu treiben. In seinem Aufruf an die Mitglieder der Gewerkschaften der USA, Englands und anderer Länder, deren Gewerkschaftsführer den Austritt aus der Föderation erklärt haben, fordert der Kongreß die Arbeiter auf, eine Rückkehr ihrer Gewerkschaftszentralen in die Reihen der Weltföderation der Gewerkschaften durchzusetzen. Der Kongreß bestätigte, daß die Tore der Föderation für alle Gewerkschaftsorganisationen weit offen bleiben, denen es um Festigung der internationalen Einheit zu tun ist.

Große Bedeutung für die Arbeiterklasse hat das in Mailand ausgearbeitete Kampfprogramm zur Verteidigung der von den bürgerlichen Regierungen mit Füßen getretenen Gewerkschaftsrechte, zur Verteidigung der Gewerkschaftsführer, die im Kerker schmachten.

Die endgültige Bildung der Industrieabteilungen wird zu einer Verstärkung und einem Aufschwung in der täglichen Arbeit der Föderation beitragen. Dieser Frage hat der Mailänder Kongreß bedeutende Beachtung geschenkt. Es sind bereits vier solcher Abteilungen gegründet worden, und bis Ende des Jahres werden es zwölf sein. Wie das auch in den 1945 bestätigten Statuten der Föderation vorgesehen ist, werden die Industrieabteilungen international in den einzelnen Industriezweigen Aufgaben erfüllen wie den Schutz der gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Werktätigen, den Kampf um Hebung ihres materiellen Niveaus und die Arbeitsbeschaffung, Einschränkung der Arbeitszeit usw.

Die Tagesordnung des zweiten Weltgewerkschaftskongresses war sehr umfangreich. Alle von ihm ausgearbeiteten Probleme, alle gefaßten Resolutionen sind von gewaltiger praktischer Bedeutung. Es genügt, Fragen zu nennen, wie das Tätigkeitsprogramm der Föderation und der Gewerkschaftszentralen der Länder zum Schutz der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Werktätigen oder die Tätigkeit der Gewerkschaften und den Kampf der Werktätigen für nationale Unabhängigkeit in den Kolonien und Halbkolonien in Asien, Australien, Afrika und Lateinamerika. Zu diesen Fragen wurden Resolutionen angenommen, die es verdienen, einer eingehenden Sonderanalyse unterzogen zu werden.

Die erfolgreiche und fruchtbringende Arbeit des Kongresses ist eine anschauliche Bestätigung dafür, daß

„den verbrecherischen Plänen der Imperialisten und ihrer Lakaien der unbeugsame Wille hunderter Millionen von Männern und Frauen aller Länder zum Frieden, zur Einheit und zur Zusammenarbeit gegenübersteht. Die für den Frieden eintretenden Kräfte der Demokratie sind groß und mächtig. Sie sind viel stärker als die Kräfte der Reaktion und sind fähig, diese zu bändigen.“ (Aus dem Manifest des zweiten Weltgewerkschaftskongresses.)

Die Gewerkschaftsöffentlichkeit der Sowjetunion billigt und unterstützt die Beschlüsse des Mailänder Kongresses. Die Sowjetdelegation hat auf dem Kongreß in Mailand eine aktive Rolle gespielt. Ihre Anträge zu verschiedenen Tagesordnungsfragen bildeten einen wertvollen Beitrag zur Arbeit des Kongresses. Die Sowjetgewerkschaften werden den Empfehlungen des Kongresses restlos nachkommen und alle Mühe daransetzen, die Weltföderation der Gewerkschaften zu stärken.

In der Sackgasse der Marshallisierung

A. LEONTJEW

ANGESICHTS der in den Vereinigten Staaten immer mehr um sich greifenden Wirtschaftskrise verschärfen sich die Schwierigkeiten der marshallisierten Länder Westeuropas. In den Zeitungen werden Telegramme über Produktionseinschränkungen und steigende Arbeitslosigkeit in Übersee von Berichten über Finanzzusammenbrüche an den europäischen Börsen abgelöst. Diese trostlosen Ereignisse bilden den Hintergrund für ununterbrochene Beratungen und Verhandlungen zwischen den Marshallplanteilnehmern.

Um die ständigen Wall-Street-Bevollmächtigten für Europa-Angelegenheiten, Harriman und Hoffman, zu unterstützen, begab sich USA-Finanzminister Snyder eilends aus Übersee nach Paris und dann nach London. Die sensationslüsterne bürgerliche Presse schreibt bereits von einem neuen „Snyder-Plan“. Gewisse Kommentatoren berichten, der USA-Finanzminister habe einen „Super-Marshallplan“ mitgebracht; sie scheinen unterdes nicht zu bemerken, daß sie damit unwillkürlich den völligen Zusammenbruch des Marshallplans verraten, was übrigens schon längst ein öffentliches Geheimnis ist.

Aus dem dichten Nebel der widerpruchsvollen Meldungen und Gegenmeldungen, Gerüchte und Dementis, der die Verhandlungen der amerikanischen Shylocks mit ihren europäischen Schuldner umhüllt, stechen unbestreitbar zwei feststehende Tatsachen hervor. Erstens fordern die amerikanischen Wucherer eine Abwertung der europäischen Währungen, vor allem des englischen Pfundes. Zweitens lehnen die regierenden Kreise Englands diese Forderung ab. So erklärte der englische Finanzminister Cripps: „Die Regierung hat nicht die geringste Absicht, eine Pfundabwertung vorzunehmen.“

Der Kampf um die Pfundabwertung illustriert nicht übel jene vorgebliche „Einigkeit“ des

englisch-amerikanischen Blocks, die, anscheinend auf Grund des Trägheitsgesetzes, immer noch den ständigen Gesprächsgegenstand der amtlichen Vertreter beider Mächte bildet. Zur gleichen Zeit spiegelt dieser Kampf die zwei verschiedenen Programme wider, mit deren Hilfe die konkurrierenden Partner, jeder auf Kosten des anderen, die Folgen der immer offenkundiger über die kapitalistische Welt hereinbrechenden Wirtschaftskrise zu mildern suchen.

Das englische Programm wurde von Finanzminister Cripps dargelegt. Am 6. Juli konstatierte er im Unterhaus, das schwierigste englische Wirtschaftsproblem sei jetzt „die Handels- und Zahlungsbilanz gegenüber dem Dollarraum“. Das Dollardefizit steigt von Monat zu Monat, von Vierteljahr zu Vierteljahr. Im Zusammenhang damit verringern sich die Devisenvorräte Englands und des ganzen Sterlingraums. Gegen Ende des zweiten Vierteljahrs waren die Vorräte dieses Raums auf 406 Millionen Pfund Sterling zusammengeschrumpft, während sie Ende des ersten Vierteljahrs 471 Millionen ausgemacht hatten.

Den Ausweg aus dieser Lage sucht Cripps vor allem in der weiteren Senkung des Lebensniveaus der englischen Werktätigen. Das wird wohlständig als „Senkung der Produktionskosten“ bezeichnet und bedeutet Arbeitsintensivierung bei Aufrechterhaltung des Lohnstopps und steigenden Preisen für Massenbedarfsgegenstände. Gleichzeitig gab Cripps bekannt, es sei notwendig, die Wareneinkäufe im Dollarraum sowie alle übrigen Dollarausgaben im Laufe der nächsten drei Monate weitgehend einzuschränken. In den USA bewertete man die Erklärung Cripps' als schweren Schlag gegen die amerikanischen Exporteure von Erdöl, Weizen, Baumwolle und Tabak, jener Waren also, deren Vorräte in ganz besonders bedrohlichem Ausmaße anwachsen.

Cripps bemerkte ermutigend, die Beschränkung der Dollarausgaben müsse auch nach Ablauf der drei Monate andauern, wenn in dieser Zeit keine genügenden Resultate erzielt werden sollten. England beabsichtigt, die Einschränkung von Ankäufen im Dollarraum durch Entwicklung zweiseitigen Handels und sogenannter Barter-Abkommen (d. h. Abkommen über gegenseitige Warenlieferungen) mit anderen Ländern zu kompensieren. Nach Erklärungen unterrichteter Beobachter hofft die englische Regierung, die amerikanischen Wucherer durch diese Drohung zu zwingen, den Beutel zu ziehen und ihr einen ergänzenden Dollar- oder Goldkredit zu gewähren. Die USA-Exporteure fordern ihrerseits die Regierung auf, gegen England Repressalien anzuwenden, die in der Kürzung oder Streichung der laut Marshallplan bereitgestellten Summen bestehen sollen.

Im Gegensatz zum englischen Programm fordern die USA-Monopole, als Vorkämpfer der berüchtigten freien Konkurrenz getarnt, die Entwicklung des Vielpartnerhandels. Das Leben hat die von der Wall Street ausgegebene Parole der Handelsfreiheit schon zur Genüge entschleiert. Angesichts des ausgesprochenen Übergewichts ihrer wirtschaftlichen Macht können die USA-Monopole mit Hilfe des Dumpings jede Konkurrenz der Monopole anderer Länder auf dem Weltmarkt niederringen. Unter diesen Umständen ist die Forderung nach Handelsfreiheit als die Forderung aufzufassen, den USA-Räubern möge die völlige Freiheit eingeräumt werden, sich beliebiger Märkte zu bemächtigen und die nationale Industrie anderer Länder zu erdrosseln.

Wie aber ist dies Programm mit der amerikanischen Forderung nach Abwertung der westeuropäischen Währungen zu vereinbaren? Es ist doch bekannt, daß eine Währungsabwertung zu einer Senkung der Exportpreise der westeuropäischen Länder führen würde und diesen so im Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt gewisse Vorteile verschaffen könnte. Wie aus Pressemeldungen hervorgeht, wendet sich ein bestimmter Teil der amerikanischen Geschäftskreise in diesem Zusammenhang gegen eine Abwertung der westeuropäischen Währungen.

Nichtsdestoweniger ist das Abwertungsprogramm das Kampfprogramm der Wall Street und der ihr botmäßigen USA-Regierung. Der dem Präsidenten Truman beigegebene „Nationalbeirat für internationale Währungs- und Finanzfragen“, dessen Mitglieder Acheson, Snyder, Holzman, Handelsminister Sawyer, McCabe, der Vorsitzende des Föderalen Reserveamtes, und Gaston, der Präsident der Export-Import-

bank, sind, spricht sich in einem kürzlich vorgelegten Memorandum entschieden für eine Währungsabwertung in den westeuropäischen Ländern und vor allem in England aus.

Bei Empfehlung dieser Maßnahme beruft sich der Beirat auf die Notwendigkeit eines Ausgleichs der Zahlungsbilanzen der westeuropäischen Länder gegenüber der westlichen Hemisphäre. Um keinen Zweifel darüber aufkommen zu lassen, was für ein „Ausgleich der Zahlungsbilanzen“ gemeint ist, betont der Beirat, daß es notwendig sei, „umfangreiche private ausländische“ (d. h. amerikanische) „Kapitalinvestitionen heranzuziehen“. Laut Presseerklärungen handelt es sich hier um Investitionen der USA-Monopole nicht nur in den Ländern Westeuropas, sondern vor allem auch in den Kolonien dieser Länder. Die äußerlich so unschuldige Fassung verschleiert nur den Raubhunger der Wall Street, die sich systematisch an die leckersten Bissen der Kolonialwirtschaft heranpirscht.

Die Tatsachen bekräftigen immer wieder, wie richtig W. M. Molotow schon vor zwei Jahren auf der Beratung der drei Minister in Paris den Marshallplan einschätzte.

Am Zusammenprall der beiden Wirtschaftsprogramme, des englischen und des amerikanischen, zeigt sich das Scheitern des Marshallplans besonders handgreiflich. Das Programm Englands bezweckt den Versuch, in einem gewissen Maße die Fesseln zu sprengen, die der Marshallplan im Interesse der USA-Monopole dem englischen Handel mit anderen Ländern auferlegt hat. Das USA-Programm dagegen verfolgt das Ziel, die gegenwärtig besonders akuten Schwierigkeiten der westeuropäischen Länder dazu auszunutzen, um sie wirtschaftlich noch mehr zu unterjochen und zu würgen; so versucht es, den verwunschenen Kreis der Widersprüche des Marshallplans zu sprengen.

Mit Hilfe des Marshallplans hatten die USA versucht, die höchst widersprüchsvolle Lage zu fixieren, bei der sie einerseits ihren Export auf jede Weise aufzublähen, andererseits aber ihren Import mit allen Kräften kürzen und beschränken.

Es genügt, die allerjüngsten Zahlen anzuführen, um eine anschauliche Vorstellung vom Wesen dieses Widerspruchs zu erhalten. Nach den eben erst veröffentlichten Angaben des Handelsministeriums der Vereinigten Staaten machte der Export der USA im Mai 1 077 000 000 Dollar aus, während sich der Import auf nur 539,4 Millionen Dollar belief. Mit anderen Worten: der Export der USA ist doppelt so groß wie ihr Import. Die Spanne zwischen USA-Export und -Import beläuft sich monatlich auf nahezu eine halbe Milliarde Dollar, d. h. auf rund sechs Milliarden

Dollar im Jahr. Diese Summe ist bedeutend größer als alle heute zur Diskussion stehenden Beträge, die laut Marshallplan bereitgestellt werden sollen. Hieraus resultiert die Unvermeidlichkeit des Dollarhungrers in den Ländern Westeuropas, die zudem gezwungen sind, nicht allein in den USA, sondern auch in anderen Ländern des Dollarraums, vor allem in Kanada, Dollars auszugeben.

Dieser unlösbare Widerspruch bildete von Anfang an die Achillesferse des wirtschaftlichen Systems des Marshallplans. Eine bestimmte Zeit lang war es möglich, diesen Widerspruch nicht an die Oberfläche kommen zu lassen, doch diese von ihrer eigenen Politik heraufbeschworene Erscheinung zu bannen — das lag nicht in der Macht der USA-Monopolbesitzer und ihrer westeuropäischen Klienten. Jetzt wird dieser Widerspruch unter den Verhältnissen der zunehmenden Wirtschaftskrise besonders akut.

Die USA-Monopole suchen den Ausweg aus der Lage in einem Programm umfangreicher Kapitalinvestitionen im Ausland, d. h. mit anderen Worten in einem Programm, das den Aufkauf der vorteilhaftesten Unternehmen aus dem Besitz des englischen, französischen, holländischen und belgischen Kapitals durch USA-Firmen vorsieht. Es handelt sich vor allem um Unternehmen, die sich in den Kolonialbesitzungen der westeuropäischen Länder befinden und wertvolle, von der USA-Wirtschaft unter allen Umständen benötigte Rohstoffe fördern. Die Wall-Street-Monopole wollen diese Unternehmen für ein Butterbrot haben. Daher die Forderung nach Abwertung der westeuropäischen Währungen und vor allem des englischen Pfundes.

So versetzt der Marshallplan den westeuropäischen Ländern einen Schlag nach dem anderen. Er wurde als Plan des wirtschaftlichen Wiederaufbaus angepriesen. In Wirklichkeit führte er zu einer Vermehrung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, zu einer Zuspitzung der wirtschaftlichen und sozialen Widersprüche. Die Beträge, die die westeuropäischen Länder auf Grund des Marshallplans von den USA erhielten, waren weit geringer, als die den marshallisierten Ländern von ihren Wohltätern aus den Vereinigten Staaten aufgezwungenen Ausgaben für Rüstungszwecke. Allein diese Tatsache zeigt, daß das Geschwätz von der Hilfe gewissenloser Bluff war.

Weiterhin wurde der Marshallplan als Instrument zur Überwindung des Dollarhungrers in den westeuropäischen Ländern angepriesen. Das Leben zeigte, daß der Marshallplan nicht allein nicht geholfen hat, den Dollarhunger zu überwinden, daß er im Gegenteil unvermeidlich zu seiner Verstärkung führen und ihn zu einer chronischen Krankheit machen mußte. Anders konnte

es auch nicht sein bei der jetzigen Handelspolitik der USA, die bestrebt sind, ihren Warenexport nach Westeuropa zu erweitern, ohne die entsprechende Einfuhr von in Westeuropa erzeugten Waren zuzulassen. Die Verderblichkeit des Marshallplans für eine normale Entwicklung des internationalen Handels und gesunder Wirtschaftsverbindungen zwischen verschiedenen Ländern ist ganz offensichtlich. Unter diesen Umständen machen Winkelzüge wie die Erklärung Achesons auf einer Pressekonferenz am 6. Juli wirklich einen kläglichen Eindruck: er wiederholte dort von neuem die abgedroschene Behauptung, der Marshallplan sei ein amerikanisches Angebot zur Erweiterung des internationalen Handels gewesen, und das Unglück habe darin bestanden, daß die Sowjetunion ihre Teilnahme an diesem großartigen Plan verweigert habe.

Die kurzsichtigen Politiker Westeuropas und vor allem die Labourmachthaber in England hatten ferner gehofft, der Marshallplan werde den Metropolen wieder auf die Beine helfen, damit sie die Ausbeutung der Kolonialbesitzungen ungestört fortsetzen könnten. Die Marshallisten mußten auch in dieser Hinsicht eine höchst unangenehme Enttäuschung erleben. Der Marshallplan erwies sich für die USA-Monopole als Mittel zur Sprengung der Tore fremder Kolonialreiche. Bis dahin hatten sie in den Kolonialbesitzungen der europäischen Länder hauptsächlich die Absatzmärkte an sich gerissen. Jetzt gehen sie entschlossen zur nächsten Etappe ihrer Expansion über und bemächtigen sich der Kolonien als vorteilhaftester Sphäre für Kapitalinvestitionen. Daher die Sorge der Wall Street um die Währungsabwertung, vor allem die des englischen Pfundes.

Schließlich wollten die Verteidiger des Marshallplans diesseits und jenseits des Atlantischen Ozeans als echte Scharlatane leichtgläubigen Menschen einreden, dieser Plan schaffe die „westliche Eintracht“ und „atlantische Gemeinschaft“, er werde, mit anderen Worten, die Widersprüche im Lager der imperialistischen Staaten vernichten. Jetzt bietet das imperialistische Lager der ganzen Welt ein Bild ununterbrochener Zwistigkeiten, wobei vor allem die überaus scharfen Gegensätze zwischen den USA und ihrem Juniorpartner England ins Auge stechen. Es ist kein Zufall, daß es laut Pressemeldungen zu den Hauptaufgaben der jetzt in Paris unter dem Aushängeschild „Informationsagentur“ eingerichteten USA-Zentrale für Wirtschaftsspionage gehören wird, „aufmerksam das Eindringen Englands in die marshallisierten Länder des europäischen Festlandes zu verfolgen“.

Das Fiasko des Marshallplans bedeutet gleich-

zeitig den Zusammenbruch der von den Regierungen der westeuropäischen Länder betriebenen Marshallisierungspolitik. Deswegen machen die regierenden Kreise diesseits und jenseits des Atlantischen Ozeans verzweifelte Versuche, dieses Fiasko zu verheimlichen, deswegen reden sie nach wie vor immer wieder von „Erfolgen“ beim Wiederaufbau Westeuropas. Doch „nicht von Erfolgen, sondern vom Fehlschlagen des Marshallplans müßte man sprechen, wenn man die der ganzen Welt bekannten Tatsachen berücksichtigen will“ (A. J. Wyschinski). Die unbarmherzigen wirtschaftlichen Tatsachen zeigen sich stärker als die kühlen Phrasen der Anhänger des Marshallplans.

Das Leben beweist mit jedem Tag immer anschaulicher, daß die amerikanische Expansion, die die wirtschaftliche und politische Unterjochung der westeuropäischen Länder bedeutet, diese Länder gleichzeitig in schärfste Konflikte stürzt. Die Politik der Lakaiendienste für den USA-Imperialismus setzt die Länder Westeuropas wirt-

schaftlichen Erschütterungen und einer Krise aus, die gleichbedeutend ist mit dem Ansteigen der Arbeitslosigkeit, mit der weiteren Senkung des ohnehin schon einem Bettlerdasein entsprechenden Lebensniveaus und mit noch größerer Unsicherheit in bezug auf den kommenden Tag. Die Volksmassen sehen mit jedem Tage klarer die Verderblichkeit jener Politik der Marshallisierung, welche die an ihr beteiligten Länder in den verwunschenen Kreis unlösbarer wirtschaftlicher Widersprüche und abenteuerlicher, die internationale Atmosphäre vergiftender kriegspolitischer Pläne zerrt.

Für die Länder, die in die Sackgasse der Marshallisierung geraten sind, gibt es nur einen Ausweg. Er besteht im Bruch mit der Politik der Kriegstreiber und im Übergang auf den Weg ehrlicher internationaler Zusammenarbeit auf den Grundlagen der Gleichberechtigung, auf jenen Weg, für den die Sowjetunion und die anderen demokratischen Länder eintreten.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie

M. PAROMOW

DIE FRAGEN der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit treten immer mehr ins Blickfeld der Aufmerksamkeit. In diesem Zusammenhang sind die Grundsätze, auf denen die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den Staaten der Volksdemokratie beruht, von großem Interesse.

Die Außenpolitik der Sowjetunion ist auf Achtung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität der Völker begründet. Hieraus ergibt sich das Prinzip völliger Gleichberechtigung in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Die Sowjetpolitik lehnt jede Möglichkeit einer Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten ab, sie lehnt es ab, daß anderen Staaten Bedingungen aufgezwungen werden, die für sie unannehmbare sind oder nicht auf Gleichberechtigung fußen. Hier genügt die Erinnerung, daß sich der Sowjetstaat schon in den ersten Tagen seiner Existenz von den auf Nichtgleichberechtigung begründeten Verträgen des zaristischen Russlands mit Persien (Iran), Afghanistan, der Türkei und China lossagte.

Der sozialistische Staat, der die ganze Volkswirtschaft auf den Grundlagen der Planmäßigkeit

leitet, kann nicht nur bestimmte Verpflichtungen übernehmen, sondern auch ihre Ausführung gewährleisten. Die strenge und gewissenhafte Einhaltung internationaler Verpflichtungen gehört zu den wichtigsten Grundsätzen, von denen sich die Sowjetunion unwandelbar leiten läßt.

Alle wirklich nach friedlicher internationaler Zusammenarbeit strebenden Staaten gehen gern auf eine Erweiterung der wirtschaftlichen Beziehungen mit der Sowjetunion ein. In dieser Hinsicht kommt natürlich den Ländern der Volksdemokratie der erste Platz zu. In der Sowjetunion und in den Ländern der Volksdemokratie bildet nicht die Jagd nach Superprofit mit dem von dieser verursachten Streben nach Aneignung der Rohstoffquellen und Absatzmärkte als Monopolbesitz den Hauptantrieb zur Erweiterung von Produktion und Handel, sondern die friedliche Entwicklung der Volkswirtschaft, die wachsenden Bedürfnisse der werktätigen Massen. Auf dieser Grundlage erwächst das gegenseitige Interesse aller Länder des demokratischen Lagers an der Erweiterung ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Der Außenhandel zwischen ihnen gewinnt unter

den Verhältnissen der von den englisch-amerikanischen Imperialisten betriebenen Diskriminierung eine besonders große Bedeutung. Im Warenumsatz jedes volksdemokratischen Landes macht der Anteil der übrigen Länder des demokratischen Lagers 35—80 Prozent aus, während er 1937 nur 10—18 Prozent betrug. Die führende Rolle kommt dem Handel mit der Sowjetunion zu, die im Import und Export der Länder der Volksdemokratie beständig den ersten Platz einnimmt. Das ist nicht nur durch die Aufnahmefähigkeit des Marktes der Sowjetunion, nicht nur durch die weitgehenden Möglichkeiten zur Lieferung verschiedener sowjetischer Waren zu erklären, sondern auch durch die Gesamtheit der Vorteile, die der Handel mit der Sowjetunion bietet. So schrieb der Außenhandelsminister Rumäniens, Al. Bârlădeanu, in der Zeitung „Scânteia“:

„Wirtschaftliche Zusammenarbeit auf Grundlage der Gleichheit zwischen einem mächtigen und einem schwächeren, minder entwickelten Lande ist ein neuer Faktor, der bis jetzt in der Geschichte unbekannt war und erst mit dem Erscheinen des ersten sozialistischen Staates der Welt möglich wurde.“

Die Länder der Volksdemokratie sind bestrebt, ihren Außenhandel so zu gestalten, daß er zur rascheren Entwicklung der Industrie, des Verkehrswesens und der Landwirtschaft beiträgt. Die Sowjetunion liefert ihnen zu beiderseits vorteilhaften Bedingungen Waren, die gerade diesen Bedürfnissen entsprechen. Die Länder der Volksdemokratie benötigen zur Lösung der Aufgaben ihrer Industrialisierung und der Mechanisierung der Landwirtschaft vor allem Industrieeinrichtungen und Mangelrohstoffe. Beides können sie zu vorteilhaften Bedingungen aus der Sowjetunion einführen.

Bei den Lieferungen der Sowjetunion ist der Anteil der Betriebseinrichtungen und wertvollen Industrierohstoffe bedeutend größer als der von Gebrauchsgütern. So z. B. kommen vom Gesamtwert der Waren, die Bulgarien in den Nachkriegsjahren aus der Sowjetunion erhalten hat, 70 Prozent auf Industrierohstoffe und Maschinen, nicht eingerechnet die Betriebseinrichtungen, welche Bulgarien im Rahmen von Kreditabkommen aus der Sowjetunion bezieht. Dieser Prozentsatz wäre noch höher, hätte die Sowjetunion nicht Bulgarien in Anbetracht der Mißernten in den drei Nachkriegsjahren mit großen Getreidelieferungen ausgeholfen. Jetzt, wo Bulgarien dieser Notwendigkeit enthoben ist, wächst der Anteil von Metallen und Maschinen an seinem Import aus der Sowjetunion noch mehr. So steigt im Jahre 1949 der gesamte Warenaumsatz zwischen der Sowjetunion und Bulgarien im Vergleich zum Vorjahr um 20 Prozent, dabei erreicht aber die Einfuhr von Eisen und Stahl fast das Doppelte, die von

Nichteisenmetallen das 4,6fache, von elektrischem Kabel nahezu das Dreifache, von Landmaschinen das 2,3fache.

Im Rahmen der Industriegütereinfuhr erhält Polen aus der Sowjetunion auf Kredit die vollständige Ausrüstung für neuerrichtete Industrieanlagen, insbesondere die Einrichtung für ein neues Hüttenwerk, dessen Inbetriebnahme die Vorkriegsproduktion der polnischen Hüttenindustrie fast verdoppeln wird, Einrichtungen für große Kraftwerke sowie für mehrere Industriebetriebe der chemischen Industrie und der Zementindustrie.

„Kurjer Codzienny“ schrieb, daß diese Lieferungen

„es ermöglichen, eine moderne chemische Industrie zu schaffen, das energetische Potential um 500 000 Kilowatt zu erhöhen, die Zementproduktion um fast 300 000 Tonnen jährlich zu steigern und die Textilindustrie mit fehlenden Maschinen auszurüsten und zu erweitern.“

Der sowjetische Export unterscheidet sich grundsätzlich vom kapitalistischen, der einen kraß ausgeprägten Konsumcharakter trägt und in den Ländern, in die er geht, zur Produktionseinschränkung in vielen Industriezweigen führt.

Es ist kennzeichnend, daß der Anteil von Werkzeugmaschinen, sonstigen Maschinen und verschiedenen Mechanismen unter den Marshallplanlieferungen nur 8—9 Prozent beträgt. Den Ländern der Volksdemokratie, die nicht gewillt waren, den Kopf in die Schlinge des Marshallplans zu stecken, wurde die Lieferung von Betriebseinrichtungen durch die USA und England vollständig verweigert. Sie haben jetzt selbst die Ausführung jener unbedeutenden Aufträge eingestellt, die sie früher von den demokratischen Ländern entgegengenommen hatten. Der Ministerpräsident der Tschechoslowakischen Republik, Zapotocký, wies bereits im Oktober 1948 auf diesen Umstand hin, als er dem Parlament berichtete:

„Es ist kein Geheimnis, daß wir ... im Osten jetzt auf größeres Verständnis stoßen als im Westen. Wir sind z. B. nicht schuld daran, daß bestimmte USA-Kreise die Abfertigung von Lieferungen aus Amerika nach der Tschechoslowakei verhindern, darunter auch solcher Lieferungen, die wir schon längst mit Dollars bezahlt haben.“

Im April 1949 wurde bekannt, daß die englisch-amerikanischen Besatzungsbehörden in Deutschland der Tschechoslowakei und anderen volksdemokratischen Ländern ohne jeden Grund den Ankauf von Schrott in Bizonien verboten haben. Das geschieht, obwohl die Tschechoslowakei gegenwärtig einen bedeutenden Teil ihrer Stahlproduktion und ihrer Stahlfertigwaren in die Länder Westeuropas exportiert und auch im weiteren zu exportieren beabsichtigt.

Unter dem Druck der USA kürzt Schweden die Eisenerzlieferungen für die Tschechoslowakei.

Die Labourregierung veröffentlichte am 8. April eine neue umfangreiche Liste von Waren, die als „strategische Materialien“ bezeichnet werden, deren Ausfuhr nach Osteuropa einer strengen Regierungskontrolle (lies: Verbot) unterliegt. Die Liste umfaßt Werkzeugmaschinen (von über 25 Typen); alle Arten von Schneidewerkzeugen mit Diamantenbesatz; Diamantschleifsteine; Kompressoren; Elektronenapparate; eine Anzahl chemischer Stoffe; natürlichen und synthetischen Graphit; Nichteisenmetalle, ihre Erze sowie viele Erzeugnisse aus Nichteisenmetallen und auch gewisse Arten von Schmiermaterialien und Teeren.

Die Lieferungen sowjetischer Betriebseinrichtungen und Rohstoffe sind entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung der Länder der Volksdemokratie. Die Sowjetunion hat einer Anzahl von Ländern, die besonders schwere Kriegsschäden erlitten hatten, Kredit für den Ankauf von Betriebseinrichtungen eröffnet. Außerdem gewährt sie den Staaten der Volksdemokratie Anleihen. All diese Beispiele zeigen eindrucksvoll, wie fern der Sowjetunion die für die kapitalistischen Länder kennzeichnenden Bestrebungen liegen, die nationale Wirtschaft der mit ihnen Handel treibenden Länder an ihre eigene Wirtschaft zu fesseln.

Der grundlegende Unterschied zwischen dem Außenhandel der Sowjetunion und dem der kapitalistischen Mächte tritt auch am Beispiel des sowjetischen Imports klar zutage. Es ist bekannt, daß die imperialistischen Mächte ihren Import ausnutzen, um die Wirtschaft der mit ihnen im Handelsverkehr stehenden Länder den Bedürfnissen ihrer eigenen Wirtschaft anzupassen. Sie zwingen die mit ihnen Handel treibenden Länder, eine sehr beschränkte Anzahl von Wirtschaftszweigen, hauptsächlich die Rohstoffbranchen, zu entwickeln, wodurch die Wirtschaft dieser Länder einen mißgestalteten, einseitigen Charakter annimmt und in die völlige Abhängigkeit von den ausländischen Monopolen gerät.

Die Länder der Volksdemokratie sind selbstverständlich am Absatz solcher Waren interessiert, die sie bei der gegebenen Struktur ihrer Wirtschaft erzeugen können, ohne diese besonders umkrepeln und den Außenmärkten anpassen zu müssen.

Die Sowjetunion, die die Aufgabe ihrer technischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit schon längst gelöst hat, ist damit einverstanden, daß ihre Lieferungen mit Waren vergütet werden, welche die Länder der Volksdemokratie ohne besondere Verausgabungen von Kapital herstellen. Auf diese Besonderheit wiesen die Staatsmänner und die Presse der sozialdemokratischen Länder wiederholt hin. Ludmila Jankovcová, Minister der

Tschechoslowakei, betonte z. B., daß die Zusammensetzung des Warenassortiments, zu dessen Ankauf in der Tschechoslowakei sich die Sowjetunion im Vertrag vom 11. Dezember 1947 einverstanden erklärt hat, für die Wirtschaft des Landes sehr günstig ist und keinerlei besondere Anpassung oder zusätzliche Spezialisierung dieser Wirtschaft erfordert. Auch die polnische Zeitung „Tribuna Ludu“ hob hervor, daß das von Polen in die Sowjetunion ausgeführte Warenassortiment für den polnischen Export das günstigste ist.

Da die Länder der Volksdemokratie den Weg der planmäßigen Entwicklung des Wirtschaftslebens betreten haben, sind sie sowohl daran interessiert, daß ihnen die Lieferung der notwendigen Waren auf lange Zeit garantiert ist, als auch daran, daß ihnen ständig Absatzmärkte für die Fertigproduktion zur Verfügung stehen. Nur die Sowjetunion, wo die planmäßige Volkswirtschaftsführung zum wirtschaftlichen Entwicklungsgesetz geworden ist, vermag es, diesen Forderungen in vollem Umfang zu entsprechen, denn der Handel mit ihr wird nicht von den Konjunkturzufällen des kapitalistischen Marktes und von zerstörenden Krisen beeinträchtigt. Es genügt der Hinweis, daß nahezu 70 Prozent jener Waren, die jetzt von der Tschechoslowakei an die Sowjetunion geliefert werden, in den kapitalistischen Ländern infolge der gesteigerten Konkurrenz und des verschärften Kampfes um die Märkte keinen Absatz finden würden. Die Werktätigen der Tschechoslowakei erinnern sich gut an die Not, die ihnen die Krise der Jahre 1929 bis 1933 brachte, als der Außenhandel der Republik fast auf ein Viertel zurückgegangen war und die Arbeitslosigkeit mehr als ein Drittel aller Industriearbeiter erfaßte.

Der Handel mit der Sowjetunion gewährleistet den Ländern der Volksdemokratie auch andere bedeutende Vorteile. In einer Reihe von Fällen liefert die Sowjetunion ihnen Waren unter dem Weltmarktpreis. So ersparte die Tschechoslowakei z. B. am Ankauf von 600 000 Tonnen Getreide in der Sowjetunion 1 350 000 000 Kronen oder 27 Millionen Dollar.

In bezug auf das Abkommen über gegenseitige Warenlieferungen für 1949 konstatierte die bulgarische Zeitung „Rabotnicheskó Dielo“, daß die Beibehaltung der Preise von 1948 für Bulgarien höchst vorteilhaft ist, da die Weltmarktpreise für einige Importwaren aus der Sowjetunion gestiegen sind, während die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse, die in die Sowjetunion exportiert werden, gefallen sind, und einzelne dieser Waren auf anderen Märkten jetzt überhaupt keinen Absatz finden können.

Ein nicht unbeträchtlicher Vorteil des Handels mit der Sowjetunion ist schließlich der Umstand, daß er keine Dollars erfordert, die jetzt zum stärksten Expansionsinstrument der USA geworden sind. Beim Handel mit der Sowjetunion kommen die Länder der Volksdemokratie überhaupt ohne jegliche Devisen aus, da bei diesem Handel eine Nettobilanz, d. h. ein gegenseitiger Lieferungsausgleich, erzielt wird.

Im Lichte dieser Tatsachen ist es nicht zu verwundern, daß der Umfang des Warenumsatzes zwischen der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie mit jedem Jahre wächst. So z. B. steigt der Warenumsatz zwischen der Sowjetunion und Rumänien im Jahre 1949 im Vergleich zu 1948 auf das Zweieinhalfache. Der Warenumsatz der Sowjetunion mit der Tschechoslowakei hat in diesem Jahr um 45 Prozent zugenommen, mit Bulgarien um 20 Prozent (der Wert der Betriebseinrichtungen, die die Sowjetunion Bulgarien auf Kredit liefert, nicht eingerechnet). Der Warenumsatz der Sowjetunion mit Ungarn steigt im Vergleich zu 1948 auf das Doppelte. Gleichzeitig findet nicht nur der Warenumsatz in seinem Wertausdruck eine Ausdehnung, sondern auch die Liste der zur Lieferung gelangenden Waren, wobei die Sowjetunion den Ländern der Volksdemokratie diejenigen Arten von Betriebseinrichtungen und Rohstoffen liefert, die sie am notwendigsten brauchen.

* * *

Die Geschichte des Außenhandels der kleinen Länder Mittel- und Südosteuropas zwischen beiden Weltkriegen ist die Geschichte des Abbruchs und der Schwächung jener wechselseitigen Verbindungen, die durch die geschichtliche Vergangenheit dieser Länder, ihre räumliche Nähe, ihre volkswirtschaftliche Struktur und schließlich durch das Vorhandensein sich gegenseitig ergänzender Rohstoffressourcen bedingt waren. Deutschland, die USA, England und Frankreich, die diese Länder zum Schauplatz ihres Konkurrenzkampfes machten, zerrissen und zerstörten die hier im Laufe von Jahrhunderten zustande gekommenen wirtschaftlichen Beziehungen.

Die grundlegenden demokratischen Umbildungen in den Ländern der Volksdemokratie, wo die Macht der Kapitalisten und Gutsbesitzer vernichtet ist, machten der künstlichen Trennung zwischen diesen Ländern ein Ende. Der Umfang ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit wächst. Wenn z. B. die Tschechoslowakei 1937 am bulgarischen Import nur mit 5 Prozent und an seinem Export mit 5,6 Prozent beteiligt war, so ist dieser Anteil 1947 auf 15,8 bzw. 18,9 Prozent gestiegen. Der polnisch-tschechoslowakische

Handel belief sich 1937 wertmäßig auf 18,1 Millionen Dollar, dagegen 1948 auf 93,3 Millionen Dollar.

Eine der wichtigsten Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Ländern des demokratischen Lagers besteht darin, daß sie einander bei der erfolgreichen Industrialisierung technische Hilfe erweisen. Diese Hilfe ist von großer Bedeutung für den wirtschaftlichen Aufschwung, die Festigung der Unabhängigkeit und Souveränität der jungen Staaten der Volksdemokratie. Leistet die Sowjetunion den volksdemokratischen Ländern eine derartige Hilfe, so wird diese nicht von Profitzwecken diktiert, ist auch nicht vom leisesten Schatten ausbeuterischer Absichten belastet und birgt selbstverständlich keinerlei Gefahr für die Souveränität und Unabhängigkeit dieser Länder. Die Initiative geht hier ganz von der Hilfe benötigenden Seite aus und wird ihr in keiner Weise aufgezwungen.

Die Ausarbeitung von Wirtschaftsplänen, die sich auch auf technische Hilfe von außen stützen, wird in vollem Umfang von dem betreffenden souveränen demokratischen Staate selbst vorgenommen. Es ist z. B. bekannt, daß die Sowjetregierung einen amerikanischen Vorschlag, gemeinsam mit den USA und England einen Plan für den Nachkriegswiederaufbau Ungarns aufzustellen, ablehnte. Die Ausarbeitung eines solchen Plans gehört nach Meinung der Sowjetregierung ausschließlich zum Kompetenzbereich der ungarischen Regierung.

Die Sowjetunion erweist den Ländern der Volksdemokratie technische Hilfe auf Grund besonderer Verträge. Auf diese Hilfe gestützt, konnten die erwähnten Länder in kurzer Frist ihren Industrieapparat wiederherstellen und ihn dann auch bedeutend erweitern, indem sie neue, nach dem letzten Wort der Wissenschaft und der Technik eingerichtete Betriebe erbauten. Das beschleunigte in hohem Maße das Tempo des Wiederaufbaus und der Entwicklung der Volkswirtschaft.

Auch die wechselseitige technische Hilfe, die die Länder der Volksdemokratie nach dem Beispiel und den Erfahrungen der Sowjetunion einander erweisen, trägt zur Entwicklung ihrer Wirtschaft und Kultur bei. Im Jahre 1947 schlossen Polen und die Tschechoslowakei einen langfristigen Vertrag über wirtschaftliche Zusammenarbeit. Im folgenden Jahr wurden eine Reihe analoger Verträge geschlossen: zwischen Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Polen sowie zwischen Rumänien und der Tschechoslowakei usw.

In vielen Fällen koordinieren die Länder der Volksdemokratie ihre Produktionsprogramme. Gemeinsam bestimmen sie den Produktionsumfang in bezug auf diese oder jene Erzeugnisse,

je nach dem Vorhandensein von Rohstoffressourcen, sie kooperieren sich, um die Produktionsarten zu vereinbaren und die Serien- und Massenerzeugung zu gewährleisten. Sie verfügen bereits über Erfahrungen beim gemeinsamen Aufbau von Industriebetrieben, Kraftwerken und Verkehrsanlagen.

Höchst bedeutsam ist der Umstand, daß diese wirtschaftliche Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Staaten durch unmittelbare Verbindungen zwischen den Arbeitern dieser Länder ergänzt und gefestigt wird. So haben mehrere Belegschaften tschechoslowakischer Betriebe Arbeitswettbewerbsverträge mit Belegschaften polnischer Unternehmen abgeschlossen. Die Arbeiter und Angestellten einer polnischen Baumwollspinnerei wetteifern zum Beispiel mit den Arbeiter- und Angestelltenbelegschaften von Unternehmen der tschechoslowakischen Stadt Chromov. Sowohl diese als auch jene sind bestrebt, das Produktionsprogramm vorfristig zu erfüllen und die Arbeitsproduktivität zu steigern.

* * *

Auf Beschuß der Potsdamer Konferenz sind die ehemaligen deutschen Werte in Bulgarien, Ungarn und Rumänien in das Eigentum der Sowjetunion übergegangen. Die Sowjetunion hat derartige Unternehmen nicht abtransportiert; sie hat unter Berücksichtigung der nationalen Interessen dieser Länder die normale Arbeit der Unternehmen an ihren bisherigen Standorten organisiert und in zahlreichen Fällen abgenutzte und veraltete Betriebseinrichtungen durch neue ersetzt. Diese Betriebe sowie die auf ihrer Grundlage geschaffenen gemischten Gesellschaften bilden eine weitere Form wirtschaftlicher Zusammenarbeit nach den Grundsätzen der Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit.

Die Tätigkeit der sowjetischen Unternehmen und gemischten Gesellschaften entspricht in vollem Umfang den Interessen jener Länder, in denen sie sich befinden. Die Liste ihrer Erzeugnisse wird vom Wirtschaftsplan des gegebenen Landes bestimmt, und diese werden den Handels- und Wirtschaftsorganisationen des Landes zur Verfügung gestellt. Man braucht wohl kaum darauf hinzuweisen, wie positiv die Rolle ist, die dies alles für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und Aufschwung der Länder der Volksdemokratie spielt!

In den gemischten Gesellschaften, an denen die Sowjetunion beteiligt ist, hat jeder Partner gleiche Rechte. Das gewährleistet die durchaus gerechte Verteilung der Gewinne. Die Unternehmen werden auf der Grundlage der wirtschaftlichen Parität verwaltet. Die Leitung wird durch

gemischte Betriebsadministrationen ausgeübt, in denen beide Seiten durch eine gleiche Anzahl mit gleichen Vollmachten ausgestatteter und die gleiche Verantwortung tragender Verwalter vertreten sind. Die Parität als Grundlage für die Verwaltung der gemischten Gesellschaften macht es völlig unmöglich, daß einer Seite irgendwelche Entscheidungen aufgezwungen werden könnten, sie gewährleistet völlige Einhelligkeit der Entscheidungen und ihren gerechten Charakter.

* * *

Die Gesellschaftssysteme der Sowjetunion und der Länder der Volksdemokratie schließen jede Möglichkeit des Aufkommens wirtschaftlicher Ungleichheit oder des politischen Druckes einer Seite auf die andere aus. Durch Zusammenarbeit mit der Sowjetunion stärken die Werkträger der sozialdemokratischen Länder die sozialistischen Elemente ihrer Volkswirtschaft und gewinnen so zuverlässige Unterstützung beim Aufbau der Grundlagen des Sozialismus. Sie eignen sich in der Praxis die fortgeschrittenen technischen und produktionsorganisatorischen Erfahrungen der Sowjetunion an, lernen die Sowjet erfahrungen bei der operativen Leitung der Wirtschaft kennen und machen sie ihrem Staat nutzbar.

Hier ein Beispiel von vielen. In Ploësti wurde in diesem Frühjahr an einer der Bohranlagen die Sowjetmethode der Verlegung eines Metallbohrturms ohne Demontage des letzteren angewandt. Früher nahm eine solche Arbeit zehn Menschen 35 Tage lang in Anspruch. Jetzt wurde sie nach der Sowjetmethode von zehn Arbeitern in vier Tagen ausgeführt. Das ergab eine Ersparnis von 2 325 000 Lei und beschleunigte den Bohrbeginn um 31 Tage. Hier ein anderes Beispiel. Im Mai dieses Jahres berichtete die Zeitung „Scânteia“, im Werk „República“ seien mehrere Arbeiter zur Sowjetmethode der gleichzeitigen Arbeit an mehreren Werkmaschinen übergegangen, was zu einer jähren Steigerung ihres Lohnes und zum Wachsen der Fertigung führt.

Die Tatsachen beweisen, auf welch gesunder Grundlage die wirtschaftliche Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe der Länder des demokratischen Lagers aufgebaut ist. Der im Januar 1949 gebildete Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, zu dem die Sowjetunion und die Staaten der Volksdemokratie gehören, ist insbesondere dazu berufen, zur Erweiterung und Festigung dieser Grundlage beizutragen. In den sechs Monaten, die seit seiner Gründung vergangen sind, wurden beim Ausbau der wirtschaftlichen Verbindungen zwischen den Ländern Zentral- und Südosteuropas neue Erfolge erzielt.

Internationale Umschau

(Notizen)

MAOTSETUNG ÜBER DIE GRUNDLAGEN DER DIKTATUR DER VOLKSDEMOKRATIE IN CHINA

Der Artikel „Über die Diktatur der Volksdemokratie“, den Maotsetzung, der Vorsitzende des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, zum 28. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei schrieb, hat in der ganzen Welt Aufsehen erregt und starken Widerhall gefunden. In diesem Artikel werden die wichtigsten historischen Etappen des Volksbefreiungskampfes in China und das politische Programm der siegreichen Volksdemokratie dargelegt.

Vor 28 Jahren, im Jahre 1921, schuf das chinesische Proletariat seine Kommunistische Partei. Diese Zeitspanne, schreibt Maotsetzung, wurde nicht unter den Verhältnissen des Friedens, sondern unter Schwierigkeiten zurückgelegt.

„Wir hatten mit Feinden im Lande und im Ausland, innerhalb und außerhalb der Partei zu kämpfen. Wir danken Marx, Engels, Lenin und Stalin, die uns das Rüstzeug gaben. Dies Rüstzeug sind keine Maschinengewehre, sondern es ist der Marxismus-Leninismus.“

Unter Führung der Kommunistischen Partei hat das chinesische Volk den 28jährigen Weg des politischen und bewaffneten Kampfes zurückgelegt und im Ergebnis die reaktionäre Clique Tschiangkaischeks besiegt, die die Interessen der Gutsbesitzer, des monopolistischen und bürokratischen Kapitals und der ausländischen Imperialisten vertritt. In diesem Kampfe, schreibt Maotsetzung, ist sich das chinesische Volk über zwei unerlässliche Voraussetzungen seines Sieges klargeworden:

„1. Erweckung der Volksmassen des Landes. Das bedeutet Vereinigung der Arbeiterklasse, der Bauernschaft, des Kleinbürgertums und der nationalen Bourgeoisie zu einer Einheitsfront unter Führung der Arbeiterklasse und Entwicklung zu einem Staat der von der Arbeiterklasse geprägten Diktatur der Volksdemokratie, deren Grundlage das Bündnis der Arbeiter und Bauern ist.“

2. Zusammenschluß mit jenen Ländern der Welt, die uns auf der Basis der Gleichheit behandeln, sowie den Völkern aller Länder im gemeinsamen Kampf. Das heißt Bündnis mit der Sowjetunion, Bündnis mit den Ländern der neuen Demokratie in Europa und Bündnis mit dem Proletariat und den Volksmassen der anderen Länder zur Bildung einer internationalen Einheitsfront.“

Die Erfahrungen der 40jährigen Tätigkeit Sunjatsens und des 28jährigen Befreiungskampfes des chinesischen Volkes unter der Leitung

der Kommunistischen Partei haben, wie Maotsetzung hervorhebt, das chinesische Volk davon überzeugt, daß es auf die Seite des Sozialismus treten muß.

„Nicht nur in China, sondern ausnahmslos überall in der Welt kann man sich entweder zum Imperialismus oder zum Sozialismus bekennen. Neutralität ist Tarnung, und einen dritten Weg gibt es nicht.“

Maotsetzung beleuchtet weiter das Problem der internationalen Hilfe für das volksdemokratische China. Der Sieg des chinesischen Volkes kann nicht ohne internationale Hilfe verankert werden. Doch auf wessen Hilfe kann und muß das demokratische China rechnen? Werden England und die Vereinigten Staaten, wo immer noch die Imperialisten am Ruder sind, dem Volksstaat helfen? — fragt Maotsetzung. Und er antwortet klar:

„In internationaler Hinsicht gehören wir zur antikolonialistischen Front, an deren Spitze die Sowjetunion steht, und wir können wirklich freundschaftliche Hilfe nur von dieser Front und nicht von der imperialistischen Front erwarten.“

Was den Handel des demokratischen Chinas mit anderen Staaten angeht, so muß und wird er „auf der Grundlage der Gleichheit, des beiderseitigen Vorteils und der gegenseitigen Achtung der territorialen Souveränität“ betrieben werden.

Die Erfahrungen einiger Jahrzehnte haben das chinesische Volk von der Notwendigkeit überzeugt, zur Verteidigung der Interessen des Volkes vor der inneren Reaktion und vor dem ausländischen Imperialismus sowie zur Sicherstellung der Unabhängigkeit des Landes die Diktatur der Volksdemokratie zu errichten. Maotsetzung schreibt:

„Grundlage der Diktatur der Volksdemokratie ist das Bündnis der Arbeiterklasse, der Bauernschaft, des städtischen Kleinbürgertums, vor allem aber das Bündnis der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, denn diese bilden 80—90 Prozent der Bevölkerung Chinas. Der Imperialismus und die reaktionäre Kuomintang sind hauptsächlich durch die Kraft dieser beiden Klassen gestürzt. Der Übergang von der neuen Demokratie zum Sozialismus hängt hauptsächlich vom Bündnis dieser beiden Klassen ab. Die Diktatur der Volksdemokratie bedarf der Führung durch die Arbeiterklasse, denn die Arbeiterklasse allein ist die weit-sichtigste, gerechteste, uneigennützigste und in revolutionärer Hinsicht konsequenteste Klasse.“

Abschließend geht Maotsetzung auf die Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaus Chinas ein. Er äußert die Überzeugung, daß auch diese Aufgabe ihre erfolgreiche Lösung finden wird, wobei

das Studium und die Auswertung der historischen Erfahrung des Sowjetvolkes für das chinesische Volk von unschätzbarem Wert sein werden. Maotsetzung schreibt:

„Die Kommunistische Partei in der Sowjetunion hat den Sieg errungen. Unter der Führung Lenins und Stalins vermochte sie nicht nur revolutionäre, sondern auch rekonstruktive Arbeit zu vollbringen. Sie hat bereits einen großen und ruhmreichen sozialistischen Staat errichtet. Die Kommunistische Partei der Sowjetunion ist unser bester Lehrer, bei dem wir lernen müssen. Die internationale und die innere Lage ist uns günstig. Wir können uns durchaus auf eine solche Waffe verlassen, wie sie die Diktatur der Volksdemokratie darstellt, um das ganze Volk im ganzen Lande mit Ausnahme der Reaktionäre zu vereinigen und unfeierbar dem Ziel entgegenzuschreiten.“

Die kapitalistische Presse in Amerika und Westeuropa hat keine auch nur irgendwie vollständige und objektive Darlegung und Beleuchtung des Artikels Maotsetzungs gebracht. Im Gegenteil, sie entstellt Sinn und Inhalt dieser wichtigen Erklärung des Führers des chinesischen Volkes, um der Öffentlichkeit falsche Schlüssefolgerungen aufzuzwingen. So z. B. sucht die „New York Times“ den Amerikanern zu versichern, der Artikel Maotsetzungs dehne den „kalten Krieg“ auf den Fernen Osten aus, der Hamburger Sender aber unterschiebt Maotsetzung die Forderung nach einer „Diktatur der kommunistischen Regierung“.

Am laufenden keift die bürgerliche Presse über die eindeutigen Erklärungen Maotsetzungs, daß es keinen dritten, keinen Mittelweg zwischen Imperialismus und Sozialismus gibt, daß das demokratische China den Weg der Freundschaft und des Bündnisses mit der Sowjetunion erwählt hat und daß die chinesischen Kommunisten die Kommunistische Partei der Sowjetunion als ihren Lehrer betrachten.

TSCHECHOSLOWAKISCHE INDUSTRIE-AUSSTELLUNG IN MOSKAU

Am 6. Juli wurde in Moskau die zweite tschechoslowakische Industrieausstellung eröffnet. 15 000 Ausstellungsgegenstände demonstrieren anschaulich die wirtschaftlichen Erfolge der Tschechoslowakei. Diagramme, Tabellen und Ausstellungsgegenstände schildern den Kampf um die Ausführung des Fünfjahrplans. Im ersten Kalenderviertel 1949 wurde der Plan überboten, die Erzeugung von Industriegütern ist im Wachsen begriffen.

In der Zeit, die von der vorjährigen bis zur jetzigen Ausstellung vergangen ist, haben viele Betriebe wiederum merkliche Fortschritte erzielt. So hat die Schuh-Großfabrik Svit in Gottwaldov drei neue Gebäude in Betrieb genommen.

Die Industriezweige für Werkzeugmaschinenbau, optische Instrumente, chemische und keramische Erzeugnisse meistern die Fertigung neuer Erzeugnisse. Die Rekonstruktion vieler Betriebe der Nahrungsmittel-, Glas- und Holzverarbeitungsindustrie ist abgeschlossen.

Ein Charakterzug der Ausstellung besteht darin, daß sie hauptsächlich Muster von Serien- und Massenfabrikaten zeigt. Die verstaatlichte Industrie der Tschechoslowakei hat viel auf dem Gebiet der Konzentrierung und Zusammenfassung der Betriebe geleistet. Das ermöglichte die serienweise Erzeugung vollkommenster Typen. So ist die Automobilindustrie von 7—8 verschiedenen PKW-Typen auf 3—4 modernste Standardtypen übergegangen. In der Holzverarbeitungsindustrie sind bereits nahezu 40 Prozent aller Unternehmen auf die Massenerzeugung von Artikeln übergegangen, die für breite Bevölkerungsschichten erschwinglich sind. Gegen Ende des Fünfjahrplans wird der Anteil der Massenproduktion auf 70 Prozent steigen.

Erfolgreich entwickelt sich der tschechoslowakische Außenhandel, an dem die Länder der Planwirtschaft einen immer größeren Anteil haben. Vierzig Prozent des Außenhandelsumsatzes der Tschechoslowakei entfallen auf die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie. Vor dem Krieg betrug der Anteil der Sowjetunion am Handelsumsatz der Tschechoslowakei nur 2 Prozent, jetzt beläuft er sich auf 25 Prozent. Im letzten Jahr ist der sowjetisch-tschechoslowakische Gütertausch um 45 Prozent gestiegen.

Die Bevölkerung der Sowjetstadt bringt der Ausstellung großes Interesse entgegen. In den ersten fünf Tagen zählte die Ausstellung 70 000 Besucher. Die zweite Industrieausstellung der volksdemokratischen Tschechoslowakei in Moskau wird zweifellos zur weiteren Festigung der Wirtschafts- und Kulturbeziehungen zwischen den Völkern der Tschechoslowakei und der Sowjetunion beitragen.

DIE „HOHE KOMMISSION“ FÜR WESTDEUTSCHLAND

Am 20. Juni setzten die Außenminister der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs ihre Unterschriften unter das Kommuniqué der Pariser Tagung und verpflichteten sich dadurch, gemeinsam mit der Sowjetunion „ihre Bemühungen um Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands“ fortzusetzen. Es sind kaum zwei Wochen vergangen, und schon haben die gleichen drei

Minister der Westmächte die Statuten der sogenannten „Alliierten Hohen Kommission“ für Westdeutschland veröffentlicht. Diese Kommission ist unter Verletzung des Potsdamer Abkommens zu dem Zweck gebildet worden, auf Grund des Besatzungsstatuts eine Dreimächtekontrolle über Westdeutschland auszuüben.

Die „Hohe Kommission“ besteht aus drei so genannten „Hohen Kommissaren“: dem englischen General Robertson, dem ehemaligen französischen Botschafter in Hitlerdeutschland, François-Poncet, sowie dem Nachfolger Clays, dem neuen amerikanischen Gouverneur in Deutschland, John Jay McCloy. Die Kommission soll ihre Tätigkeit zu dem Zeitpunkt aufnehmen, zu dem das Besatzungsstatut in Kraft tritt. Das soll nach dem 14. August geschehen, nach den Wahlen zum „Bundestag“, dem westdeutschen Bundesparlament, und nach der Bildung der westdeutschen Marionettenregierung.

Das Besatzungsstatut stattet die „Hohe Kommission“ auf dem Gebiet der „Ausübung der höchsten alliierten Machtbefugnisse in der deutschen Bundesrepublik“ mit so unbeschränkten Vollmachten aus, daß von der den Deutschen versprochenen Selbstverwaltung selbst de jure buchstäblich nichts mehr übrigbleibt. Alle 146 Artikel des Bonner Grundgesetzes verwandeln sich in unverhüllten Hohn auf das deutsche Volk. Der „Hohen Kommission“ wurde nämlich das Recht eingeräumt, nicht nur die Fragen der Außenpolitik und des Außenhandels des westdeutschen Separatstaates zu entscheiden, sondern sich auch unverfroren in die inneren Angelegenheiten dieses Staates auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Finanzen, der Rechtsverhältnisse sowie in alle sonstigen Fragen einzumischen. Dagegen darf die sogenannte Bundesregierung keinen wichtigen Schritt ohne Einverständnis der „Hohen Kommissare“ unternehmen. Die Veröffentlichung der Statuten der „Hohen Kommission“ bestätigt noch einmal die Tatsache, daß das sogenannte Bonner Grundgesetz lediglich ein fadenscheiniger Deckmantel für das Besatzungsstatut einer Kolonie ist.

In den Statuten der „Hohen Kommission“ wird des langen und breiten ausgeführt, in welcher Form die Weisungen der „Hohen Kommissare“ an die westdeutsche Bundesregierung zu übermitteln sind, ob mündlich oder schriftlich, und in welcher Sprache, aber wenn die Beschlüsse der Kommission auch in drei Sprachen — Englisch, Französisch und Deutsch — veröffentlicht werden müssen, so ist es dennoch ganz offensichtlich, daß für die westdeutsche Marionettenregierung in jedem Fall eine Sprache bindend sein wird: die Sprache des englisch-amerikanischen Diktats.

KANNIBALEN

Unmittelbar vor dem Tag, an dem im USA-Senat die Debatte zur Ratifizierung des Nordatlantischen Vertrags begann und der Vorsitzende des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Connally, im Namen der regierenden USA-Kreise beteuerte und schwor, daß dieser Vertrag friedliche, ausschließlich friedliche Zwecke verfolge, unmittelbar vor diesem Tag brachte die Monopolpresse eine höchst eigenartige Illustration zu diesen Beteuerungen.

Der Washingtoner „Times Herald“ veröffentlichte einen redaktionellen Artikel, in dem er hysterisch zum Krieg gegen die Sowjetunion aufrief und verlangte, die Vereinigten Staaten sollten diesen Krieg als brutalsten Vernichtungskrieg vorbereiten. In diesem ungeheuerlichen Artikel steht schwarz auf weiß: die Sowjetunion ist zu vernichten, die Nation auszurotten, auf immer vom Antlitz der Erde auszutilgen.

Selbst die hitlerfaschistischen Menschenhasser erkühnten sich nicht, ihre Pläne der Völkerausrottung so zynisch darzulegen, wie es der „Times Herald“ tut. Die Hitlerfaschisten töteten Säuglinge in der Wiege und verbrannten Greiseninnen in Ofen, aber sie unterließen es, sich dessen in ihrer Presse zu rühmen. Die Washingtoner Zeitung aber schreibt:

„Wir werden nicht junge Männer bewaffnen, damit sie einander niedermachen. Wir werden Flugzeuge, beladen mit Atombomben, Brandbomben, Bakterienbomben und mit Trinitrotoluol in 40 000 Fuß Höhe aussenden, um Kinder in der Wiege, Großmütter bei ihren Gebeten und arbeitende Männer an ihren Arbeitsstellen niederzumachen.“

Was ist zu solchen Erklärungen zu sagen? Wo die Worte finden, um die Empörung über die kannibalen Appelle zu äußern, die am helllichten Tage vor den Mauern jenes Gebäudes ertönen, in dem amerikanische Staatsmänner feierlich versichern, sie führen das amerikanische Volk auf dem Wege des Friedens und der Prosperrität?

Ein vernünftiger Mensch kann sagen: diesen Artikel hat ein Irrsinniger geschrieben. War es ein Irrsinniger, so müssen solche Leute rechtzeitig isoliert werden. Die USA-Regierung aber isoliert solche Tollhäusler nicht, sie legt ihnen keinen Maulkorb an, sondern nimmt sie im Gegenteil noch unter ihren Schutz.

Bei der UNO-Debatte über Informationsfreiheit scheut die USA-Vertreter vor keinem Mittel zurück, um die Annahme der Sowjetanträge betreffs des Verbots menschenfeindlicher Pressepropaganda und des Verbots der Verwendung von Presseorganen zur Propaganda für einen neuen Krieg zu hintertreiben. Warum sie das taten, ist verständlich. In den USA wird eine

Propaganda dieser Art von Leuten gefördert, die an der fieberhaften Aufrüstung, an der Entfachung von Kriegshysterie, an der Vorbereitung eines Weltkrieges interessiert sind.

DIE SUDELKUCHE DER PLUTOKRATISCHEN PRESSE ENGLANDS

Der weitaus größte Teil der englischen Presse, sowohl in London als auch in der Provinz, ist im Monopolbesitz von sieben schwerreichen Familien. Die Zeitungstrüste sind eng mit den Industrie- und Finanzmonopolen der City, mit den Waffenproduzenten und Börsenspekulanten liiert. Die Ehrlosigkeit und Käuflichkeit der plutokratischen Presse Englands sind schon seit langem in aller Munde.

Im April 1947 setzte die Labourregierung unter dem Druck der fortschrittlichen Öffentlichkeit eine „Königliche Kommission“ zur Untersuchung der Lage in der Presse ein. Der Vorsitz in der Kommission wurde dem Professor der aristokratischen Universität Oxford, Sir David Ross, übertragen, dessen Schwiegersohn, John Martin, lange Zeit hindurch Churchills Privatsekretär war. Der erste Schritt der Kommission bestand in dem Beschuß, ihre Sitzungen unter Ausschuß der Öffentlichkeit abzuhalten. Damit war die Frage natürlich sofort entschieden. Die bürgerlichen Zeitungen, die schon im Begriff waren, eine lärmende Kampagne gegen die „Anschläge auf die Freiheit der britischen Presse“ zu starten, beruhigten sich unverzüglich. Die Labourminister hatten den Zeitungsmagnaten eine Garantie ausgestellt, daß sie nichts zu befürchten hätten.

Die „Untersuchung“ fand gleichsam im engen Familienkreis statt. Dennoch drangen einige Zeugenaussagen, die vor der Kommission abgelegt wurden, in die breite Öffentlichkeit. Einer der ältesten englischen Journalisten, Hannen Swaffer, jetzt Mitarbeiter der Labourblätter „Daily Herald“ und „The People“, schilderte die Lage in der englischen Presse z. B. wie folgt: die Pressefreiheit in England „ist kaum mehr als eine Phrase“. Sie bestehe nur für „Leute, die genug Geld haben, um eine Zeitung zu kaufen oder eine Zeitung oder Gruppe von Zeitungen zu gründen“. Die mächtigsten Zeitungsbetreiber, fügte Swaffer hinzu, haben ihre Blätter für Geld erstanden, das sie durch Börsenspekulationen oder mit Hilfe irgend einer Firma erwarben. Den Worten Swaffers zufolge sagt ein englischer Redakteur niemals: „Sie können die Wahrheit schreiben“. Die Freiheit des Redakteurs ist fast ganz verschwunden. Das Redaktionspersonal ist in der Regel gezwungen, sich von geheimen „schwarzen“ und „weißen“ Listen leiten zu lassen, „in

denen die Namen derjenigen angeführt werden, über die man schreiben oder schweigen, die man loben oder kritisieren muß“.

Michael Foot, Labourabgeordneter des Parlaments, jetziger Mitarbeiter des „Daily Herald“ und ehemaliger Redakteur des konservativen „Evening Standard“, teilte der Kommission mit, die Millionäre, die sich im Besitz der Presse befinden, schrieben nicht nur den Inhalt der politischen Artikel vor, sondern auch die Tendenz der Filmkritiken.

Der Schriftsteller und Journalist James Rugh Minney, ehemaliger Korrespondent der „Times“, teilte der Kommission seinerseits mit: Wird jemand in einen Redaktionsstab aufgenommen, so erhält er vor allem eine Liste, in der aufgezählt ist, worüber nicht geschrieben werden darf. Sollte der Redakteur den Weisungen des Zeitungsbesitzers nicht Folge leisten, so führt das zu seiner Entlassung. Obwohl es den Mitarbeitern auch unangenehm ist, Dinge zu schreiben, die sie nicht denken, tun sie es doch, da sie schwer andere Arbeit finden können.

So bewerteten die Journalisten selbst die vielgepriesene Pressefreiheit im labouristischen England. Die Königliche Kommission verhehlte der Öffentlichkeit alle wichtigsten Zeugenaussagen. Ihre Sitzungen währten insgesamt zwei Jahre und drei Monate. Vor einigen Tagen legte sie ihren Bericht vor. Was stellte sich heraus?

Es stellte sich heraus, daß, wollte man dem Bericht der Kommission glauben, die Millionäre, die die englische Presse prostituierten, die ehrlichsten Leute ganz Englands sind. Die Kommission erklärte, daß „der bestehende Grad der Konzentration an Presseeigentum weder der Pressefreiheit noch der Genauigkeit der Information Abbruch tut“. Offensichtlich ist das Pressemonopol von sieben Familien, das die Zeitungen eines ganzen Landes umfaßt, für das Reich des „demokratischen Sozialismus“ gerade das Richtige. Die Kommission schlägt keinerlei Änderungen in der Frage der Besitzverhältnisse auf dem Gebiet der Presse vor und lehnt alle Vorschläge über die Einführung einer staatlichen Pressekontrolle ab.

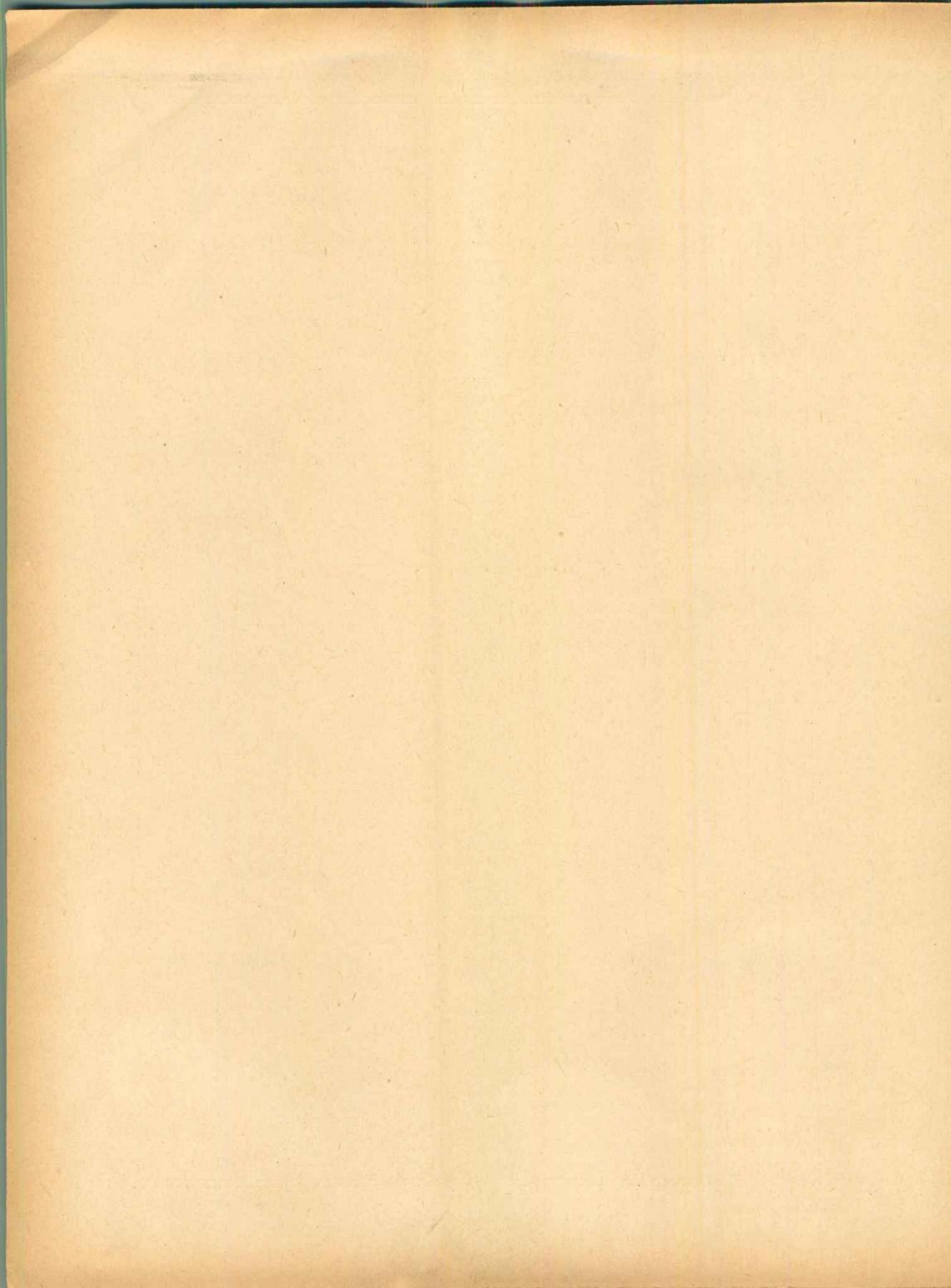
Die Kommission hat ihren eigentlichen Zweck erfüllt: sie hat die Zeitungskönige rein gewaschen, genau so wie das Tribunal, das zur Untersuchung der Affäre Stanley eingesetzt wurde, vor einigen Monaten die Würdenträger der Labourpartei rein gewaschen hat, die in diese schmutzige Angelegenheit verwickelt waren. Selbstverständlich sind die Herren der plutokratischen englischen Presse begeistert. Der konservative „Daily Express“, das Organ des Monopolherren Beaverbrook, ruft aus: „Die Ehre der englischen Presse ist vollständig wiederhergestellt

ZWEITER WELTGEWERKSCHAFTS KONGRESS

Mailand

**29. Juni — 9. Juli 1949
(KURZER BERICHT)**

**BEILAGE ZUR „NEUEN ZEIT“
Nr. 29 vom 13. Juli 1949**



Bericht über die Sitzungen des Zweiten Weltgewerkschaftskongresses

Sitzung vom 29. Juni

Heute wurde im Mailänder Palast der Künste der zweite Weltgewerkschaftskongreß eröffnet. Vor dem Palast, der mit den Flaggen aller am Kongreß beteiligten Länder geschmückt ist, begrüßte die Einwohnerschaft Mailands die Delegierten der Werktätigen der fünf Erdteile, die zum Kongreß eingetroffen sind.

Einige hundert Delegierte und Gewerkschaftsvertreter aus verschiedenen Ländern, Gäste und Berichterstatter füllten den weitläufigen Saal, dessen Schmuck Fahnen sowie Spruchbänder in

den vier offiziellen Kongresssprachen (Russisch, Französisch, Englisch und Spanisch) bildeten. Die Aufschriften auf den Spruchbändern lauteten: „Es lebe die internationale Einheit der Werktätigen!“ „Es lebe ein dauerhafter und lang währende Völkerfrieden!“ Der Kongreß wurde von Louis Saillant, dem Generalsekretär der Weltföderation der Gewerkschaften (WFG), eröffnet, der Di Vittorio, dem zeitweiligen Vorsitzenden der Föderation und Generalsekretär der Allgemeinen Arbeitskonföderation Italiens, das Wort erteilte.

Ansprache Di Vittorios

Seit dem ersten Weltgewerkschaftskongreß, der 1945 stattfand, hat sich vieles ereignet, das die Lage in der ganzen Welt stark verändert hat. Diese Veränderungen berühren die Arbeiterklasse aller Länder sehr nahe, da heutzutage die Werktätigen die wichtigsten handelnden Personen der Geschichte sind.

Zur Zeit des ersten Kongresses war der zweite Weltkrieg gerade mit dem historischen Sieg über den Faschismus und Nazismus zum Abschluß gekommen. Im Laufe dieses Krieges, den die Volksmassen für die Sache der Freiheit, der Demokratie, des sozialen Fortschritts und der nationalen Befreiung der Völker führten, waren die Bände der Solidarität zwischen den Werktätigen aller Länder, aller Erdteile, aller Nationalitäten, Rassen und Glaubensbekenntnisse erstarkt.

Der Triumph der Kräfte der Demokratie und des Fortschritts über die Kräfte des Faschismus und Nazismus beflogte die Hoffnung der Werktätigen und Völker darauf, daß eine bessere Ära, eine Ära der sozialen Gerechtigkeit, der Freiheit und nationalen Unabhängigkeit, namentlich für die Völker der kolonialen und halbkolonialen Länder, anbrechen werde.

Charakteristisch für diese neue Etappe in der Geschichte des gesellschaftlichen Fortschritts war ein beispielloser Zustrom neuer Kräfte von Werktätigen zu den freien, unabhängigen Gewerkschaften. Neue Gewerkschaftsorganisationen entstanden in Europa, in Lateinamerika, in den Kolonien, in Asien und Afrika, wo Millionen unmenschlich ausgebauter Werktätiger sich zum

erstenmal organisierten und den Kampf für Wirtschaftsforderungen und Gewerkschaftsrechte, für demokratische Freiheiten und nationale Unabhängigkeit aufnahmen. In dieser Situation der verstärkten internationalen Solidarität entstand die große Weltföderation der Gewerkschaften, die etwa 65 Millionen organisierter Werktätiger aus 52 Ländern, von fünf Kontinenten der Welt, umfaßte. Ein großer Verdienst der WFG ist es, daß sie zum erstenmal in der Geschichte derart breite Massen der Werktätigen aller Rassen und aller Erdteile zu einer einheitlichen Organisation zusammengefaßt hat. Die WFG entstand als eine lebendige Verkörperung der neuen geschichtlichen Etappe, die mit dem Sieg der Völker über den Faschismus begann und durch Einbeziehung neuer Schichten von Werktätigen in den Gewerkschaftskampf, in den Kampf für den Fortschritt der Menschheit charakterisiert wird, durch Einbeziehung von Millionen und aber Millionen Menschen, die von dem einmütiigen Streben erfaßt waren, in enger Einheit eine Hebung ihres Lebensniveaus zu erreichen, ein Wiederaufleben des Faschismus zu verhindern und die Menschheit vor einem neuen blutigen Kriege zu bewahren.

Die WFG hat dieses Banner des Kampfes für das Wohl, den sozialen Fortschritt, die nationale Unabhängigkeit und den Frieden der Werktätigen der ganzen Welt stets hochgehalten und wird es auch weiter tun!

In den dreieinhalb Jahren ihres Bestehens hat die WFG eine bedeutende Arbeit geleistet, trotz

aller Hindernisse, die ihr, nicht selten von Leuten aus ihren eigenen Reihen, in den Weg gelegt wurden. Die WFG hat den Werktägigen einer Reihe von Ländern, in erster Reihe kolonialer und faschistischer Länder — Spanien und Griechenland, wo die Werktägigen einer bestialischen Ausbeutung und blutigen Unterdrückung ausgesetzt sind —, Hilfe geleistet. Die WFG hat alle Tribünen der Welt ausgenutzt, sie ist entschlossen für die Verfolgten eingetreten, hat die Verbrechen der faschistischen Regierungen gebrandmarkt, und es ist ihr dadurch gelungen, nicht wenigen Werktägigen und Gewerkschaftsführern das Leben zu retten. Die WFG hat die Werktägigen allenthalben in ihrem Kampf für ihre wirtschaftlichen und sozialen Forderungen unterstützt, wobei es ihnen in einzelnen Ländern nicht selten gelungen ist, eine bedeutende Verbesserung ihrer Lebenslage durchzusetzen.

Zugleich wurden in den Ländern der Volksdemokratie tiefgreifende soziale Reformen durchgeführt, mit deren Hilfe die Werktägigen dieser Länder endgültig die jahrhundertealten Ketten des Kapitalismus und der feudalen Sklaverei abgeworfen und die notwendigen Voraussetzungen für den Aufbau einer neuen Gesellschaft ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, ohne Arbeitslosigkeit, Elend und Leiden geschaffen haben. Diese Faktoren haben die demokratische Arbeiterbewegung in der ganzen Welt gestärkt. Aber gerade dies wollten die Truste und Privatmonopole nicht dulden. Eben dies war den Imperialisten nicht erwünscht. Sie wollten den sozialen Fortschritt hemmen, die Arbeiterbewegung zum Zurückweichen zwingen und das Rad der Geschichte rückwärts drehen! Zu diesem Zweck störten die USA und Großbritannien die Solidarität zwischen den verbündeten Mächten, die gemeinsam den Krieg gegen den Faschismus und Nazismus gewonnen hatten. Zu diesem Zweck entfesselten sie eine schmähliche Verleumdungskampagne gegen die Sowjetunion und gegen andere Länder, die sich für alle Zeiten von jeder Ausbeutung freigemacht haben. Zu diesem Zweck suchen sie die Welt zu teilen und die Werktägigen auf diesen Weg zu lenken. Zu diesem Zweck haben sie unter dem Aushängeschild des Nordatlantischen Vertrags eine imperialistische Kriegskoalition geschaffen und arbeiten rege daran, einen neuen Krieg zu entfesseln, um ihre wirtschaftliche und politische Weltherrschaft aufzurichten.

Aber die Völker wünschen sehnlichst den Frieden, und sie sind fähig, ihrem Friedenswillen Achtung zu erzwingen. Ich bin überzeugt, daß unser Kongreß, der die Stimmungen aller Werktägigen zum Ausdruck bringt, laut und vernehmlich erklären wird, daß die WFG allen Versuchen zu einer Teilung der Welt eine entschiedene Abfuhr geben und daß sie für den Völkerfrieden kämpfen wird! Neben der drohenden Kriegsgefahr ist fast

in allen kapitalistischen Ländern, insbesondere in den kolonialen und halbkolonialen Ländern, eine Welle der Reaktion entfesselt worden, die sich gegen die Arbeiterklasse und die Arbeiterbewegung richtet.

Die Reaktion verfolgt zwei Ziele: sie will die Gewerkschaftsrechte und die demokratischen Freiheiten der Werktägigen zunichten machen, um diese einer grenzenlosen Ausbeutung zu unterwerfen; sie will den Werktägigen ihre rechtmäßigen Mittel nehmen, mit denen sie ihren Friedenswillen zum Ausdruck bringen, um einen neuen Krieg entfesseln zu können. Wie immer rechnet der Kapitalismus damit, die Wirtschaftskrise mit Hilfe eines Krieges und verstärkter Ausbeutung der Werktägigen abwenden zu können. Für die heutige Lage ist eine Wirtschaftsdepression charakteristisch, die in allen kapitalistischen Ländern an Stärke zunimmt, darunter auch in den mächtigsten wie z. B. den USA, wo die Produktion in den grundlegenden Industriezweigen zurückgeht und die Arbeitslosigkeit anwächst.

Es gibt in der Welt jedoch einen Faktor, den niemand vor den Werktägigen verbergen kann. Dieser Faktor ist mächtiger als alle Atombomben, als alle beliebigen Arten von Geheimwaffen. Er besteht darin, daß nur in der Sowjetunion und in den anderen Ländern, die den kapitalistischen Zuständen ein Ende bereitet haben, es keine Krisen, keine Depressionen und keine Arbeitslosigkeit gibt. Nur in diesen Ländern wächst die Produktion unentwegt, und gleichzeitig wird auch das materielle und kulturelle Wohl der werktätigen Massen gefördert.

Wer ist daran interessiert, zu verlangen, daß die WFG ihre „Tätigkeit einstellt“, und dies unter Verhältnissen, wo die Einheit und Stärke der internationalen Gewerkschaftsbewegung notwendiger ist denn je? Wer ist interessiert an einer Spaltung der internationalen Gewerkschaftseinheit und an einer Schwächung der WFG? Nur die Kriegsbrandstifter und die Helfershelfer der Reaktion! Es ist klar, daß die Spalter im Dienste dieser Herrschäften stehen! Deshalb bin ich überzeugt, daß der Kongreß die entschlossene Haltung der Mehrheit des bisherigen Exekutivbüros und Exekutivkomitees billigen wird, die den Versuchen, die WFG zu liquidieren und zu desorganisieren, erfolgreich Widerstand geleistet hat.

Jede Spaltung ist eine Krankheit. Wir wissen, daß wir alles getan haben, was in unserer Macht steht, um diese Spaltung zu vermeiden. Damit dies gelinge, wäre es nötig gewesen, daß alle ehrlich der Sache der Arbeiterklasse dienen wollten, aber nicht dies lag in der Absicht der Spalter. Jetzt werden Versuche gemacht, die WFG zur Organisation nur eines Teils der Arbeiterklasse, nur eines Teils der Werktägigen zu machen. Das wird nicht geschehen. Die WFG war und bleibt auch weiter eine Gewerkschaftsorganisation, die

alle Werktägigen vereint. Die WFG ist die einzige Organisation aller Werktägigen, denn sie allein duldet keine Diskriminierung in politischer, ideologischer, religiöser oder rassenmäßiger Hinsicht. Ich zweifle nicht daran, daß unser Kongreß die internationale Gewerkschaftseinheit stärken und das Vertrauen der 70 Millionen Werktägigen zur Weltföderation der Gewerkschaften rechtfertigen wird.

Schande und Schmach über alle, die versuchen, die Werktägigen zu spalten, Schande und Schmach

über diejenigen, die eine Diskriminierung unter den Werktägigen vornehmen und Zwietracht in ihren Reihen säen! Ruhm und Ehre sei den Werktägigen und den Gewerkschaftsaktivisten, die ihr Leben für die Befreiung der Arbeit hingegeben haben! Ruhm und Ehre den Kämpfern, die unter den Verhältnissen des faschistischen Terrors für Brot, Freiheit und Frieden der Werktägigen kämpfen! Es lebe die internationale Einheit der Werktägigen! Es lebe die Weltföderation der Gewerkschaften!

* * *

Nach der Wahl des Kongreßpräsidiums, dem Kusnezow (Sowjetunion), Le Léap (Frankreich), Lombardo Toledano (lateinamerikanische Länder), Di Vittorio (Italien) sowie Vertreter der Gewerkschaftsbewegung der afrikanischen Länder,

Indiens, Hollands, Finnlands und der Tschechoslowakei angehören, gab Louis Saillant, der Generalsekretär der Weltföderation der Gewerkschaften, einen Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der Weltföderation.

Über die Tätigkeit der Weltföderation der Gewerkschaften

Rechenschaftsbericht Louis Saillants

In dem Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der WFG beantragte Saillant, die Delegierten des zweiten Weltgewerkschaftskongresses möchten über die Tätigkeit der WFG seit ihrer Gründung auf dem ersten Kongreß in Paris im Oktober 1945 ihr Urteil abgeben.

„Die WFG“, sagte Saillant, „hatte für die Vernichtung aller faschistischen Verwaltungsformen und eines jeden Äußerungsversuchs des Faschismus zu kämpfen, einerlei, in welcher Form und unter welchem Namen er hervorträte.“

Hat die WFG diese Kampfaufgabe erfüllt? Ihre Unversöhnlichkeit gegen den Faschismus und seine Ideologie ist allbekannt. Unser Kampf gegen das faschistische Francoregime wie auch gegen die Politik der griechischen monarchistischen Faschisten hat in der Vollversammlung der UNO wie auch unter den Volksmassen aller Länder Widerhall gefunden. Jedesmal, wenn sich faschistische Verwaltungsmethoden gegen die Werktägigen richteten, ertönte die Stimme der WFG. Unsere entschlossene und beständige antifaschistische Tätigkeit war eben der Grund, weshalb man uns vorwarf, unsere Organisation sei eher eine politische als eine gewerkschaftliche. In Wahrheit bedeutet das Geschrei über den Antifaschismus der WFG das höchste Lob, das ihr gezollt werden kann. Denn der Faschismus ist der Zerstörer der Arbeitergewerkschaften. Er vernichtet die demokratischen Rechte der Werktägigen. Die WFG kann ihren Kampf gegen den Faschismus und seine Ideologie nicht einstellen und auch nicht einschränken.“

„Die WFG“, setzte Saillant fort, „hatte im Interesse der Herstellung eines festen und dauernden Friedens gegen den Krieg zu kämpfen und gegen die Ursachen, die ihn hervorrufen.“

Haben wir in dieser Richtung gewirkt? Die WFG wandte sich beständig gegen die Anwendung von Gewalt zur Behebung von Meinungsverschiedenheiten, die zwischen den Staaten auftreten können. Wir haben jederzeit unsere Bereitschaft kundgetan, friedliche politische Verhandlungen zwischen den Regierungen zu unterstützen bei Wahrung der Souveränitätsrechte jedes Volkes. Der Gedanke einer Unvermeidlichkeit des Krieges ist von der WFG abgelehnt worden. Sie hat alle Werktägigen der Welt aufgerufen, sich der Front der Friedensanhänger anzuschließen. Die Teilnahme der WFG am Weltkongreß der Friedensanhänger in Paris hat die Überzeugung unserer Organisation dargetan, daß die Völker durchaus Möglichkeiten haben, die Entfesselung eines Krieges zu vereiteln.

Die Weltfront für den Frieden ist fähig, die imperialistischen Umtriebe und die aggressive Politik der kapitalistischen Monopole zu unterbinden. Beständige Regsamkeit zugunsten eines gerechten und dauerhaften Friedens bedeutet für die WFG den Sinn ihres Daseins. Die internationale Reaktion, die Kriegsprovokateure, die Kräfte des Weltkapitalismus und all jene, die sich seinen Gesetzen beugen, haben das vorzüglich begriffen, als sie ihre Schläge gegen unsere Weltorganisation richteten, die ihre Tätigkeit zugunsten des Friedens erweitert, indem sie zu einer Politik der

Freundschaft und der Eintracht zwischen den Völkern aufruft.

Die WFG hatte der Schaffung einer mächtigen und wirksamen internationalen Organisation, die alle notwendige Autorität zur Vereitelung einer Aggression und zur Erhaltung des Friedens besäße, ihre volle Unterstützung zu gewähren.

Haben wir der UNO im Sinne dieses Beschlusses Beistand geleistet? Wir waren die erste und lange Zeit die einzige internationale und außerstaatliche Organisation, die durch ihre Zentrale und ihre Propaganda die Grundsätze verbreitete, auf welchen die UNO aufgebaut ist.

Wir waren und wir bleiben Verteidiger der UNO-Satzung.

Die WFG hatte in ihren Reihen die Gewerkschaften aller Länder zu organisieren und zu vereinigen, unabhängig von rassenmäßigen, nationalen, religiösen und politischen Unterschieden.

Im Laufe der letzten Jahre ist eine Reihe weiterer Gewerkschaftsorganisationen gemäß diesem Grundsatz in den Bestand der WFG aufgenommen worden. Gerade auf Grund dieser Empfehlung wurden die Gewerkschaften folgender Länder oder Gebiete, die 1945 noch außerhalb der WFG standen, vom Exekutivkomitee neu aufgenommen: Deutschland, Japan, Indonesien, Vietnam, Nordkorea, Südkorea, Mongolische Volksrepublik, Philippinen, Tunis, Triest, Chile, Südrhodesia, Siam. Im gleichen Sinn wurden Beziehungen zur malaiischen Gewerkschaftsföderation hergestellt.

Gestützt auf die Empfehlungen des ersten Weltgewerkschaftskongresses, haben wir gegen die gewerkschaftlichen Spaltungsversuche in nationalem wie in internationalem Maße angekämpft. Andrerseits sind gewisse nationale Gewerkschaftsorganisationen im Laufe der letzten Monate aus dem Bestand der WFG ausgeschieden, in der Hoffnung, den universalen Charakter unserer Organisation zu untergraben.“

Saillant sprach im weiteren über die Tätigkeit der WFG zum Schutze der wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Werktätigen sowie auf dem Gebiete ihrer Interessenvertretung im Wirtschafts- und Sozialrat der UNO und im Internationalen Arbeitsamt.

„Wir sind stolz auf unsere Organisation“, sagte Saillant. „Aber unser Stolz hindert uns nicht, die eigene Tätigkeit zu kritisieren. Unser ständiges Bestreben geht dahin, die beste Stellung zu beziehen, die stärkste Position einzunehmen, den jeweils gerechtesten und für die Arbeiterklasse vorteilhaftesten Beschuß zu fassen. Wir treten vor keiner Kritik den Rückzug an und weichen ihr nicht aus, aber wir wissen eine konstruktive Kritik von böswilliger Verunglimpfung zu unterscheiden, die das Element der Demoralisierung in unsere Reihen trägt. Diese böswillige ‚Kritik‘ hat

ofters schon die Form des Angriffs gegen das bloße Bestehen der WFG angenommen.“

Saillant illustrierte dies durch eine Reihe von Beispielen, die „sehr deutlich zeigen, daß jedesmal, wenn wir in Wirklichkeit Beschlüsse anwenden wollten, die entweder auf dem Kongreß, im Generalrat oder im Exekutivkomitee angenommen worden waren, jedesmal, wenn wir den Grundsätzen der WFG-Statuten treu b'leben wollten, wir sogar innerhalb des Exekutivbüros auf Obstruktion stießen.“

„Die Unverfrorenheit, mit der die Vertreter des britischen Trade-Union-Kongresses, des Kongresses der Industrieverbände der USA und der holländischen Gewerkschaftsvereinigung die Sitzung des Exekutivbüros im Januar 1949 verlassen haben, ist eine vorzügliche Illustration für die Haltung jener Personen, die für den von ihnen geschaffenen ungesunden Zustand verantwortlich sind. Diese Situation hat sich schon 1947 bemerkbar gemacht. Es waren kaum sechs Monate seit der Tagung des Generalrats der WFG im Juni 1947 vergangen, als offenbar wurde, daß die Intrigen sich schon auf die Exekutivorgane der WFG erstreckten. Diese Intrigen hatten die Sprengung und Liquidierung unserer Organisation zum Ziel. Wir spürten, wie das unleugbare Sektierertum in die Exekutivorgane der WFG eindrang, um jeglichen gemeinschaftlichen Beschuß zu verhindern und dadurch die internationale Spaltungs-politik zu rechtfertigen.“

Die Spalter betrieben eine Politik der Diskriminierung. Wir konnten ihnen dabei nicht folgen und werden diesen Weg auch künftig niemals beschreiten.

Unsere Gegner, angefangen von den spaltungs-lüsternen Gewerkschaftsführern bis zu den Vertretern des Kapitalismus und Unternehmertums, unterschrieben der WFG den Zweck, eine kommunistische Politik zu betreiben. Sie setzen hinzu, die WFG lasse sich in ihrer Politik von der Politik der Sowjetregierung leiten.

Was verbirgt sich in Wahrheit hinter diesen Behauptungen?

Für diese Leute wird eine Gewerkschaft erst in dem Augenblick zu einer wirklichen Gewerkschaft, wo sie gegen den Kommunismus und gegen die Sowjets auftritt und damit sich jener Richtung anschließt, die seit 1917 die Richtung aller antidemokratischen, antisozialen und arbeiterfeindlichen, reaktionären politischen Strömungen darstellt.

Nach ihren Begriffen wird eine Gewerkschaftsorganisation der Werktätigen erst dann eine wirkliche Werktätigenorganisation, wenn sie fähig ist, sich den Gegnern eines Landes wie die UdSSR zu verbünden, wo 28,5 Millionen Werktätige aus freien Stücken und eigenem Willen den Gewerkschaften angehören.

Die Spalter unter den Gewerkschaftsführern sind Gegner der WFG; sie machen unserer Organisation hauptsächlich die Tatsache zum Vorwurf, daß sie die Unterstützung jener 28,5 Millionen Gewerkschaftsmitglieder der UdSSR genießt.

Wir aber sind stolz darauf, daß die Sowjetgewerkschaften Mitglieder der WFG sind. Die sowjetischen Gewerkschaften spielen in ihrer Heimat eine Rolle, die heute keine Gewerkschaft eines anderen Landes zu spielen vermag. Die Sowjetgewerkschaften halten das System einer sozialen Fürsorge in Händen, dem kein anderes in der Welt an Vollendung gleichkommt. Diese Gewerkschaften verwalten Sanatorien, Erholungsheime, Kulturpaläste, Kinderkolonien; sie sorgen für das Funktionieren von zehntausenden Bibliotheken, die der Verbreitung wissenschaftlicher, technischer und beruflicher Kenntnisse dienen. Diese Gewerkschaften nehmen an der Ausarbeitung von Lohnsätzen und Produktionsnormen teil. Keine einzige „reformistische“ Gewerkschaft in einem kapitalistischen Land hat eine ähnliche gesetzliche Möglichkeit, Reformen durchzuführen, wie es die Sowjetgewerkschaften im ersten sozialistischen Staat der Welt vermögen.

Was kann eine Arbeitergewerkschaft durch ihren beständigen Kontakt mit den Sowjetgewerkschaften einbüßen? Nicht das mindeste. Was kann sie gewinnen? Die Früchte der Erfahrung kollektiver Verwaltung von sozialen und gewerkschaftlichen Einrichtungen, wie sie von Werktägern im Interesse der Werktägigen ausgeübt wird. Nur ein engstirniger Nationalismus kann einen Gewerkschaftsfunktionär von der nüchternen Einschätzung und Verständnis der Gewerkschaftspraxis in der UdSSR abhalten.

Die Gewerkschaftspolitik der WFG ist gerecht und realistisch und wird von der täglichen Erfahrung der Arbeiterbewegung bekräftigt. Die Politik der WFG ist nicht losgelöst vom sozialen Leben selbst. Sie findet das volle Verständnis der Werktägigen, die sie aus einem natürlichen Gefühl heraus in die Tat umsetzen.

Die Taktik jener, die der WFG den Untergang wünschten, besteht jetzt in dem Bestreben, sie zu isolieren. Das gelingt ihnen aber keineswegs. Vielleicht werden sie unter Beihilfe ihrer Regierungen uns manche Schwierigkeiten bereiten, z. B. bei Entsendung von internationalen Delegationen zur UNO und zum Internationalen Arbeitsamt. Wir werden diese Schwierigkeiten mit Hilfe der überwiegenden Mehrheit aller organisierten Werktägigen der Welt zu überwinden wissen.

Vielleicht werden in manchen Ländern die Führer der Landeszentralen den Gewerkschaften die Unterhaltung von Beziehungen zur WFG verbieten und die Ausschlußdrohung in den Dienst ihrer einheitsfeindlichen Forderungen stellen.

Wir sind über das Vorhandensein solcher Absichten unterrichtet. Vielleicht meint jemand, die WFG wäre von den Werktägigen isoliert, weil einige belgische Gewerkschaftsführer an die 500 000 Gewerkschaftsmitglieder Belgiens willkürlich von unserer Organisation losreißen wollten, im gleichen Augenblick, da etwa eine Million Werktägler aus der einen Stadt Schanghai sich anschickten, unserer Föderation beizutreten!

Es ist völlig klar, daß wir unsere Beziehungen zu allen belgischen Werktägern aufrechterhalten und auch den Kontakt der Seeleute und Hafenarbeiter von Schanghai mit den Seeleuten von Antwerpen, London, Amsterdam, Neuyork und San Franzisko herstellen werden.

Diese Aufgaben einer freundschaftlichen Vereinigung zwischen den Werktägern fallen hauptsächlich unseren Industrieabteilungen zu. Jetzt ist uns auch die Erbitterung ganz verständlich, mit der gegen die Schaffung solcher Industrieabteilungen angekämpft wurde. Es war eine Taktik, die von dem Wunsch diktiert war, die Vorherrschaft einiger nationaler Organisationen über die gesamte internationale Gewerkschaftstätigkeit aufrechtzuerhalten. Es war der Versuch, um jeden Preis der Entfaltung einer gewerkschaftlichen Aktivität der WFG entgegenzuwirken, um ihr hernach leichter vorwerfen zu können, sie wäre nichts anderes als ein lediglich politisches Organ. Wir haben dieses Manöver vereitelt. Jetzt werden unsere Industrieabteilungen eine nach der andern ins Leben gerufen.

Auf dem gegenwärtigen zweiten Weltgewerkschaftskongreß sind Delegierte aus der Mehrzahl aller Länder der Welt versammelt. Einige von ihnen befinden sich in der Rolle von Beobachtern. Alle zusammen bilden aber ein einiges Ganzes. Da gibt es parteilose Werktägige, Demokraten, Gläubige, Sozialisten, Kommunisten, Marxisten und Nichtmarxisten. Unsere Demokratie gründet sich auf die Achtung vor allen hier vertretenen Meinungen.

Manche Mitglieder des Exekutivorgans der WFG haben sich gescheut, vor diesen Kongreß hinzutreten, um wie üblich, auf Grund ihres Mandats, über die Erfüllung der ihnen anvertrauten Aufgaben Rechenschaft abzulegen; sie huldigen dem Wahn, daß die Aufgabe der Gewerkschaften im Kampf gegen den Kommunismus beschlossen liege. So verhält sich James Carey, der im Mai 1948 auf der Sitzung des Exekutivkomitees in Rom zwar die Einigungsresolution über die Politik und Leitung der WFG unterzeichnete, aber hernach in der Hitze seiner Selbstüberschätzung die Resolution verbrannte, in der Meinung, er könnte mit diesem Akt die WFG selbst den Flammen überantworten. Unsere Föderation ist aber zur Weltföderation der Gewerkschaften geworden, und niemand kann unsere Entschlüsse ignorieren, niemand kann den starken Einfluß dieses

Kongresses auf den Verlauf der künftigen internationalen Ereignisse verhindern. Und wir werden die hier zu fassenden Beschlüsse auf Grund unserer reichen Erfahrung in die Tat umzusetzen wissen.

Gegenwärtig schwebt über der Welt die Drohung der Wirtschaftskrise und des Krieges. Es sind dies nur zwei Äußerungsformen eines und desselben Faktors: der sozialen und wirtschaftlichen Herrschaft des Monopolkapitals. Wirtschaftskrise und Kriegsgefahr werden unvermeidlich zu riesigen sozialen Konflikten führen. Die Last der drohenden Krise wird auf die Werktaatigen fallen, wenn sie nicht alle Kräfte zusammenschließen und sich vereinigen, um dem vorzubeugen.

Die Verantwortung für die umfangreichen sozialen Zusammenstöße, die im Gefolge der Krise unausbleiblich auftreten müssen — weil die Werktaatigen sich zur Wehr setzen werden —, fällt ganz und gar auf die herrschende Klasse der Monopolisten. Sollten sie den Krieg auszulösen wagen, so wird dieser Krieg unweigerlich zur Zerschmetterung und strengen Bestrafung aller Kriegsschuldigen führen.

Der zweite Gewerkschaftskongress muß erklären, daß im Angesicht der beiden Gefahren — Wirtschaftskrise und Kriegsdrohung — die werktaatigen Mitglieder der Gewerkschaften aller Länder nicht untätig noch teilnahmslos bleiben werden. Die Arbeiterklasse hat schon bewiesen, daß niemand imstande ist, ihre wachsende Macht zu brechen. Diese Klasse hat in einigen Ländern bereits die Geschicke der Nation in ihre Hände zu nehmen vermocht; in anderen Ländern hat sie einen verlässlichen Vortrupp des sozialen Fort-

schrifts und der echten Demokratie geschaffen, die morgen siegen wird.

Der gegenwärtige Kongress muß alle Werktaatigen zum engen Zusammenschluß aufrufen, um durch koordinierte Tätigkeit der Politik des sozialen Ruins und der Kriegsdrohung ein Ende zu bereiten.

Eine Analyse der Tätigkeitsergebnisse der WFG zeigt die unwiderlegliche Notwendigkeit einer einheitlichen Aktivität der Werktaatigen und ihrer Gewerkschaften. Die Welteinheit der Werktaatigen wird siegen, weil die Ideen der WFG in allen Ländern der Welt verbreitet sind, weil die Ziele der WFG unlösbar mit den Zielen der Werktaatigen verbunden sind, einerlei, welcher Rasse und Nationalität sie angehören. Die WFG vereinigt Millionen werktaatiger Gewerkschaftsmitglieder. Im Oktober 1945 waren wir 65 Millionen. Ungeachtet der erfolgten Spaltung sind auf diesem Kongress schon etwa 70 Millionen Gewerkschaftsmitglieder vertreten. Das bedeutet in materieller Hinsicht den Fortbestand einer festen Position der WFG. In moralischer Hinsicht ist sie aus allen Sturmangriffen, die zum Zweck ihrer Liquidierung unternommen wurden, siegreich hervorgegangen.

Wir bleiben die Weltföderation der Gewerkschaften. Nichts und niemand kann uns diesen Titel, diesen Namen rauben, der schon unauslöschlich in die Geschichte der Weltgewerkschaftsbewegung und in das Bewußtsein der werktaatigen Massen eingegangen ist.“

Saillant beendete sein Referat mit einem Appell für den unermüdlichen Kampf um die Einheit der Werktaatigen, um den Frieden zwischen den Völkern.

Sitzungen vom 30. Juni

In der Morgen- und in der Abendsitzung wurde der Rechenschaftsbericht Louis Saillants, des Generalsekretärs der Weltföderation der Gewerkschaften, über die Tätigkeit der Föderation in den Jahren 1945—1949 erörtert.

Den Vorsitz auf der Morgensitzung hatte Lombardo Toledano. Gewerkschaftsvertreter abhängiger und kolonialer Länder, und zwar Ziartides (Kreta), Asched (Tunis), Calcinez (Kuba), el-Ariss (Libanon), schenkten in ihren Reden der Hilfe, die die Weltföderation auf Grund der Beschlüsse des ersten Weltgewerkschaftskongresses der Gewerkschaftsbewegung in den kolonialen und halbkolonialen Ländern Afrikas, Amerikas und Asiens geleistet hat, besondere Beachtung. Die Redner billigten den Rechenschaftsbericht des Generalsekretärs und forderten den Kongress auf, Beschlüsse über eine allseitige Fortentwicklung dieser Hilfe zu fassen, um die Gewerkschaftsbewegung und die Gewerkschaftsorganisationen der Werktaatigen dieser Länder auf eine neue Stufe zu heben.

Der Delegierte der kubanischen Gewerkschaften erzählte dem Kongress von der furchtbaren Ausbeutung und dem politischen Terror, die von den Imperialisten und ihren einheimischen Lakaien in Kuba entfesselt werden. Fünfundachtzig Prozent des grundlegenden Nationalreichtums von Kuba, seine Zuckerplantagen, gehören, wie er erkärte, nordamerikanischen Kapitalisten. Die Gewerkschaftsbewegung der Werktaatigen der Zuckerplantagen wird von den Besitzern mit Terror beantwortet.

Am 22. Januar v. J. wurde an Jesús Menéndez, dem Generalsekretär der Landesföderation der Zuckerplantagenarbeiter, ein Meuchelmord verübt. Ein gleiches Geschick ereilt die Führer anderer Gewerkschaften, sobald eine bestimmte Kategorie von Werktaatigen einen Streikkampf gegen die Ausbeuterwillkür aufnimmt. Zur Abrechnung mit den Gewerkschaftsführern verwendet die Regierung gedungene bewaffnete Banden, „Pistoleros“. Am 17. Oktober v. J. ermordeten sie Iglesias, den

Führer der Seeleuteföderation; Ende 1947 wurde Fernandez Roig, der Führer der Tabakarbeiter, erschlagen. Von der Hand gedungener Mörder fielen die Führer der Eisenbahner und Straßenbahner Kubas: Lezcano, Montore, Cabiera und Fethes.

Aber die Arbeiterklasse Kubas beugt ihr Haupt nicht vor dem blutigen Wüten der imperialistischen Machthaber. Die Werktätigen Kubas, denen die Raubtierfratze des Imperialismus gut bekannt ist, begreifen, daß der Kampf für den Frieden, gegen eine drohende Kriegsgefahr die grundlegende, unaufschiebbare Aufgabe der internationalen Gewerkschaftsbewegung ist. Die Werktätigen Kubas haben ihre Pflicht erkannt. Sie organisieren in ihrem Lande eine Bewegung der Friedensanhänger. Niemals werden sie sich damit einver-

standen erklären, eine Waffe in die Hand zu nehmen, um gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie zu kämpfen, wo das Glück des schaffenden Volkes geschmiedet wird.

Nach ihm ergriff el-Ariss, der Delegierte des Libanon, das Wort mit einem Vorschlag über die Einberufung einer Gewerkschaftskonferenz der Länder des Nahen und Mittleren Ostens zwecks Koordinierung des Kampfes der Werktätigen dieser Länder zum Schutz ihrer Rechte und Freiheiten gegen den allseitigen Ansturm der Reaktion. Der Delegierte der Gewerkschaft des Libanon schlug gleichfalls vor, eine spezielle Abteilung der arabischen Länder in der Weltföderation der Gewerkschaften zu gründen und ein Gewerkschaftsbulletin in arabischer Sprache herauszugeben.

Rede L. N. Solowjows

Sekretärs des Zentralrats der

„Die WFG, geschaffen nach dem Willen vieler Millionen Werktätiger in aller Welt, ist zu einem kampffähigen und maßgebenden Organ geworden, das im Namen der überwiegenden Mehrheit aller in Gewerkschaften organisierten Arbeiter auftritt. Im Sinne der Beschlüsse der Londoner Konferenz und des Pariser Kongresses hat die WFG ihren aktiven Kampf für die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse, für den Schutz der gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten entfaltet. Die Föderation hat wiederholt und vernehmbar Einspruch erhoben gegen die Verfolgung der Gewerkschaften und ihrer Führer in Francospanien, in Griechenland, im China der Kuomintang, in Indien, in den Ländern Lateinamerikas, im Iran, auf Jamaika, auf Zypern, in Afrika, Ägypten und anderen Ländern. Die Föderation hat sich beharrlich um eine vollberechtigte Vertretung in der UNO bemüht.“

Nach großen Anstrengungen und dank der beständigen Unterstützung durch die Regierung der Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder ist der WFG die Erringung gewisser, freilich einstweilen noch begrenzter Rechte in der UNO gelungen. In Anwendung dieser Rechte verteidigt die Föderation die Interessen der Werktätigen in der UNO und die Freiheit der Gewerkschaften, bemüht sie sich um die Verwirklichung des Prinzips gleichen Lohnes für gleiche Arbeit, kämpft sie gegen jederlei Diskriminierung.

Die WFG unterstützt die Werktätigen der Kolonialländer in ihrem gerechten Kampf um Freiheit und nationale Unabhängigkeit, sie tritt gegen die kolonialen Raubkriege in Indonesien, in Vietnam, in Birma, Malaya und anderen Ländern hervor.

Die WFG entfaltet und stärkt unermüdlich die gegenseitige Zusammenarbeit und internationale

Gewerkschaften der Sowjetunion

Solidarität der Arbeiter und hat zu diesem Zweck internationale Fachvereinigungen (Industrieabteilungen) geschaffen.

Eine der in ihrem Statut festgelegten Hauptaufgaben der WFG ist der Kampf um die völlige Austilgung des Faschismus, der Kampf gegen den Krieg und seine Ursachen, der Kampf für einen festen und dauerhaften Frieden.

Geleitet von den Beschlüssen der Londoner Konferenz und des Pariser Kongresses, wendet sich die WFG entschieden gegen das in Spanien und Griechenland herrschende faschistische Regime, tritt sie für eine rasche und vollständige Entnazifizierung und Entmilitarisierung Deutschlands ein, für eine Entmilitarisierung Japans und für die Schaffung einheitlicher demokratischer Gewerkschaften in diesen Ländern. Die WFG hat ihre Kommissionen zweimal zur Untersuchung der Lage und zur Hilfeleistung an die demokratischen deutschen Gewerkschaften nach Deutschland entsandt; sie hat den Besatzungsorganen der vier Großmächte und dem Alliierten Kontrollrat für Deutschland ihre Empfehlungen übermittelt. Die Föderation hat die Fragen angeschnitten, daß die Besatzungsmächte die Entwicklung einer demokratischen Gewerkschaftsbewegung in Deutschland fördern könnten, wobei den Gewerkschaften das Recht eingeräumt werden soll, in allen Körperschaften, besonders denen, die der Entnazifizierung dienen, vertreten zu sein. Die Föderation ist bei den Besatzungsmächten auch beständig dafür eingetreten, daß in Berlin die Schaffung eines Verbindungsbüros der WFG als Hilfsorgan für die deutschen Gewerkschaften bei der Schaffung eines vereinigten Gewerkschaftszentrums für Deutschland gestattet würde.

Es wäre dies ein wichtiger Faktor bei der Demokratisierung des Landes und würde der wirt-

schaftlichen und politischen Vereinigung Deutschlands zugute kommen. Diese Empfehlungen der WFG wurden aber nur in der sowjetischen Besatzungszone verwirklicht. Die westlichen Besatzungsmächte haben die Forderung der Föderation ignoriert. Und während sie die Schaffung eines Verbindungsbüros der WFG verhinderten, stellten sie der Amerikanischen Arbeitsföderation, die in der Gewerkschaftsbewegung Deutschlands und einer Reihe anderer Länder ihre spalterische Wühlaktivität entfaltet, diese Möglichkeit zur Verfügung.“

L. N. Solowjow wies im weiteren darauf hin, daß die Tätigkeit der WFG unter schwierigen internationalen Verhältnissen vor sich gehe, da die Imperialisten die Welt in den Abgrund eines neuen Krieges zu stürzen versuchten. „Die Arbeit der Föderation vollzieht sich unter Bedingungen eines hartnäckigen Kampfes gegen die Reaktion, die die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen und kolonialen Ländern zu unterdrücken trachtet, die die Reihen der Arbeiterklasse zu spalten und sie der Möglichkeit zu berauben sucht, sich den Ausbeutern und den imperialistischen Kriegsanstiftern organisiert entgegenzustellen. In den kapitalistischen und kolonialen Ländern sinkt ununterbrochen die Lebenshaltung der Arbeiterklasse, wächst die Erwerbslosigkeit, verstärkt sich die Ausbeutung, und alle Versuche der Werktaatigen, für eine Verbesserung ihrer Lage zu kämpfen, werden grausam unterdrückt, Streiks werden verboten, arbeiterfeindliche Gesetze erlassen und die Tätigkeit der freien Gewerkschaften wird Verfolgungen ausgesetzt.“

Der Marshallplan, den Völkern Westeuropas von den amerikanischen Imperialisten aufgezwungen, legt sich als schwere Bürde auf die Schultern der werktätigen Massen. Der Marshallplan verhindert in den westeuropäischen Ländern die Entwicklung der nationalen Industrie und hat zu einer weiteren Verschlechterung der ohnehin schweren Lebensverhältnissen der Werktaatigen geführt, neue Entbehrungen und massenhafte Arbeitslosigkeit heraufbeschworen.

Im Zeichen der Vorbereitung eines neuen Krieges schmieden die Imperialisten militärisch-politische Bündnisse: den Westblock, den Nordatlantikpakt, die darauf abgestellt sind, jede demokratische und nationale Freiheitsbewegung in der ganzen Welt zu ersticken und einen Eroberungs- und Raubkrieg zu entfesseln. Gegen die aggressiven imperialistischen Pläne, Pakte und Bündnisse treten die einfachen Menschen aller Länder auf, geleitet von ihrem Friedensdurst, ihrem Freiheitsdrang und ihrer Sehnsucht nach Verbesserung der Lebensbedingungen. Der Kampf zwischen den Kräften der Reaktion und denen des Fortschritts, zwischen den Kräften des Imperialismus und denen der Demokratie, zwischen den Kriegsbrandstiftern und den Anhängern des Friedens hat in der Weltgewerkschaftsbewegung seine

Widerspiegelung erfahren. In den Reihen der WFG fanden sich Verteidiger der Imperialisten und Kriegsbrandstifter. Die Führer des britischen Trade-Union-Kongresses und des Kongresses der Industrieverbände der USA (CIO) versuchten die WFG zur Propaganda des imperialistischen Marshallplans auszunutzen und strebten nach Verwandlung der Föderation in einen Schauplatz politischer Intrigen. Als aber ihre Machenschaften scheiterten, beschlossen sie, die Tätigkeit der WFG zu unterbinden und deren Auflösung zu erwirken, was den Plänen der Imperialisten, den Plänen der Kriegsanstifter vollkommen entspricht.

Die WFG bildet eines der ernsthaften Hindernisse auf dem Wege zur Verwirklichung der verbrecherischen Absichten jener imperialistischen Kräfte. Darum ist sie zum Gegenstand der heftigsten Angriffe geworden, die darauf abzielen, die Föderation in Mißkredit zu bringen, sie zu spalten und die Einstellung ihrer Tätigkeit herbeizuführen. Deakin, Carey und Kupers erwiesen sich als getreue Helfershelfer der Imperialisten. Der ehemalige Vorsitzende der WFG, Deakin, der einst hoch und heilig versicherte, daß er ehrlich und gewissenhaft für die Organisation wirken werde, die ihm den hohen Posten eines Vorsitzenden anvertraut habe, ist zu einem offenen Feind der Föderation geworden. Er hat innerhalb der Föderation einen reaktionären Block geschmiedet, der ihre Tätigkeit auf jede Art sabotierte und die Erfüllung der wichtigsten Beschlüsse des Pariser Weltkongresses der Gewerkschaften hintertrieb. So wurde durch Verschulden der Führer des britischen Trade-Union-Kongresses und des Kongresses der Industrieverbände der USA die Entsendung einer WFG-Kommission nach den Ländern Asiens und die Durchführung einer gesamtasiatischen Konferenz der Gewerkschaften verhindert. Absichtlich wurden Unterhandlungen mit den Internationalen Industriesekretariaten über die Bedingungen ihres Eintritts in die Industrieabteilungen der WFG eingeleitet, wobei jenen die Ablehnung einer Zusammenarbeit mit der Föderation in dem Augenblick eingegeben wurde, da an sie die Einladung erging, beliebige für sie annehmbare Beitragsbedingungen auszuarbeiten. Infolge der Sabotage von Seiten der Führer des britischen Trade-Union-Kongresses und des amerikanischen CIO konnte die WFG nicht die Vereinigung der deutschen Gewerkschaften im nationalen Maßstab durchsetzen. Die britischen Gewerkschaftsführer und die CIO-Leute trugen zur Spaltung der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland bei, indem sie die Spaltergruppe, die sogenannte Unabhängige Gewerkschaftsopposition, anerkannten. Sie waren es auch, die die Besetzungsbehörden der USA und Englands veranlaßten, die Empfehlungen der Föderation bezüglich der Entnazifizierung und Demokratisierung Deutschlands unberücksichtigt zu lassen.

Die verräterischen Pläne der Spalter, die Welt-einheit der Arbeiter zu zerstören und die Auflösung der WFG zu erwirken, sind völlig gescheitert. Die Föderation ist eine machtvolle und kampffähige Organisation geblieben, bereit, allen Prüfungen standzuhalten und den entschlossenen Kampf für die Lebensinteressen der Werktätigen fortzusetzen.“

L. N. Solowjow erklärte zum Schluß: „Die sowjetische Delegation beantragt im Namen der Gewerkschaften der UdSSR, die auf Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse, auf Verteidigung ihrer demokratischen Rechte und Freiheiten, auf den Kampf um einen festen und dauerhaften Frieden in der Welt abzielende Tätigkeit der WFG gutzuheißen. Die Sowjetdelegation hält es für notwendig, insbesondere jene Bemühungen der Exekutivorgane der WFG hervorzuheben, die im Dienste der Erhaltung der gewerkschaftlichen Welteinheit standen, und beantragt, die Tätigkeit des Exekutivbüros und des Exekutivkomitees in bezug auf die gegen die WFG gerichteten Liquidierungsversuche der Spalter gutzuheißen. Der Kongreß soll die von den Spaltern aufgezogene neue Gewerkschaftsvereinigung brandmarke-n und die Werktätigen sowie die Gewerkschaf-ten aller Länder zum Boykott dieser Streikbrecher-organisation aufrufen.“

Die Sowjetdelegation beantragt, im Namen des Kongresses, ein Schreiben an die Mitglieder der Gewerkschaften Englands, der USA, Hollands, Norwegens, Dänemarks, Belgiens und anderer Gewerkschaften zu richten, deren Führer ihren Austritt aus der WFG erklärt haben, mit dem Appell: die enge Verbindung und Zusammenarbeit mit der WFG und ihren Industrieabteilungen wiederherzustellen, trotz der Spaltungstätigkeit reaktionärer Gewerkschaftsführer; die Gewerkschaftsmitglieder, die Fachverbände und örtlichen Gewerkschaftsräte jener Länder zur Schaffung von Komitees aufzufordern, die in den Städten und in den Betrieben, wo hierfür Voraussetzungen gegeben sind, für eine Zusammenarbeit mit der WFG wirken und gemeinschaftliche Aktionen mit den der WFG angeschlossenen Gewerkschaften zur Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse durchführen sollen.

*

Die WFG ist die einzige allumfassende Weltorganisation der Arbeiterklasse, die in ihren Reihen die überwiegende Mehrheit der Gewerkschaften aller Länder ohne Unterschied der Rasse, Nationalität, Konfession und politischen Überzeugung vereinigt. In den Beschlüssen des Kongresses ist zweckmäßigerweise zu unterstreichen, daß die Türen der Föderation für alle Gewerkschaftsorganisationen geöffnet bleiben, auch für jene, deren Führer den Austritt aus der WFG erklärt haben.

Die Sowjetdelegation beantragt die Hervorhebung der Bemühungen der WFG, bei der UNO die Anerkennung ihrer Rechte zu erwirken, und hält es auch für notwendig, daß der Kongreß entschieden Protest gegen jene Handlungen der UNO erhebe, die die gesetzlichen Rechte der WFG verletzen und die Lösung der für die Werktätigen der ganzen Welt lebenswichtigen Fragen, wie sie die Föderation angeschnitten hat, vereiteln. Wir müssen unseren Protest dagegen erheben, daß der Wirtschafts- und Sozialrat der UNO die von ihm nicht erledigte Frage des Schutzes der Gewerkschaftsrechte und -freiheiten dem Internationalen Arbeitsamt überantwortet hat, welches seinerseits den Unternehmern zuliebe an die Stelle dieser Frage allgemeine Erörterungen über die Koalitionsfreiheit setzte. Dem Exekutivkomitee der WFG ist der Auftrag zu geben, bei der UNO neuerdings die Forderung nach einer vollberechtigten Vertretung der WFG als der Weltorganisation der Arbeiterklasse aufzustellen.

Die Sowjetdelegation äußert die feste Überzeugung, daß die WFG bei aktiver Mithilfe aller ihr angeschlossenen nationalen Gewerkschaftszentralen eine umfassende Tätigkeit zur Erfüllung jener großen Aufgaben entfalten wird, die in ihren Statuten festgelegt sind, und jener, die ihr der gegenwärtige Weltgewerkschaftskongreß vorzeichnen wird. Die Sowjetdelegation versichert dem Kongreß, daß die Gewerkschaften der UdSSR auch künftig ihre internationalen Verpflichtungen erfüllen und der Föderation in ihrer gesamten Tätigkeit aktiv Hilfe leisten werden. Es lebe und erstarke die nach dem Willen der Werktätigen aller Länder geschaffene Weltföderation der Gewerkschaften!“

* * *

Nach der Rede L. N. Solowjows, Mitglieds der Sowjetdelegation und Sekretärs des Zentralkomitees der Gewerkschaften der Sowjetunion, sprach Gaston Monmousseau, ein Delegierter der Allgemeinen Arbeitskonföderation Frankreichs. Er unterstützte den Vorschlag der Sowjetdelegation über die Annahme eines Aufrufs an die Mitglieder der Gewerkschaften Englands, der USA, Hollands u. a., deren Führer den Austritt aus der Weltföderation der Gewerkschaften erklärt haben, mit der Aufforderung, enge Verbindungen mit der

Weltföderation der Gewerkschaften und ihren Industrieabteilungen herzustellen. Am Beispiel der französischen Gewerkschaften zeigte der Redner, daß die Spaltertätigkeit des Chamäleons Jouhaux, der auf Befehl der USA-Monopole und infolge einer persönlichen Abmachung mit Marshall gegen die Weltföderation der Gewerkschaften aufgetreten ist, keine unübersteigbare Schranke zwischen der in der Allgemeinen Arbeitskonföderation erfaßten Mehrheit der Werktätigen Frankreichs und den durch die läufigen Losungen

der „Force ouvrière“ betroffenen Werktägigen aufgerichtet hat.

Hier von zeugt die erfolgreich zustande gebrachte Aktionseinheit zwischen den der Allgemeinen Arbeitskonföderation angehörenden Werktägigen und Anhängern der „Force ouvrière“ im Verlauf einzelner Arbeitskonflikte.

Louis Saillant, der Generalsekretär der Weltföderation der Gewerkschaften, der dann das Wort ergriff, teilte mit, daß der Kongreßpräsidiun habe die Mitteilung erhalten, daß der Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen in Japan, General MacArthur, allen Mitgliedern der japanischen Gewerkschaftsdelegation zum zweiten Weltgewerkschaftskongreß das Ausreisevisum verweigert habe. Im Namen der Kongreßdelegierten begrüßte Saillant die 6 700 000 gewerkschaftlich organisierten Werktägigen Japans und erklärte seine Solidarität mit ihnen. Er schlug vor, wegen dieser Verletzung der demokratischen Rechte von Seiten des Oberbefehlshabers der Besatzungstreitkräfte, die im Namen einer der UNO angehörenden Nation ein

bestimmtes Territorium besetzt halten, ein Prosttelegramm an General MacArthur sowie an den Generalsekretär der UNO zu richten.

Der Kongreß billigte diesen Vorschlag Sailants.

Nach ihm sprach Lombardo Toledano und hob hervor, daß die Aufgabe dieses Kongresses nicht nur darin bestehe, Direktiven für die der Weltföderation der Gewerkschaften angehörenden Gewerkschaftszentralen auszuarbeiten, sondern auch einen Beschuß zu fassen, der den breiten, noch nicht mit der Weltföderation der Gewerkschaften in Verbindung stehenden werktäglichen Schichten eine Orientierung gibt. Lombardo Toledano brandmarkte die Spaltungstätigkeit der Agenten des Imperialismus in der Arbeiterbewegung und rief die Weltföderation der Gewerkschaften auf, die ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten auszunutzen, um sich an die Massen der Werktägigen der USA und Großbritanniens zu wenden.

Am Schluß der Morgensitzung sprach Božičević, ein Vertreter Jugoslawiens.

* * *

Auf der Abendsitzung sprachen in den Debatten zum Rechenschaftsbericht des Generalsekretärs der Weltföderation der Gewerkschaften Vertreter der Gewerkschaften einer Reihe volksdemokratischer Länder — Ungarns, Polens und der Tschechoslowakei.

Antal Apro, der Generalsekretär der Gewerkschaften Ungarns, erklärte, die ungarische Delegation billige den vorliegenden Rechenschaftsbericht und sei überzeugt, daß die Weltföderation der Gewerkschaften nach diesem Kongreß mit noch größerer Energie zu kämpfen imstande sein werde, um die Rechte und Interessen der Werktägigen der ganzen Welt zu schützen. Die Vorbereitungen zum Weltgewerkschaftskongreß verliefen in Ungarn unter der Parole der Festigung der internationalen proletarischen Solidarität.

Tadeusz Cwik, Vertreter der Gewerkschaften Polens, gab der Überzeugung Ausdruck, daß der zweite Weltgewerkschaftskongreß die Handlungsweise der im Dienst der imperialistischen Kräfte stehenden Spaltungselemente enthüllen und brandmarken und daß er den von ihnen betroffenen Werktägigen helfen wird, die falsche Lage zu begreifen, in die sie geraten sind. Diejenigen, die der Handvoll spalterischer Führer gefolgt sind, dürfen für die Sache der Arbeiterklasse, für die Sache der Einheit der Werktägigen nicht verloren gegeben werden. Es ist Aufgabe dieses Kongresses, der Weltföderation der Gewerkschaften zu helfen, die lebendige Verbindung mit denjenigen Werktägigen anzubauen und zu verstärken, die zeitweilig in den Wirkungskreis der Spaltungsmäver geraten sind.

Erban, ein Vertreter der Gewerkschaften der

Tschechoslowakei, betonte, daß die Werktägigen seines Landes mit Genugtuung von dem Widerstand erfahren hätten, den die Weltföderation der Gewerkschaften im Januar d. J. mit der Mehrheit des Exekutivkomitees dem Versuch der Agenten des Imperialismus leistete, die Weltföderation der Gewerkschaften von innen her zu sprengen und zu liquidieren.

Herbert Warnke, ein Vertreter des FDGB der sowjetischen Besatzungszone und Groß-Berlins, dankte im Namen von 5 100 000 Gewerkschaftsmitgliedern und im Namen der deutschen Werktägigen der Weltföderation der Gewerkschaften für ihre ständigen Bemühungen um die Sicherstellung der Entnazifizierung Deutschlands und Schaffung einer einheitlichen Gewerkschaftszentrale im Landesmaßstab.

Im Namen der Weltföderation der Wissenschaftler begrüßte Professor J. G. Crowther den Kongreß und betonte die Bedeutung, die der Abschluß eines engen Bündnisses mit den Handarbeitern für die Kopfarbeiter hat.

Maria-Maddalena Rossi, stellvertretende Vorsitzende der Internationalen Demokratischen Frauenföderation, verlas ein Begrüßungsschreiben der Föderation an den Kongreß.

Auf der Sitzung sprach auch Jarblum, ein Delegierter der Gewerkschaftszentrale „Gistadrud“ im Staate Israel, der sich für den Schutz der Gewerkschaftseinheit aussprach.

Am Schluß der Sitzung gab Borissow, ein Mitglied der Sowjetdelegation, den Rechenschaftsbericht der Revisionskommission der Weltföderation der Gewerkschaften.

Sitzung vom 1. Juli

Auf der Morgen- und auf der Abendsitzung wurde die Diskussion über den Rechenschaftsbericht Louis Saillants, des Generalsekretärs der Weltföderation der Gewerkschaften, fortgesetzt. In der Diskussion sprachen Apostol, der Vorsitzende der Allgemeinen Arbeitskonföderation Rumäniens, Blagojeff, ein Mitglied des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes der Arbeiter Bulgariens, und Missa Trisag, der Führer der albanischen Gewerkschaftsdelegation. Sie berichteten dem Kongreß von den Erfolgen der Gewerkschaftsbewegung in den Ländern der Volksdemokratie, wo die Prinzipien der Einheit der Werktätigen und des proletarischen Internationalismus, von denen die Tätigkeit der großen Weltföderation der Gewerkschaften durchdrungen ist, triumphiert haben.

Iscaro, Delegierter der Gewerkschaften Argentiniens, Ocampo, Vertreter der Werktätigen Chiles, und Wikremasing, der Führer der Gewerkschaften Ceylons, schilderten dem Kongreß die grausamen Verfolgungen, denen die Werktätigen in diesen Ländern ausgesetzt sind, sowie die Verletzung ihrer Rechte und Freiheiten.

Blokzijl, ein Vertreter der unitären Gewerkschaften Hollands, und Wolfson, ein Delegierter der Gewerkschaften der Südafrikanischen Union, berichteten von dem Kampfe der Gewerkschaften dieser Länder gegen die koloniale Unterdrückung, gegen die blutigen Kolonialabenteuer der Imperialisten und gegen die Rassendiskriminierung als Waffe der Reaktion bei ihren Versuchen, die internationale Front der Kräfte der Arbeit, der Demokratie und des Friedens zu spalten und zu schwächen.

Dschardschura, ein Delegierter des Kongresses der arabischen Arbeiter im Staaate Israel, und Radić, ein Vertreter der Einheitsgewerkschaften des Freistaats Triest, sprachen ihre Überzeugung aus, daß der zweite Weltgewerkschaftskongreß den unter dem Joch des Imperialismus ächzenden Werktätigen helfen werde, den Kampf um ihre Gewerkschaftsrechte und um nationale Unabhängigkeit weiter zu entfalten.

Alle Redner sprachen der Weltföderation CGT Gewerkschaften im Namen der Werktätigen ihrer Länder den besten Dank für die Hilfe aus, die sie der Gewerkschaftsbewegung geleistet hat, sie brandmarkten die Handlungsweise der Spalter der internationalen Gewerkschaftseinheit.

Federico Rossi und De Fanceschi, Mitglieder der italienischen Delegation, begrüßten den Kongreß und die Weltföderation der Gewerkschaften im Namen der Werktätigen — der Katholiken und der Sozialisten, die der den Prinzipien der Gewerkschaftseinheit treuen Allgemeinen Arbeitskonföderation Italiens angehören.

Ernest Thornton, der Sekretär des australischen Metallarbeiterverbands, verlas ein Solidaritätstelegramm, das von den dem CIO angehörenden amerikanischen Gewerkschaften der Kürschner und Lederarbeiter sowie der Angestellten von Privatbüros beim Kongreß eingegangen ist.

Dann hielt Herbert William, Sekretär der Weltföderation der Demokratischen Jugend, eine Begrüßungsansprache.

Henri Reynaud, Mitglied der Mandatskommission, teilte mit, daß 240 Delegierte von 43 Ländern am Kongreß teilnehmen und daß sie 71 608 788 gewerkschaftlich organisierte Werktätige vertreten. Außerdem wohnen dem Kongreß als Beobachter 23 Vertreter von 10 Ländern bei.

Louis Saillant, Generalsekretär der Weltföderation der Gewerkschaften, zog in seinem Schlußwort ein Fazit der Diskussion zum Rechenschaftsbericht. Saillant sprach über die Verfolgungen, denen die Gewerkschaftsbewegung und ihre Führer von seiten der reaktionären Regierungen ausgesetzt sind, und empfahl unter dem stürmischen Beifall der Delegierten allen Regierungen, dessen eingedenkt zu sein, daß keinerlei Drohungen mit Gefängnis, mit Strafgerichten und Hinrichtungen die Weltföderation der Gewerkschaften und die ihr angeschlossenen Gewerkschaftszentralen zwingen werden, ihren Kampf für die geheiligte Sache der Werktätigen einzustellen!

Sitzung vom 2. Juli

Der Kongreß ging zum nächsten Punkt der Tagesordnung über: die allgemeine Politik und der Kampf der WFG für die internationale Gewerkschaftseinheit, für den Schutz des Friedens und die demokratischen Rechte der Völker.

Das Referat zu dieser Frage hielt der Führer der Sowjetdelegation, W. W. Kusnezow, der von allen Kongreßteilnehmern mit stürmischen, lang anhaltenden Ovationen begrüßt wurde.

Der Kampf der Weltföderation der Gewerkschaften für den Frieden und die demokratischen Rechte der Völker sowie für Gewerkschaftseinheit

Referat W. W. Kusnezows

Werte Freunde! Die Weltföderation der Gewerkschaften ist bekanntlich die erste derart allumfassende Weltgewerkschaftsvereinigung der Geschichte. Sie wurde geschaffen, um die Bemühungen der Arbeiter aller Länder im Kampf für einen dauerhaften Völkerfrieden, für Hebung des Wohls der Werktätigen, für ihre demokratischen Rechte und Freiheiten zu koordinieren.

Um den Preis riesiger Opfer, die in dem blutigsten aller Kriege dargebracht wurden, erreichte die Arbeiterklasse die Erfüllung ihres langgehegten, sehnlichen Traums — den Zusammenschluß ihrer Kräfte, um der schaffenden Menschheit eine bessere Zukunft zu gewährleisten.

Als unsere Föderation 1945 gegründet wurde, waren die Völker der Welt noch von der Hoffnung erfüllt, daß die Menschheit nach dem siegreichen Abschluß des Krieges und nach der Zerschmetterung des Faschismus endlich von der Drohung eines neuen Krieges befreit sein werde, daß die Regierungen der Großmächte, die während des Krieges gegebenen feierlichen Versprechungen erfüllen würden, daß eine starke internationale Organisation zum Schutz des Friedens und zur Gewährleistung der demokratischen Entwicklung und der Sicherheit der Völker geschaffen werden würde.

An die Stelle dieser Hoffnungen trat jedoch Unruhe, als es sich zeigte, daß die Monopolkreise der USA, statt irgend etwas zur Erfüllung der Versprechungen und Deklarationen der Kriegszeit zu tun, einen neuen Weltkrieg vorzubereiten begannen, der noch furchtbarere Leiden über die Menschheit zu bringen droht, als diese sie im vorigen, vom Hitlerfaschismus aufgezwungenen Kriege durchgemacht hat.

Die amerikanischen Monopolherren, die am Kriege unglaublich reich geworden sind und sich viele Länder und Territorien unterworfen haben, meinten es jetzt nicht mehr nötig zu haben, die Politik der gewissenhaften internationalen Zusammenarbeit, an die sich Präsident Roosevelt hielt, fortzusetzen. Die von Roosevelt betriebene Politik der friedlichen Zusammenarbeit ist jetzt durch eine Politik der Aggression und der ungezügelten Expansion ersetzt worden, durch einen Kampf um die Weltherrschaft und eine Politik des Diktats gegenüber den Ländern, deren Regierungen unter Verrat der nationalen Interessen den amerikani-

schen Geschäftsmachern erlauben, auf ihren Territorien zu schalten und zu walten.

Jetzt suchen die reaktionären Kreise der USA und Englands, wie Sie wissen, mit der Gewalt des Dollars und der Waffe den Völkern ihre Herrschaft aufzuzwingen. Diese Politik der Imperialisten kommt besonders kraß im sogenannten Marshallplan, in der Westlichen Union und im Nordatlantischen Vertrag zum Ausdruck, die den Brandstiftern eines neuen Krieges als Waffe zur Ausführung ihrer Absichten dienen.

Das wahre Ziel dieser Politik besteht, wie sehr man es auch zu tarnen bemüht ist, darin, Westeuropa wirtschaftlich und politisch zu knechten, seine Völker der nationalen Unabhängigkeit zu berauben, das Rüstungsindustriepotential Deutschlands wiederherzustellen und dieses Land zum Arsenal und zum militärstrategischen Aufmarschgebiet der englisch-amerikanischen Imperialisten zu machen.

Um die Politik der Vorbereitung und Entfesselung eines neuen Krieges zu rechtfertigen und zu verhüllen, tun das imperialistische Lager und die Inspiratoren einer Aggression vom Schlag Churhills alles was in ihren Kräften steht, um das Bewußtsein der Völker mit Feindschaft und Haß gegen die Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder zu vergiften.

Der Krieg gegen den Faschismus hat gezeigt, daß eine erfolgreiche Zusammenarbeit der Völker, ohne Unterschied des politischen und sozialen Systems, möglich und fruchtbringend ist. Die Sowjetregierung hat — den Willen des ganzen Sowjetvolkes zum Ausdruck bringend — wiederholt ihre Bereitschaft zur Erweiterung und Festigung der internationalen Zusammenarbeit mit allen Ländern, ganz gleich welchen sozialen Systems, an den Tag gelegt und tut es auch jetzt. Trotzdem suchen die Inspiratoren der Aggression die Völker von der Unmöglichkeit eines friedlichen Nebeneinanderbestehens der beiden Systeme — des sozialistischen und des kapitalistischen — zu überzeugen. Ihre Strategie der Kriegsvorbereitungen bauen sie auf der lügnerischen These auf, die beiden Systeme könnten nicht friedlich miteinander leben. Als Folge hiervon wird im Lager der Kriegsbrandstifter ein forciertes Wettrüsten betrieben.

Wie bekannt, sind die Kriegsvorbereitungen und der Krieg selbst für die Kapitalisten eine Quelle beispieloser Bereicherung. Die Kanonenkönige pressen ihre Riesenprofite der Arbeiterklasse aus, indem sie deren Lebensstandard senken, indem sie die Werktätigen der Verelendung preisgeben. Die schwere Last der Kriegskosten wälzen die Kapitalisten restlos auf die Schultern der Arbeiterklasse und aller Werktätigen ab. Wir sehen, wie die Inflation anwächst, wie die Steuern steigen, wie die Preise für wichtigste Gebrauchsgüter in die Höhe schnellen. Zugleich sinkt der Lohn unaufhörlich, die Armee der Arbeitslosen wächst rasch an, sie zählt schon jetzt Dutzende Millionen.

Mehr als eine Million Arbeitsloser gibt es allein in den Westzonen Deutschlands. Hunderttausende von Arbeitern sind in Holland und Belgien auf die Straße gesetzt worden. Sehen Sie sich einmal Belgien an, ein kleines Land mit stark entwickelter Industrie. Laut Angaben des belgischen „Arbeitslosenunterstützungsfonds“ hat die Zahl der Erwerbslosen im Frühling d. J. 300 000 erreicht. Wie weit ist das von den feierlichen Erklärungen über allgemeine Beschäftigung entfernt, die in der Atlantischen Charte und in der UNO-Satzung abgegeben wurden!

In ihrer Furcht vor der heraufziehenden neuen Wirtschaftskrise legen die USA-Kapitalisten, wie Sie wissen, Betriebe und ganze nationale Industriezweige Frankreichs, Italiens, Belgiens und anderer Länder teilweise oder völlig still, wodurch sie neue Hunderte, ja, Tausende von Arbeitern dieser Betriebe zu lang währender Arbeitslosigkeit, zu Elend und Hunger verurteilen.

Im Rechenschaftsbericht der Marshallplan-Administration für 1948 wird bescheiden ausgeführt, daß die Produktion der Textilindustrie in allen europäischen Ländern, die laut Marshallplan sogenannte Hilfe erhalten, im vergangenen Jahr 25 Prozent hinter ihrem Vorkriegsstand zurückblieb und daß auch der Ertrag an landwirtschaftlichen Nutzpflanzen weit unter dem Vorkriegsertrag lag.

Eine derartige Politik der wirtschaftlichen Ausplünderung der Werktätigen wird natürlich auch in den USA selbst betrieben. Hier zählt die Armee der Arbeitslosen und Kurzarbeiter bereits mehr als 15 Millionen und wächst weiter an. Der Reallohn der Arbeiter sinkt unaufhörlich.

Jetzt ist das Fiasco des Marshallplans bereits ganz klar. Angesichts der Zweijahresbilanz des Marshallplans müssen sogar dessen Anhänger zugeben, daß sich der Plan auf die Wirtschaft der westeuropäischen Länder nicht günstig ausgewirkt, daß er nicht die erwartete Stabilität gebracht und keine Verbesserung und Erleichterung in der Wirtschaft dieser Länder herbeigeführt hat. Im Gegenteil, infolge des amerikanischen Wirtschaftens sehen die Völker dieser Länder heute noch ungewisser in die Zukunft, als vor zwei Jahren. Die Wirtschaft dieser Länder ist in enge

Abhängigkeit von den USA-Monopolen gebracht worden. Die marshallisierten Länder haben ihre wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit eingebüßt. Sie sind jetzt gezwungen, ohne eigene Zukunftsaussichten, als Verdammte am Gängelband der USA-Wirtschaft zu laufen und der unausweichlichen Wirtschaftskrise zu harren.

Zugleich haben die kapitalistischen Monopole, um sich für verschiedenerlei außenpolitische Abenteuer freie Hand zu verschaffen, einen Feldzug gegen die demokratischen Organisationen, in erster Reihe gegen die Organisationen der Arbeiterklasse, unternommen. In vielen Ländern Asiens und Lateinamerikas wie auch in Spanien, Portugal und Griechenland sind die Gewerkschaften in die Illegalität getrieben worden. Auf die Gewerkschaftsorganisationen und ihre führenden Funktionäre prasselt ein Hagel von Repressalien nieder. Tausende von Arbeiterführern befinden sich hinter Gefängnisgittern. Die Monopolherren gehen darauf aus, die Werktätigen der kolonialen Länder noch mehr zu versklaven, ihnen selbst die kärglichen demokratischen Rechte und Freiheiten, deren sie noch teilhaftig werden, zu nehmen. Besonders stark wütet die Reaktion in den Ländern, wo mit Hilfe des Bajonets und des Dollars faschistisch-monarchistische Staatssysteme aufrecht erhalten werden — in Spanien und Griechenland. Aber auch in kapitalistischen Ländern, die sich ihrer sogenannten „Demokratie“ rühmen, wütet die Reaktion — in erster Reihe in den USA; dort wird eine unverhüllte Offensive gegen die demokratischen und gewerkschaftlichen Freiheiten geführt. Das dort geltende arbeiterfeindliche Sklavenhaltergesetz, das Taft-Hartley-Gesetz, ist trotz der bei den vorjährigen Präsidentschaftswahlen abgegebenen feierlichen Versprechungen bis auf den heutigen Tag nicht aufgehoben. Die käuflichen Führer der Amerikanischen Arbeitsföderation (AFL) suchen dies ungeheurelle Gesetz in die marshallisierten Länder Europas zu exportieren.

Die Feinde des Friedens ignorieren den Willen der Völker, ihr Streben nach dauerhaftem Frieden und nach demokratischen Umgestaltungen; sie bieten alle ihre Reserven zum Kampf gegen das demokratische Lager, gegen alles Fortschrittliche auf. Die bürgerliche Presse betreibt eine zügellose Kriegspropaganda, sie entfacht eine Kriegshysterie und eine Atompolythese. Wieder holen die Kriegsbrandstifter Hitlers antikommunistisches Schreckgespenst hervor und unternehmen einen Feldzug gegen die Kräfte der Demokratie, gegen die Gewerkschaften und andere fortschrittliche Organisationen.

Die Kräfte der Demokratie sind stärker als die der Reaktion

Aber welche Pläne zur Entfesselung eines neuen Krieges die Reaktionäre und ihre Lakaien auch

schmieden mögen, sie irren sich in der Hauptsache — sie überschätzen ihre eigenen Kräfte und unterschätzen die Macht des demokratischen Lagers der Verteidiger des Friedens.

Die Völker wollen keinen Krieg, sie wollen um des Profits eines Häufleins gieriger Milliardäre willen nicht wieder Blut vergießen. Die friedliebenden Völker bieten alle ihre Kräfte auf, um den Feinden des Friedens und Fortschritts Widerstand zu leisten. Die Armee der Verteidiger des Friedens ist zu einer mächtigen und unüberwindlichen Kraft geworden, sie umfaßt hunderte Millionen Menschen, die ein Lebensinteresse an der Abwendung eines Krieges haben.

Im Lager des Friedens und der Demokratie stehen jetzt so mächtige, dem Weltkongreß der Friedensanhänger angeschlossene internationale Organisationen, wie unsere WFG mit ihren 71,5 Millionen Mitgliedern, wie die Internationale Demokratische Frauenföderation, die Weltföderation der Demokratischen Jugend, der Internationale Studentenverband und viele fortschrittliche Organisationen von Wissenschaftlern, Schriftstellern und anderen Kulturschaffenden verschiedener Länder.

Im Lager des Friedens und der Demokratie stehen hunderte Millionen einfacher Menschen Europas, Asiens, Amerikas, Afrikas und Australiens, die aktiv gegen den Krieg auftreten.

Im Lager des Friedens steht die mächtige Sowjetunion, die beim Sieg über die faschistischen Sklavenhalter die entscheidende Rolle gespielt hat. In diesem Lager stehen die Länder der Volksdemokratie, die den Weg des erfolgreichen Aufbaus des Sozialismus betreten haben, die Völker der Kolonien und Halbkolonien, die mit der Waffe in der Hand die Freiheit und nationale Unabhängigkeit verteidigen.

Der große Führer des Sowjetvolks und beste Freund der ganzen werktätigen Menschheit, Joseph Wissarionowitsch Stalin, hat das unausbleibliche Fiasko der Absichten der Kriegsbrandstifter vorausgesagt. „Allzu frisch sind im Gedächtnis der Völker die Schrecken des jüngsten Krieges,“ so sagte Genosse Stalin, „und allzu groß sind die gesellschaftlichen Kräfte, die für den Frieden einstehen, als daß Churchills Aggressionslehrlinge sie überwinden und einem neuen Krieg zutreiben könnten.“ Wir sehen, wie diese prophetischen Worte Stalins in Erfüllung gehen. Die Armee der Verteidiger des Friedens geht zur Offensive gegen die Kriegsbrandstifter, gegen die Würger der demokratischen Freiheiten und der nationalen Unabhängigkeit der Völker über.

Hiervon zeugt vor allem die Massenbewegung gegen den Atlantischen Vertrag, die sich in den letzten Monaten in allen Ländern entfaltet hat, die Bewegung ganzer Völker gegen die forcierte Aufrüstung, für ein Verbot der Atomwaffe und für

Einschränkung der Rüstungen und der Streitkräfte der Großmächte.

Ein deutliches Kennzeichen für die gesteigerte Aktivität des antiimperialistischen Lagers war der große Erfolg des Weltkongresses der Friedensanhänger, der im April d. J. in Paris und Prag tagte. Dieser Kongreß, auf dem Organisationen mit mehr als 600 Millionen Mitgliedern vertreten waren, wurde zu einer machtvollen Demonstration der in der internationalen Armee der Verteidiger des Friedens, der Demokratie und des Fortschritts zusammengefaßten Kräfte.

In dem einmütig auf dem Pariser Kongreß angenommenen Manifest werden die Anstifter eines neuen Weltgemetzels kühn entlarvt, und es wird klar darauf hingewiesen, woher die Kriegsgefahr kommt, wer sich mit Kriegsvorbereitungen befaßt.

Die ganze Welt weiß, daß die von Weltherrschaftträumenden USA-Imperialisten die Kriegsbrandstifter sind. Sie sind es, die der Welt mit der Atombombe drohen und einen Sprengstollen unter die UNO legen, sie überziehen den Erdball mit einem Netz von Militärstützpunkten, sie organisieren eine menschenfeindliche Propaganda und rufen offen zur Vernichtung ganzer Rassen und Völker auf.

Der Weltkongreß der Friedensanhänger hat breite Volksmassen in allen Ländern in Bewegung gebracht und sie zu tatkräftigen Friedensschutzaktionen aufgerufen. In seinem Manifest gab der Kongreß seiner restlosen Überzeugung Ausdruck, daß der Frieden verteidigt werden kann, wenn alle ehrlichen Menschen ohne Unterschied der politischen Anschauung, des Glaubensbekenntnisses und der Parteizugehörigkeit diese Sache mit Enthusiasmus in Angriff nehmen.

„Der Schutz des Friedens ist Sache aller Völker der Welt“, heißt es in dem Manifest. „Wir konnten uns fest zusammenschließen. Wir konnten einander verstehen. Und wir drücken unsere Bereitschaft und unseren Willen aus, diesen Kampf für den Frieden — den Kampf für das Leben — zu gewinnen.“

Der Weltkongreß der Friedensanhänger hat ein ständiges Komitee gegründet, an dem auch die WFG — eine aktive und treue Kämpferin für die Sache des Weltfriedens — beteiligt ist.

Für verstärkte Aktivität der WFG im Kampf für den Frieden und die internationale Einheit der Arbeiterklasse

Als Hauptkraftfaktor der Volksbewegung für den Frieden tritt die fortschrittlichste Klasse der neuzeitlichen Gesellschaft, die Arbeiterklasse, auf. Die Kraft der Arbeiterklasse liegt in ihrer Einheit, im festen Zusammenschluß ihrer Reihen. Während des großen Befreiungskrieges gegen den Faschismus hat die Arbeiterklasse noch klarer erkannt, wie notwendig ein Zusammenschluß ihrer

Kräfte ist im gemeinsamen Kampf der Werktäti- gen aller Länder gegen die Gefahr eines Wieder- auflebens des Faschismus und eines neuen Krieges, für die Lebensinteressen der Arbeitsleute und ihre demokratischen Freiheiten. An der Erfahrung des Kampfes gegen die Reaktion überzeugt sich die Arbeiterklasse jetzt erst recht, daß Einheit in ihren Reihen, Freundschaft und Zusammenarbeit der Werktäti gen aller Länder ein Unterpfand für die Unbesiegbarkeit des Lagers des Friedens und der Demokratie ist.

Unter solchen Verhältnissen sind die Aufgaben der WFG besonders groß und verantwortlich. Sie nimmt im Lager des Friedens und der Demokratie nach wie vor einen festen Platz ein. In einer Reihe von Dokumenten, die von den führenden Körperschaften der Föderation in den Jahren 1946—1949 angenommen wurden, erhoben die Millionenmassen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter und Angestellten laut ihre Stimme zum Schutz des Friedens, der demokratischen Freiheiten und der Gewerkschaftseinheit.

Unsere Föderation hat stets unermüdlich an der Stärkung und Ausdehnung ihrer Reihen gearbeitet und tut es auch jetzt. Während der Berichtsperiode sind viele neue Landesgewerkschaftszentralen der WFG beigetreten, darunter der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund und die Gewerkschaften Japans. Aus dem Bericht der Mandatskommission ersehen wir mit Genugtuung, daß, obwohl es den Führern gewisser Gewerkschaftszentralen gelungen ist, ihre Organisationen aus der WFG fortzuführen, die Gesamtzahl der WFG-Mitglieder jetzt größer ist, als zur Zeit des ersten Weltgewerkschaftskongresses in Paris.

Genau ein Jahr nach dem Pariser Weltgewerkschaftskongreß, im September 1946, wurde auf der Washingtoner Tagung des Exekutivbüros unserer Föderation eine Resolution über „Die Herstellung eines dauerhaften und lang währenden Friedens“ angenommen. In dieser Resolution, die auch jetzt aktuell ist, heißt es: „Die Werktäti gen stellen mit Beunruhigung fest, daß die Koalition der friedliebenden Nationen, die die Grundlage für den Sieg im Kriege bildete, sich ihre für die Herstellung eines lang währenden Friedens erforderliche Festigkeit und Einheit nicht bewahrt hat. Außerdem sind die Werktäti gen darüber beunruhigt, daß die Niederlage der faschistischen Mächte im Kriege nicht von einem entschlossenen Kampf zur Ausmerzung des Faschismus, ganz gleich, wo und in welcher Form er auftaucht, begleitet war.“

Das Exekutivbüro wandte sich mit einer ernsten Warnung an die Inspiratoren einer neuen Aggression, die, wie in der Resolution befont wird, „mit denselben ideologischen Bannern fuchteln wie der Faschismus und Nazismus“. Das Exekutivbüro rief schon damals die Regierungen der vereinten Nationen auf, zur Politik der Freundschaft und der internationalen Zusammenarbeit zurückzu-

kehren, sie rief die Werktäti gen aller Länder, wie überhaupt alle Menschen auf, den Frieden anzustreben.

Die WFG trat konsequent zum Schutz der Gewerkschaftsrechte und Freiheiten ein und rettete viele Arbeiterfunktionäre vor Exzessen. Sie führte eine breite Massenkampagne gegen das Franco-regime in Spanien und mobilisierte Millionen von Werktäti gen zum Kampf gegen den Faschismus und seinen Nachtrab.

Die Föderation hat auf die Sache der Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands und Japans nicht wenig Mühe verwandt, sie hat zur Schaffung und Vereinigung demokratischer Gewerkschaften in diesen Ländern sowie zur Steigerung ihrer Bedeutung und zur Beseitigung der Folgen des Faschismus und des Militarismus beigetragen.

Aber es ist der WFG nicht gelungen, alle Aufträge der Arbeiter, die in den Beschlüssen der Londoner Konferenz und des Pariser Kongresses sowie in anderen Dokumenten aufgezeichnet waren, auszuführen. Dies wurde von den Führern des Generalrats der britischen Trade Unions (TUC) und des Kongresses der Industrieverbände der USA (CIO) vereitelt. Von den ersten Tagen seit Gründung der Föderation haben sie ihre Maßnahmen sabotiert, die darauf abzielten, die Lebenshaltung der Werktäti gen zu verbessern, die demokratischen Rechte und Freiheiten zu schützen, die internationale Einheit der Arbeiterklasse zu festigen. Schließlich haben Deakin und Carey im Januar d. J. versucht, die Föderation zu liquidieren. Als ihnen das mißlang, erklärten die Spalter den Austritt ihrer Gewerkschaften aus der WFG. Ein solches Verhalten Deakins und Careys bestätigt noch ein übriges Mal, daß sie nicht der Arbeiterklasse, sondern den Feinden der Arbeiterklasse gedient haben und noch dienen. Es sei gesagt, daß dies nicht neu und nicht verwunderlich ist. Die Agenten des Kapitals in der Arbeiterbewegung hatten es stets darauf abgesehen, die Reihen der Arbeiterklasse zu zersäubern und zu sprengen, ihr die Möglichkeit zum Aufbau einheitlicher und demokratischer Organisationen sowie zu ihrer Festigung zu nehmen. Seinerzeit hat diese Verräterpolitik der Rechten dazu geführt, daß die Arbeiterklasse am Vorabend des zweiten Weltkriegs ungeeint dastand und den faschistischen Aggressoren sowie deren Gönner nicht die Einheitsfront der friedliebenden Völker entgegenstellen konnte.

Jetzt wiederholt sich die Geschichte des Verrats an der Arbeiterklasse von seiten der Führer des CIO und des TUC, ganz zu schweigen von den Führern der Amerikanischen Arbeitsförderung (AFL).

Die heutige Politik der reaktionären englisch-amerikanischen Gewerkschaftsführer läuft auf eine völlige Weigerung hin aus, die täglichen

Bedürfnisse der Arbeiterklasse zu verteidigen, den Frieden zu schützen und an der Bewegung der Friedensanhänger teilzunehmen, sie läuft auf einen direkten Dienst an den Kriegsbrandstiftern hinaus.

Deakin und Carey informieren die Werkätigen lügenhaft und unehrlich über die Tätigkeit der Föderation, sie begehen gemeinen Betrug an den Gewerkschaftsmassen, indem sie ihre Spaltungsaktionen vor ihnen verbergen. Aber die Sonne bringt es an den Tag: die Arbeiterklasse soll und wird die Wahrheit erfahren. Durch ihren Austritt aus der Weltföderation der Gewerkschaften haben die Führer des TUC und des CIO ein äußerst schweres Verbrechen an der Arbeiterklasse der ganzen Welt begangen, sie haben in diesem Fall nach direkter Anweisung der Regierungskreise Englands und der USA gehandelt.

Deakin, Carey, Tewson, und nach ihnen Kupers, die zu erreichen suchten, daß die WFG ihre Tätigkeit einstelle, erklären, eigentlich sei die Föderation daran schuld, daß keine Einigung mit den Internationalen Industriesekretariaten zustande gekommen sei, und dies sei angeblich der Grund für deren Austritt aus der WFG gewesen.

Das ist eine Verleumdung gegen die Föderation. Die WFG kam den Wünschen dieser Sekretariate entgegen und ließ sich dabei von dem Bestreben leiten, möglichst rasch wirksame, wahrhaft internationale Vereinigungen der Fachverbände (Industrieabteilungen) zu bilden, die die Interessen der Arbeiter der verschiedenen Berufe wahrnehmen sollen. Aber gerade das wollten die Leiter der Internationalen Industriesekretariate (in ihrer Mehrheit Engländer) nicht, sie zogen die Verhandlungen absichtlich in die Länge und lehnten es schließlich ganz ab, mit der Föderation zusammenzuwirken.

Die Tore der WFG und ihrer Industrieabteilungen sind auch fürderhin für alle Gewerkschaftsorganisationen weit geöffnet. Die Föderation läßt auch jetzt die Aufforderung an die Internationalen Industriesekretariate ergehen, auf einer für die Sekretariate annehmbaren Basis mit ihr zusammenzuarbeiten.

Deakin und Carey erklären auch unter Betrug der Arbeiter, die WFG sei angeblich gegen wirtschaftliche Hilfe der einen Staaten an andere, die Föderation sei gegen die Wiederherstellung der ruinierten Wirtschaft der vom Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Länder.

Kann diese plumpe Lüge irgend jemand irreführen? Alle der WFG angehörenden Organisationen hielten und halten es auch heute für normal und erwünscht, daß wirtschaftlich stärkere Länder den schwächeren Hilfe leisten. Hierbei aber dürfen die Länder, die diese Hilfe leisten, keinen Anschlag auf die nationale Unabhängigkeit der Hilfeempfänger unternehmen, wie das jetzt die regierenden Kreise der USA gegenüber den marshallisierten Ländern tun. Der Pariser Weltge-

werkschaftskongreß von 1945 betonte, es ginge nicht an, daß man sich in die inneren Angelegenheiten bedürftiger Länder einmische oder daß man sie dem Einfluß internationaler Truste und Kartelle unterwerfe.

So steht es mit diesen verlogenen Behauptungen Deakins und Careys. Das gleiche ist auch über die andern verleumderischen Erklärungen der Spalter zu sagen.

Wer — wenn nicht die Führer des TUC und des CIO — hat die Einheit der deutschen Gewerkschaften, die ein sehr wichtiger Faktor bei der Entnazifizierung und Demokratisierung Deutschlands hätten werden können, den Imperialisten ihrer Länder zu Gefallen gesprengt? Wer — wenn nicht die Führer der englischen und amerikanischen Gewerkschaften — hat die Gewerkschaftsführer der Westzonen Deutschlands zu einer Spaltung Deutschlands, zum rigorosen Einschreiten gegen die in allen Zonen anwachsende Bewegung für die nationale Gewerkschaftseinheit des Landes getrieben? Wer — wenn nicht die Führer des TUC — hat die spalterische Unabhängige Gewerkschaftsopposition in Berlin unterstützt, die zur aktiven Handlangerin der englisch-amerikanisch-französischen Besetzungsbehörden bei deren gegen die Umwandlung Deutschlands in einen demokratischen, friedliebenden Staat gerichteten Politik geworden ist? Eine solche Politik liegt keineswegs im Interesse der Arbeiterklasse, die nach einer gerechten Lösung des deutschen Problems im Geiste des Friedens und der allgemeinen Sicherheit strebt.

Oder nehmen wir die Frage der Hilfeleistung an die junge Gewerkschaftsbewegung Asiens und Afrikas. Wer — wenn nicht die Führer des TUC und des CIO — hat die Einberufung einer Gewerkschaftskonferenz der asiatischen Länder, die schon auf dem Pariser Kongreß vorgesehen worden war, hintertrieben? Die Führer des CIO und des TUC haben gerade deshalb die Föderation gehindert, den Gewerkschaften der Kolonien reale Unterstützung in ihrem schweren Kampf gegen die Kolonialknechtschaft zu leisten, weil sie die imperialistische Politik ihrer Regierungen unterstützen.

Ist es denn Zufall, daß die englisch-amerikanischen Gewerkschaftsführer sich beeilt haben, den von der monarchisch-faschistischen Regierung Griechenlands geschaffenen Kongreß der Pseudogewerkschaften anzuerkennen, während die auf demokratische Weise geschaffene Allgemeine Arbeitskonföderation Griechenlands zertrümmert wurde und man ihre Führer verhaftete und ihren Generalsekretär Paparigas bestialisch ermordete, und während Dutzende von Gewerkschaftern in Gefängnissen und Konzentrationslagern schmachten?

Oder ist es ein Zufall, daß Deakin, Tewson und Carey in der Föderation gegen gleiche Entlohnung für Frauen und für Kolonialarbeiter bei

gleicher Arbeit sowie dagegen aufgetreten sind, daß diesen gleiche soziale Rechte gewährt werden?

Wessen können sich die Arbeiter von den Führern der AFL, des CIO und des TUC, die gegen den mutigen Generalstreik der französischen Bergarbeiter im Oktober und November v. J. vorgingen, denn gewärtigen? Die Bergarbeiter hatten sich einmütig zum Kampf für rechtmäßige Wirtschaftsforderungen, für ihre Gewerkschaftsrechte erhoben. Die Führer der englisch-amerikanischen Gewerkschaften verboten es den Gewerkschaftsmitgliedern ihrer Länder, Sammlungen für die Bergarbeiter Frankreichs durchzuführen, und dort, wo Geld gesammelt worden war, wie z. B. in den Grubenbezirken Englands, vereitelte Deakin mit Hilfe der Regierung die Überweisung dieser Summen an die Streikenden. Mehr noch, Dealin und Carey riefen direkt zu Strafgerichten gegen die mutig streikenden Arbeiter auf und begrüßten lärmend die Strafexpeditionen des französischen Ministers und sogenannten „Sozialisten“ Jules Moch, denen nicht wenige Bergarbeiter zum Opfer fielen.

Der Feldzug und die Repressalien der Spitzenschicht des TUC und des CIO in den Gewerkschaften Englands und der USA sowie Kanadas gegen forschrittlich Gesinnte, die die spalterische, arbeiterfeindliche Tätigkeit der Führer verurteilen und zur Zusammenarbeit mit der WFG aufrufen — wie z. B. das Vorgehen gegen die Bergarbeiter Schottlands, gegen die Gewerkschaftsräte von London, Lancashire und Cheshire, gegen Gewerkschaftsführer wie Bridges und gegen forschittliche Gewerkschaften der USA — das alles sind krasse Merkmale für den arbeiterfeindlichen, antidebaktrischen Charakter der von den Spaltern betriebenen Tätigkeit.

Die Spalter wollen vor ihren Arbeitern und vor den Arbeitern der ganzen übrigen Welt verheimlichen, daß sie nach der Pfeife der imperialistischen Regierungen tanzen.

Man kann jedoch nicht verbergen, daß Deakin und Carey erschöpfende Anweisungen vom englischen Außenministerium und vom Staatsdepartement der USA erhalten haben, wie sie die Tätigkeit der WFG lähmen oder diese liquidieren sollen.

In diesem Zusammenhang sei der Kongreß daran erinnert, daß Anfang 1948 in der Welt presse Meldungen über eine Beratung auftauchten, die Mitte Dezember 1947 in New York stattfand, wo der Plan für das Komplott gegen die WFG ausgearbeitet wurde. An der Beratung nahmen Führer der AFL und ein Vertreter des britischen Außenministeriums, Makins, teil. Auf dieser Beratung wurde es für notwendig erachtet, daß die Labourregierung, vor allem aber Bevin selbst, die Trade-Union-Führer veranlassen, den Marshallplan zur Spaltung der WFG auszunutzen.

Bekanntlich sind infolge des Drucks, den Bevin

ausübt, Vertreter des TUC-Generalrats sofort darangegangen, den verräterischen Plan zur Spaltung der Weltgewerkschaftseinheit auszuführen.

Von ihren Auftraggebern angeeifert, stürzten sich Deakin und Tewson, ohne ihre Kräfte zu berechnen, hastig in den Kampf gegen die WFG. Sie bemühten sich eifrig, alles so zu machen, wie es ihnen befohlen worden war. Die Resultate sind bekannt. Es ist nicht das Verschulden der englisch-amerikanischen Gewerkschaftsspalter, wenn ihnen die Liquidierung der WFG nicht gelungen ist. Verrechnet hatten sich nicht nur sie, sondern auch ihre Auftraggeber. Sie wollen nicht eingestehen, daß die Zeiten jetzt andere geworden sind. Die Arbeiterklasse ist politisch gereift und hat vieles zugelernt. Sie weiß, daß jetzt, wo die kapitalistischen Monopole eine Offensive gegen die Lebensrechte und Freiheiten der Werktätigen führen, wo die Drohung einer neuen Wirtschaftskrise näherrückt, deren ganze Last sich auf die Schultern der Arbeiter wälzt, daß jetzt, wo die Imperialisten aggressive Blocks zusammenschmieden und wieder zu einem Kriege aufrufen, die Einheit der Werktätigen der ganzen Welt notwendiger ist, denn je zuvor.

Ich bin überzeugt, daß der Kongreß durch seinen Beifall bekunden wollte, daß die Arbeiterklasse und ihre WFG angesichts der unaufhörlichen Attacken auf die Einheit der Weltgewerkschaftsbewegung Standhaftigkeit und Reife gezeigt haben. Die Anschläge der Häuptlinge der englisch-amerikanischen Gewerkschaftsbewegung sind bei der überwiegenden Mehrheit der Gewerkschaftszentralen, die den Prinzipien der Föderation treu geblieben sind, auf entschiedenen Widerstand gestoßen.

So sehr sich die Knechte des USA-Imperialismus auch angestrengt haben, unsere Föderation besteht weiter und entfaltet ihre Tätigkeit zum Wohl der Werktätigen der ganzen Welt.

Die von den AFL-Bonzen geführten reaktionären Elemente der Gewerkschaftsbewegung haben natürlich ihre Absicht, die Tätigkeit der Föderation zu lähmen und ihre eigene spalterische Streikbrecherorganisation als Gegenpol zur WFG zu bilden, nicht aufgegeben.

In der bürgerlichen Presse sind Meldungen über eine Konferenz der Spalter in Genf aufgetaucht. Die Ergebnisse dieser Beratung, das dort angenommene Programm für die Bildung einer neuen Zentrale, die offiziellen Erklärungen ihrer Urheber setzen Charakter und Ziele der von den Spaltern projektierten Organisation in ein greelles Licht. Sie wird eine von den Massen losgelöste Bastardorganisation, ein Spitzenblock der Lakaien des englisch-amerikanischen Kapitals sein, ein Werkzeug des Terrors, der politischen Diskriminierung und des Verrats an der Arbeiterklasse.

Kennzeichnend ist z. B., daß wie Tewson erklärte, nur solche Gewerkschaftszentralen nach

nach Genf eingeladen wurden, die die politischen Anschauungen der TUC-Führer teilen.

Ist das nicht ein typisches Muster von Diskriminierung aus politischen Beweggründen?

Noch offener sprach sich Carey über die Ziele der neuen Organisation aus. Erstrangige Aufgabe dieser neuen Organisation werde „die Erfüllung des Programms des Präsidenten Truman über Wirtschaftshilfe an rückständige Länder“ sein.

Der ganzen Welt ist bekannt, daß sich hinter diesen Phrasen über „Hilfe“ das Bestreben verbirgt, den Monopolherren der USA alle kolonialen und halbkolonialen Länder zu unterwerfen, das Bestreben, mit dem berüchtigten Marshallplan alle Kontinente zu umspannen. Die neue Organisation Careys und Deakins ist berufen, zu einer Waffe der USA-Expansion, zum „Wachthund“ (so sagte Carey ausdrücklich in einem Interview, das er am 25. Juli in Paris einem Berichterstatter der „New York Herald Tribune“ gab) der in den Kolonien und abhängigen Ländern gewaltsam eingeschürten amerikanischen Pseudodemokratie des Dollars zu werden.

Es kann kein Zweifel darüber aufkommen, daß die Arbeiter sich von diesem offen arbeiterfeindlichen Raubprogramm abwenden werden. Sie werden den Initiatoren der Streikbrecherorganisation nicht folgen.

Der Kampf der fortschrittlichen Kräfte für die Rückkehr in die WFG nimmt in den Gewerkschaften der USA und Englands zu. Gegen den Austritt aus der WFG haben sich so große Gewerkschaftsorganisationen der USA wie die Verbände der Seeleute und Hafenarbeiter, der Kürschner und Schuharbeiter, der Elektriker u. a. ausgesprochen, gegen den Austritt aus der WFG haben 17 große Gewerkschaftsorganisationen Englands Stellung genommen. Das gleiche geschieht auch in anderen Ländern. Daß auf unserm Kongreß Gruppen von Vertretern der Gewerkschaften Belgiens, Hollands, Luxemburgs u. a. anwesend sind, ist ein Beweis für die Stimmungen unter den breiten werktätigen Massen. Die Zeit ist denen günstig, die treu und ehrlich den Interessen der Werktätigen der ganzen Welt dienen.

Um die Autorität der WFG noch mehr zu heben, muß die im schweren und Hartnäckigen Kampf eroberte internationale Gewerkschaftseinheit von Tag zu Tag gestärkt werden. Es ist notwendig, die Reihen der Anhänger des Friedens und der Demokratie zu erweitern, die Tätigkeit der WFG zum Schutz der wirtschaftlichen und politischen Rechte der Arbeiter in voller Stärke zu entfalten.

Die Aufgaben der Weltföderation der Gewerkschaften

Welches sind die Aufgaben der WFG im Kampf für den Frieden, für die Festigung der Gewerkschaftseinheit, für die demokratischen Rechte und

Freiheiten der Werktätigen? Nach unserer Ansicht bestehen diese Aufgaben in folgendem:

1. Die Föderation und ihre Organe müssen die Arbeit zur Entlarvung der Kriegsbrandstifter und ihrer in der Arbeiterbewegung tätigen Agenten, den Kampf für die Heranziehung aller Werktätigen zur Volksbewegung für den Frieden und die demokratischen Freiheiten ausbauen. Diese Arbeit darf nicht von Fall zu Fall geleistet werden, sie ist tagtäglich, systematisch und beharrlich zu betreiben. Sie muß im Landes- und im Weltmaßstab entfaltet werden, und es sind dabei konkrete Forderungen je nach den Bedingungen in jedem einzelnen Lande aufzustellen. In den marshallisierten Ländern, die unter der Einmischung der Imperialisten in ihr wirtschaftliches und politisches Leben zu leiden haben, stellen die Arbeiter folgende Hauptlösungen auf: Kampf gegen die Einmischung der Auslandsmonopole in das innere Leben des Landes — für Rettung der einheimischen Industrie vor der Vernichtung durch den Marshallplan, gegen Umwandlung unabhängiger Länder in militärstrategische Aufmarschgebiete der Kriegsbrandstifter, gegen ihre Eingliederung in den aggressiven nordatlantischen Block, für demokratische Freiheiten und Hebung des Lebensniveaus der Werktätigen.

In den kolonialen und abhängigen Ländern wird die Bewegung zum Schutz des Friedens verknüpft mit Lösungen des Kampfes gegen koloniale Unterdrückung und Rassendiskriminierung, gegen die sklavische Zwangsarbeit, für nationale Befreiung und Unabhängigkeit, für Zusammenarbeit und Freundschaft der Völker der Kolonialländer, die in gleicher Weise unter der Unterdrückung durch den Imperialismus und seine Agenten — die einheimische Bourgeoisie und die Feudalcliquen — leiden, sie wird verknüpft mit Lösungen für die Wahrung der Lebens- und Wirtschaftsinteressen der Werktätigen in Stadt und Land.

In Ländern wie die USA und England führen die werktätigen Massen einen Kampf gegen die forcierte Aufrüstung und die Offensive, die die Monopole gegen den Lebensstandard der Volksmassen und ihre demokratischen Freiheiten unternehmen, sie fordern, daß die regierenden Kreise auf die Politik aggressiver Militärblocks Verzicht leisten und zu ehrlicher internationaler Zusammenarbeit zurückkehren, sie treten gegen die Zwangsarbeit der Neger und gegen die Diskriminierung anderer Kategorien von Werktätigen auf, sie rufen auf zur Einheit der Arbeiterklasse im Kampf für ihre Lebensinteressen.

Die Gewerkschaften der volksdemokratischen Länder haben durch ihre ganze Tätigkeit bewiesen, daß sie über den Frieden wachen und es auch weiter tun werden.

Daß die Gewerkschaften der Sowjetunion den Kampf für die Festigung des Friedens, für den Zusammenschluß der demokratischen Kräfte ebenso

treu und konsequent wie bisher fortsetzen werden, unterliegt keinem Zweifel.

2. Unserer Ansicht nach sollte man die Arbeit und das Manifest des Weltkongresses der Friedensanhänger sowie die Tätigkeit der Vertreter unserer Föderation auf dem Weltkongress der Friedensanhänger im Namen des zweiten Weltgewerkschaftskongresses gutheißen. Die WFG und die ihr angeschlossenen Gewerkschaftszentralen und -organisationen müssen an der Arbeit des ständigen Komitees des Weltkongresses der Friedensanhänger und seiner Landesfilialen, an seiner ganzen Organisations-, Propaganda- und Verlagstätigkeit auf das aktivste teilnehmen.

Um dem Kampf für den Frieden und die demokratischen Freiheiten ständigen und wirksamen Charakter zu verleihen, müssen die Gewerkschaften sich auf das aktivste an der Tätigkeit der Landeskomitees der Friedensanhänger beteiligen. Die Gewerkschaften als breiteste Massenorganisationen der Arbeiterklasse müssen bei der anwachsenden Aktivität der werktätigen Massen im Kampf für den Frieden die Führung übernehmen und diese Aktivität durch Gründung ständiger Komitees der Friedensanhänger in Betrieben und Büros fortentwickeln. Der Bildung dieser Komitees muß eine ausgedehnte Vorbereitungsarbeit der Gewerkschaften vorausgehen.

Es besteht kein Zweifel, daß die Komitees der Friedensanhänger imstande sein werden, Arbeiter und Angestellte, ganz gleich welcher Rasse, Nationalität, Parteizugehörigkeit, politischer Anschauung und Konfession, zu vereinen, sowohl solche, die der WFG angeschlossenen Gewerkschaften angehören, als auch Mitglieder anderer Gewerkschaftsorganisationen oder Unorganisierte. Die Komitees der Friedensanhänger in den Betrieben müssen zu einem Bollwerk, zu einer führenden Kraft der Volksbewegung für den Frieden werden.

3. Um der ganzen Welt die Entschlossenheit der Arbeiterklasse zur Verteidigung der friedlichen Arbeit der Völker vor Augen zu führen, sollte die Föderation im ständigen Komitee des Weltkongresses der Friedensanhänger den Antrag stellen, einen internationalen Tag des Friedensschutzes anzusetzen. An diesem Tag sollen in allen Ländern machtvolle Volksdemonstrationen des Protests gegen das Bestehen faschistischer Staatsysteme in Spanien und Griechenland, gegen die Kolonialkriege in Indonesien, Vietnam, Malaya und anderen Kolonien, gegen Verletzung der Gewerkschaftsfreiheiten, für Frieden, Demokratie und die internationale Einheit der Arbeiterklasse durchgeführt werden.

4. Unserer Ansicht nach muß die Föderation alle ihr angeschlossenen Organisationen dazu aufrufen, die Tätigkeit zum Schutz der von den bürgerlichen Regierungen mit Füßen getretenen

Gewerkschaftsrechte, zum Schutz der in Gefängnissen schmachtenden Gewerkschaftsfunktionäre aktiver zu entfalten. Unserer Ansicht nach sollte der Kongress brüderliche Begrüßungsschreiben an die demokratischen Gewerkschaften Griechenlands, Spaniens, Portugals, Indiens, Malayas, Brasiliens, Argentinien u. a. Länder richten, die unter den Verhältnissen der Illegalität den Kampf für die Lebensinteressen der Arbeiterklasse fortsetzen, sie sollte einen besonders herzlichen Gruß an Dinge und andere mutige Kämpfer für die Sache der Gewerkschaften senden, die hinter Gängnigsgittern sitzen.

5. Die demokratischen Gewerkschaften, die WFG und alle, denen die Interessen des Friedens, die Interessen der Werktätigen teuer sind, müssen wachsam die Machenschaften der Feinde der Arbeitereinheit verfolgen, sie müssen unermüdlich ihre Spaltertätigkeit bloßstellen, sie endgültig von den Massen isolieren und restlos zunichte machen.

Die Bemühungen der WFG sind auf Wiederherstellung der Gewerkschaftseinheit im Landesmaßstab zu richten, besonders in den Ländern, wo die reaktionären Gewerkschaftsführer darauf ausgehen, die Gewerkschaftsbewegung zu spalten oder die vollzogene Spaltung zu vertiefen, wie z. B. in Deutschland, Japan, Indien und in den Ländern Lateinamerikas. Die fortschrittlichen Gewerkschaften müssen entschieden gegen die Filialen der AFL und ihre Emissäre auftreten, die sich in diesen Ländern festgesetzt haben und Feindschaft zwischen den Arbeiterorganisationen stiften, sie muß erreichen, daß die Agenten der AFL aus diesen Ländern vertrieben werden.

6. Die Föderation muß aktiver neue Mitglieder für die WFG gewinnen, die nach Festigung der internationalen Gewerkschaftseinheit streben, besonders Gewerkschaftszentralen der Kolonien und der abhängigen Länder. Die Tore der Föderation müssen solchen Gewerkschaftsorganisationen und -gruppen weit offenstehen, die nicht den mit der WFG verbundenen Gewerkschaftszentralen angehören. Wir sind der festen Überzeugung, daß die Arbeiter der USA, Englands und anderer Länder Mittel und Wege zur Zusammenarbeit mit der WFG finden werden.

7. Besondere Aufmerksamkeit hat die Föderation der Fortentwicklung der Gewerkschaftsbewegung in den Kolonien und abhängigen Ländern zuzuwenden.

Die Exekutivorgane der WFG müssen engen Kontakt mit den Gewerkschaften dieser Länder herstellen.

8. Ein schwerwiegender Faktor im Kampf für die Einheit können und müssen die von der WFG bereits geschaffenen und noch zu schaffenden Industrieabteilungen sein. Die zum Kampf für die Lebensinteressen der Werktätigen geschaffenen Vereinigungen der Arbeiter einzelner Berufe ohne

Unterschied der Gewerkschafts- und Parteizugehörigkeit leisten tatsächlich Vorbildliches an gegenseitiger Hilfe und im gemeinsamen Kampf gegen die Offensive der kapitalistischen Monopole. Die Industrieabteilungen werden zur besten Pflanzstätte der Ideen des proletarischen Internationalismus, zu einer Waffe im Kampf gegen die Feindseligkeit werden, die zwischen den einzelnen Trupps der Arbeiterklasse entfacht wird. Die Industrieabteilungen werden ernstlich zur Stärkung der Landes- und Welteinheit der Werk-täglichen beitragen.

9. Es wäre unserer Meinung nach zweckmäßig, angesichts der besonderen Wichtigkeit der zur Erörterung stehenden Frage, sich im Namen des Kongresses an die Arbeiter und anderen Werktäglichen der ganzen Welt mit einem Manifest zu wenden, in dem sie aufgerufen werden, den Kampf für einen dauerhaften Frieden, gegen die Brandstifter eines neuen Krieges, für demokratische Rechte und Freiheiten, für die Lebensinteressen der Werktäglichen, für Einheit in den Reihen der Gewerkschaftsbewegung breiter zu entfalten.

Werte Freunde! Dies sind unserer Ansicht nach die Aufgaben der WFG und der ihr angeschlossenen Organisationen auf dem Gebiet des Kampfes für die Hebung des Lebensniveaus der Arbeiterklasse und aller übrigen Werktäglichen, im Kampf für die internationale Gewerkschaftseinheit, für Frieden und demokratische Freiheiten. Diese Aufgaben stehen in unlösbarem Zusammenhang miteinander.

Die WFG ist geschaffen worden, um die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter und aller anderen Werktäglichen zu verbessern und um für Frieden und demokratische Freiheiten zu kämpfen. Die internationale Einheit der Arbeiterklasse

in der WFG beruht auf freiwilliger und freier Zusammenarbeit der Gewerkschaften, die überparteiliche Organisationen der Arbeiterklasse ohne Unterschied der Rasse, Nationalität, des Glaubensbekenntnisses oder der politischen Anschauungen sind.

Jede Landesgewerkschaftsorganisation hat das Recht und die Möglichkeit, in der WFG alle beliebigen Fragen frei zu erörtern.

Genossen, unsere Waffe ist Einheit, Organisiertheit, festes Zusammenhalten, gegenseitige Unterstützung. Einheit und gegenseitige Unterstützung sind das wichtigste Unterpfand eines erfolgreichen Kampfes der Arbeiterklasse und aller andern Werktäglichen für ihre Interessen. Solange wir einig sind, brauchen wir keinerlei Feinde zu fürchten. Geeint und fest zusammenhaltend, werden wir imstande sein, unsere Rechte zu schützen. Gespalten und getrennt wären wir kraftlos im Kampf gegen das Kapital.

Gestatten Sie mir, meiner Überzeugung Ausdruck zu verleihen, daß die WFG imstande sein wird, die ganze Arbeiterklasse um die Sache des Friedensschutzes zusammenzuscharen, daß sie es vermögen wird, die Agentur der Kriegsbrandstifter in der Arbeiterklasse zu zerschmettern und die Arbeiterbewegung der Welt auf die breite Straße des Kampfes für die Freiheit und das Glück der Völker zu führen.

Mögen die Imperialisten und ihre Lakaien wissen, daß nichts den Willen der Arbeiterklasse nach Einheit im Kampf für Frieden, für Freiheit, für ihre Lebensinteressen brechen wird.

Es lebe die internationale Einheit der Arbeiterklasse! Höher das Banner des Kampfes für die Lebensinteressen der Werktäglichen und ihre demokratischen Rechte! Es lebe die WFG — die aktive und konsequente Kämpferin für einen dauerhaften Frieden und für Völkerfreundschaft!

Korreferat Fernando Santis

Santi beleuchtete eingehend die Spaltungstätigkeit der rechten Führer der englisch-amerikanischen Gewerkschaften und ging auf die Rolle ein, die die Führer der AFL bei den Versuchen, die Weltföderation der Gewerkschaften zu spalten, gespielt haben.

„An der Spitze der AFL“, so führte Santi aus, „stehen Leute, die die Gewerkschaft als Privatunternehmen und als zusätzliche Bereicherungsquelle für die Arbeitgeber ansehen. Die Agenten der AFL, die über riesige Geldmittel verfügen, direkt vom Staatsdepartement der USA unterstützt werden und über alle Länder der kapitalistischen Welt verstreut sind, haben ein Netz der Korruption, der Intrige und des Betrugs geknüpft, in das Gewerkschaftsführer geraten sind, die die Beziehung zu den Arbeitermassen und den Glauben an ihre Zukunft verloren haben. Gemeinsam

mit den Führern des CIO und des britischen TUC hat die AFL mit Hilfe diplomatischen Drucks reformistische Elemente sowie von der Regierung Gekaufte einer ganzen Reihe von Gewerkschaftszentralen in ihre Einflußphäre einbezogen. Diejenigen, die zettern, man müsse der Weltföderation der Gewerkschaften einen „unpolitischen“ Charakter verleihen, sind selbst ein Werkzeug der arbeiterfeindlichen Politik der Weltreaktion. Ein Ziel der Spaltung besteht darin, zu vermeiden, daß im Augenblick, wo sich in der kapitalistischen Wirtschaft eine Krise entwickelt, eine starke, in Gewerkschaften zusammengeschlossene Arbeiterklasse vorhanden ist, und damit einer Situation aus dem Wege zu gehen, die eine Quelle ausgedehnterer Bewegungen zur grundlegenden Umgestaltung des Wirtschaftssystems sein könnte.

„In dieser Situation“, so fuhr Santi fort, „hat die Arbeiterklasse folgende Aufgaben: wachen Auges den unitären, demokratischen Charakter der Weltföderation der Gewerkschaften zu hüten; eine Aufklärungsarbeit über die Schädlichkeit der Spaltung durchzuführen, besonders unter den Werktägigen derjenigen Gewerkschaftszentralen, deren Führer die Weltföderation der Gewerkschaften ohne Wissen der Werktägigen selbst verlassen haben; zur Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in den kolonialen Ländern beizutragen; unermüdlich gegen die Verletzung der Gewerkschaftsrechte und -freiheiten zu kämpfen; im Landesmaßstab die Aktionseinheit mit denjenigen Werktägigen zu schaffen, die Mitglieder der spalterischen Gewerkschaftszentralen bleiben, wobei man dessen eingedenk sein muß, daß die Aktionseinheit die beste Schule der Gewerkschaftseinheit ist.“

Weiter sagte Santi: „Durch Aufruf der Werktägigen zum Kampf gegen den Krieg setzt die Weltföderation der Gewerkschaften nicht nur die edelsten Traditionen der internationalen Gewerkschaftsbewegung fort, sondern geht auch in völligem Einklang mit ihrem Statut vor, das seinerzeit von denen gebilligt wurde, die es heute wagen, die Weltföderation wegen ihres Kampfes für den Friedenschutz zu verurteilen. Die geheime Sorge der Imperialisten hat Churchill offen ausgesprochen. Wie dieser zugab, tut es ihm leid, daß das Sowjetland nicht gleich nach der Oktoberrevolution erdrosselt worden ist. Sie hoffen immer noch, das ausführen zu können, was ihnen damals nicht gelungen ist, aber diese Hoffnungen der Kriegsbrandstifter können nicht in Erfüllung ge-

hen. Heute sind die Werktägigen, sind alle Völker fähig, dem Krieg entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen. Hiervon zeugt der Pariser Kongreß der Friedensanhänger, auf dem die Völker ihre Entschlossenheit gezeigt haben, für den Frieden zu kämpfen.“

„Kriegsvorbereitung“, so erklärte Santi, „bedeutet innerhalb der kapitalistischen Länder eine Offensive auf das Lebensniveau der Werktägigen und auf ihre demokratischen Rechte, sie bedeutet den Tod der demokratischen Rechte, sie bedeutet den Tod der Demokratie. Deshalb müssen die Gewerkschaftsorganisationen schon von Natur aus für den Frieden kämpfen. Die Resultate dieses Kampfes werden um so fühlbarer sein, je stärker die Gewerkschaftsbewegung sein wird, für die Stärke dieser Bewegung aber ist ihre Einheit ausschlaggebend. Deshalb ist die Gewerkschaftseinheit unlösbar verbunden nicht nur mit dem Kampf für ein höheres Lebenniveau der Werktägigen, sondern auch mit dem Kampf für Frieden und Demokratie.“

Bedeutet Spaltung im Landesmaßstabe Streikbruch im Kampf für die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse, so bedeutet er im internationalen Maßstab Streikbruch im Kampf für den Frieden.“

„Es ist an der Zeit, die Spalter ihrem eigenen Schicksal zu überlassen“, so erklärte Santi zum Schluß. „Es ist an der Zeit, sich unmittelbar an die Werktägigen zu wenden, die in die Netze der Spaltung geraten sind, um sie wieder in unsere große einheitliche Familie aufzunehmen, in die Weltföderation der Gewerkschaften.“

* * *

Auf der Abendsitzung des Kongresses wurden die Debatten zu den Referaten W. W. Kusnezows und F. Santis eröffnet.

Der Vertreter der Südafrikanischen Union, der Neger Desmond Buckle, unterstützte im Namen der werktätigen Neger Südafrikas, denen die einheimischen Behörden keinerlei Gewerkschaftsrechte zuerkennen, restlos die Aufgaben der Weltföderation der Gewerkschaften im Kampf für den Völkerfrieden und die demokratischen Rechte der Werktägigen, von denen W. W. Kusnezow in seinem Referat sprach.

Jacques Marion, Mitglied der französischen Delegation, Sekretär der Allgemeinen Arbeitskonföderation, berichtete ausführlich über den Kampf der Gewerkschaften Frankreichs für die Stärkung des Friedens, gegen die Marshallisierung der französischen Wirtschaft, gegen die Vergrößerung der Militärhaushalte, gegen die Politik der Militarisierung Westdeutschlands, gegen die Aggression auf Kolonialvölker, für Hebung des Lebensstandards der französischen Werktägigen. Marion

hob unter stürmischem Beifall der Kongreßdelegierten hervor, daß die Werktägigen Frankreichs, die von dem Willen nach Frieden durchdrungen sind, sich niemals dazu verstehen werden, gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie Krieg zu führen, er ging ein auf den Vorschlag W. W. Kusnezows über die Teilnahme der Gewerkschaften an der Bildung von Friedenskomitees und über die Mittel und Wege zur Ausführung dieser Aufgabe als eines notwendigen Kettenglieds bei der Festigung der wirksamen Gewerkschaftseinheit.

Nach einem Delegierten des Allgemeinen Arbeitsverbandes von Tunis, Messadi, der von der Unterdrückung und Ausbeutung seines Volkes durch den französischen Imperialismus erzählte, sprach Luu Due Pho, Generalsekretär der Arbeitskonföderation Vietnams, der von leidenschaftlichem Beifall begrüßt wurde.

„Ich überschritt die Frontlinie und legte zu Fuß hunderte Kilometer zurück“, sagte der Delegierte von Vietnam, „auf daß der Weltkongreß der

Gewerkschaften die Stimme des kämpfenden Volkes meines Landes höre.“

Der Redner überbrachte dem Kongreß die Bitte der Völker von Laos und Kambodscha an die Weltföderation der Gewerkschaften, ihnen bei der Bildung von Gewerkschaftsorganisationen behilflich zu sein.

„In Vietnam“, so fuhr er fort, „ist die Bewegung des Friedensschutzes unlösbar verbunden mit dem Kampf gegen die Kolonialunterdrückung und die Rassendiskriminierung.“

Der Redner erinnert daran, daß die Pläne für neue, in Vietnam durchzuführende Operationen in Washington ausgearbeitet werden, wohin vor kurzem der französische Generalstabschef Revers berufen worden sei. „Das Volk Vietnams“, so fuhr der Redner fort, „wird vor neuen Opfern und Leiden nicht zurückschrecken. Unsere Soldaten sind jetzt besser ausgebildet und bewaffnet. Sie haben viel Beute gemacht. Für uns ist der Augenblick gekommen, eine breite Generalgegenoffensive vorzubereiten. Wir sind erfüllt von der Gewißheit, daß das 20 Millionen zählende Volk Vietnams durch Mobilisierung seiner Kräfte die Oberhand über die Imperialisten gewinnen und imstande sein wird, seine Unabhängigkeit und friedliche Arbeit zu verteidigen. Die

Solidarität und Unterstützung aller Werktätigen der Welt werden unseren Kampfwillen nähren und uns stärken!“

Der Kongreß bereitete dem Vertreter des heldenhaften Volkes von Vietnam stehend eine Ovation.

Am Schluß der Sitzung ergriff Mustafa el-Ariss, der Delegierte der Werktätigen des Libanon, das Wort. Er sagte:

„Die Spaltung, die die Agenten des internationalen Imperialismus in die Reihen der Weltföderation der Gewerkschaften hineingetragen haben, ist das schwerste Verbrechen gegen die Werktätigen, das die Geschichte der Nachkriegszeit kennt. Die Spalter möchten den Werktätigen, namentlich denen der arabischen Länder, Feindschaft zur Sowjetunion einflößen. Das wird ihnen nicht gelingen! Wir lieben die Sowjetunion und hegen für die Werktätigen dieses großen Landes innige Liebe dafür, daß sie für friedliche Arbeit, gegen den Imperialismus, für die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker kämpfen.“

Die Einberufung dieses Kongresses allein schon ist ein bedeutender Sieg der Werktätigen, darunter auch derer des Libanon, Syriens, Ägyptens, des Iran, Palästinas und Zyperns, die die Weltföderation der Gewerkschaften unterstützen.“

Sitzung vom 4. Juli

Auf der Morgensitzung des zweiten Weltgewerkschaftskongresses vom 4. Juli führte J. Léap (Frankreich) den Vorsitz. Als erster sprach Grandgenet, ein Vertreter der Föderation Freier Gewerkschaften Luxemburgs. Er berichtete dem Kongreß, wie die von den englisch-amerikanischen Kriegsbrandstiftern vollzogene Militarisierung dieses kleinen Landes zur Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und zur Vereiterung der Werktätigen führt: das Land macht die erste Phase einer Wirtschaftskrise durch. Zwecks Zersplitterung der Kräfte der Werktätigen werden im Lande drei gesonderte Gewerkschaftszentralen aufrechterhalten. Die rechten Gewerkschaftsführer Luxemburgs erklärten den Austritt ihrer Organisationen aus der Weltföderation der Gewerkschaften, ohne ihre Mitglieder zu Rate zu ziehen. „Die Werktätigen Luxemburgs“, so sagte Grandgenet, „treten für die Einheit ein.“

Bernhard Göring (FDGB) wies in seiner Rede darauf hin, daß der Kampf der fortschrittlichen Kräfte Deutschlands für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung ein wesentlicher Beitrag zur Verteidigung der staatlichen Einheit Deutschlands ist. Der Beschuß der Prager Generalratsitzung der Weltföderation der Gewerkschaften über die Aufnahme der deutschen Gewerkschaften

in die Weltföderation der Gewerkschaften hat den Werktätigen Deutschlands Hoffnung auf Einheit gegeben und bedeutete für sie eine gewaltige moralische Hilfe. Die Besatzungsbehörden der Westzonen setzen jedoch alle Mühe daran, die Gewerkschaftseinheit der Werktätigen Deutschlands und den Eintritt dieser Gewerkschaften in die Weltföderation der Gewerkschaften zu verhindern, sie glauben auf diese Weise eins der Haupthindernisse aus dem Wege räumen zu können, das sich einer Umwandlung Westdeutschlands — mit Hilfe des Marshallplans, des Besetzungsstatuts und der Schaffung eines separaten westdeutschen Staats — in ein Aufmarschgebiet zur Vorbereitung einer Aggression gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie entgegenstellt.

Der Redner billigte restlos die Thesen des Referats von W. W. Kusnezow.

Josef Kolsky, Mitglied der tschechoslowakischen Delegation, zeigte an dem konkreten Beispiel der Solidarität der tschechoslowakischen Werktätigen mit den Werktätigen Frankreichs, Griechenlands und anderer Länder, die Richtigkeit der im Referat Kusnezows entwickelten Thesen.

Der Sowjetschriftsteller Boris Polewoi, der in der Diskussion das Wort ergriff, überbrachte den Delegierten einen herzlichen und freundschaftlichen Gruß von den Sowjetschriftstellern und überhaupt von allen Kulturschaffenden der Sowjetunion.

Darauf wurde Nikiphoros, einem Vertreter der Allgemeinen Arbeitskonföderation Griechenlands, das Wort erteilt. Vom ganzen Saal mit stürmischem Beifall begrüßt, überbrachte Nikiphoros dem Kongreß einen flammenden Gruß von der kämpfenden Arbeiterklasse Griechenlands und Tausenden seiner Kämpfer, die in Kerker schmachten. „Die Ergebenheit und Liebe zur Weltföderation der Arbeit“, sagte Nikiphoros, „ist tief eingewurzelt in das Bewußtsein der griechischen Werktätigen.“

Der Redner brandmarkte die amerikanischen Imperialisten als diejenigen, die an dem vom griechischen Volke selbst nicht gewollten Bürgerkrieg in Griechenland die unmittelbare Schuld tragen.

Die griechischen Werktätigen sehnen sich heiß nach dem Frieden. Sie billigen den Vorschlag der Sowjetregierung an die UNO zur Lösung der griechischen Frage. Die Provisorische Demokratische Regierung Griechenlands hat schon wiederholt Frieden und Verständigung angefragt, aber das entspricht keineswegs den Wünschen der amerikanischen Interventen und der griechischen monarchistischen Faschisten.

Die Werktätigen Griechenlands bitten die Weltföderation der Gewerkschaften um Unterstützung in ihrem Kampf und um Hilfe bei der Herstellung des Friedens in Griechenland.

Der Vorsitzende Le Léap versicherte die griechische Delegation im Namen des Kongresses feierlichst der brüderlichen Solidarität der WFG mit der heldenmütigen Arbeiterklasse Griechenlands.

Der nächste Redner, ein Vertreter der Arbeiterbewegung Spaniens, Amaro Rosal Diaz, schilderte dem Kongreß den Kampf der spanischen Werktätigen.

Der Widerstand des spanischen Volkes gegen das Francoregime, das die offene Unterstützung der Vereinigten Staaten genießt, ist ein Beitrag zum Friedenskampf. Das Francoregime ist vor allem ein Regime der Kriegsvorbereitung, der Verwandlung der Iberischen Halbinsel in ein Auf-

marschgebiet für die aggressive militärische Expansion der USA. Davon zeugt beispielsweise die Tatsache, daß in Spanien das für militärische Flugplätze verwendete Territorium versiebenfacht wurde: 1939 betrug das Areal der militärischen Flugplätze Spaniens 2000 Hektar, 1947 schon 14 000 Hektar!

Die Werktätigen Spaniens verbinden den Kampf um ihre mit Füßen getretenen gewerkschaftlichen und demokratischen Rechte mit dem Kampf für die Liquidierung des Francoregimes, für die nationale Unabhängigkeit des Landes und für die Aufrichtung der demokratischen Republik.

Raiko Damjanoff, Mitglied der bulgarischen Delegation, wies darauf hin, daß das Referat W. W. Kusnezows für die internationale Gewerkschaftsbewegung ein Programm praktischen Handelns enthalte. Die Verwirklichung dieses Programms wird den Einfluß der WFG unter den Werktätigen aller Länder noch mehr kräftigen.

Er versicherte dem Kongreß, daß die bulgarischen Arbeiter ihre Kräfte nicht schonen werden, um die Beschlüsse des gegenwärtigen Kongresses in die Tat umzusetzen.

Damjanoff äußerte seinen Dank an die Delegierten des Kongresses für die Gefühle brüderlicher Solidarität mit dem bulgarischen Volk angesichts seines schweren Verlustes, den das Ableben Georgi Dimitroffs bedeutet, dieses heldenmütigen Kämpfers gegen den Faschismus, dieses großen Revolutionärs, der die Werktätigen Furchtlosigkeit vor dem Feind lehrte und unermüdlich daran erinnerte, daß die Freundschaft mit dem Sowjetvolk für Bulgarien so notwendig sei wie Sonne und Luft, als sicherste Garantie für die Unabhängigkeit und den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus.

Nach der Rede Anna Luise Werners (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund [FDGB]) ergriff ein Delegierter der Werktätigen von Kuba, Lazaro Peña, das Wort. Am Beispiel der Arbeiterbewegung dieses Landes, das unter dem Druck des amerikanischen Imperialismus seufzt, wies er die Richtigkeit jener These aus dem Referat W. W. Kusnezows nach, die von dem unlösharen Zusammenhang zwischen der nationalen Freiheitsbewegung und dem Kampf für den Frieden spricht.

Als letzter Redner in der Vormittagssitzung sprach ein Delegierter Jugoslawiens, Salaj.

* * *

In der Abendsitzung präsidierte Lombardo Toledano (Lateinamerika).

In der Diskussion ergriffen das Wort: B. Linn, der Delegierte der Gewerkschaften von Israel, Bakiri, Vertreterin der albanischen Lehrergewerkschaft, dann Ambroise Croizat, der Generalsekretär

der Metallarbeiterföderation Frankreichs, er machte Mitteilungen über die Erfahrungen der Allgemeinen Arbeiterkonföderation (CGTU) im Kampf für die gewerkschaftliche Einheit der werktätigen Massen Frankreichs während der Streikbewegung der letzten Zeit. „Die Verbindun-

gen der CGTU mit allen Schichten der Werktägigen“, sagte er, „wachsen, mehren sich und beseitigen so die Folgen der Gewerkschaftsspaltung.“

Cesare Massini, Mitglied der italienischen Delegation, unterstrich, daß die in dem Referat W. W. Kusnezows aufgestellten Thesen mit den Forderungen der italienischen Gewerkschaftsbewegung voll übereinstimmen. „Die gewerkschaftliche Lage im Lande“, sagte er, „wird dadurch gekennzeichnet, daß alle Spaltungsversuche gleich ausgehen: die Verräter der Arbeiterklasse, die rechtsgerichteten Spalter, verlassen die machtvolle Organisation der Arbeiterklasse des Landes, die Allgemeine Arbeitskonföderation Italiens, aber die Gewerkschaftsmassen bleiben in deren Reihen.“

V. Bianco, ein Mitglied der italienischen Delegation, begrüßte den Kongreß und die große Familie der Werktägigen, die WFG, im Namen

jener in der Saragatpartei stehenden Arbeitsleute, die den Spaltern eine Absage erteilt hatten und in den Reihen der Allgemeinen Arbeitskonföderation Italiens geblieben waren.

Rina Niccolato (Italien) schilderte die Rolle der in den italienischen Gewerkschaften organisierten Frauen bei der Festigung der Gewerkschaftseinheit und im Friedenskampf.

T. Tewfic, der Delegierte der arabischen Gewerkschaften Palästinas, und R. Moreno, der Vertreter der Werktägigen Brasiliens, bezeichneten das Referat Kusnezows als wertvolle Anleitung zum Handeln für die WFG und die Landeszenträlen in der gegenwärtigen Etappe der Gewerkschaftsbewegung.

Nach der Rede B. Blokzijls (Holland) hielt der Führer der Sowjetdelegation, W. W. Kusnezow, als Referent sein Schlußwort.

Schlußwort W. W. Kusnezows

W. W. Kusnezow führte aus:

„Die Diskussion hat gezeigt, daß die Gewerkschaftsorganisationen aller Länder der Festigung der internationalen Gewerkschaftseinheit zum Schutz des Weltfriedens, zum Kampf für die Hebung des Lebensniveaus der Arbeiterklasse und aller anderen Werktägigen, zum Kampf für die demokratischen Rechte und Freiheiten gewaltige Aufmerksamkeit entgegenbringen.“

Alle Diskussionsredner haben Besorgnis und Beunruhigung darüber geäußert, daß die Imperialisten einen neuen Krieg vorbereiten, und dazu aufgerufen, aktiver gegen die Kriegsbrandstifter zu kämpfen.

Aus den Diskussionsreden haben wir viele Tatsachen entnommen, die davon zeugen, daß in den kolonialen und abhängigen sowie in den kapitalistischen Ländern ein verstärkter Druck auf die Arbeiterklasse ausgeübt wird. Unternehmer und Regierungskreise führen einen Feldzug gegen die Werktägigen durch, sie senken die Löhne, schränken die Produktion ein, setzen Arbeiter auf die Straße. Drakonische Gesetze gegen die Arbeiterorganisationen, in erster Linie gegen die Gewerkschaften, werden angenommen bzw. neu bestätigt.

Die Ereignisse der letzten Tage bekräftigen dies immer von neuem. Die englische Labourregierung hat mit tatkräftigster Unterstützung der Führer des TUC-Generalrats jegliche Aktionen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für den

Schutz ihrer Rechte, für eine Verbesserung ihrer materiellen Lage als ungesetzlich erklärt.

Die Generalratsführer sind gegen die Eisenbahnerstreiks aufgetreten, der Arbeitsminister, ein ehemaliger Gewerkschaftsfunktionär, hat sich in ausfälliger Weise gegen die Eisenbahner gewandt. Auch die Führer der Eisenbahnergewerkschaft überreden die Arbeiter, nicht zu streiken.

Die Führer des Generalrats, die von der Regierung gegängelt werden, unterstützen restlos das Gesetz über den Lohnstopp. Zugleich liegt es selbstverständlich nicht in der Macht dieser Führer, die Preise zu stoppen oder zu senken. Diese steigen im Gegenteil.

Die Ereignisse, die sich in den letzten Tagen in den USA abgespielt haben, sind eine neue Bestätigung dafür, daß die reaktionären Kreise mit Hilfe der Führer der AFL und des CIO den Druck auf die Arbeiterklasse verstärken.

Das Produktionsniveau in den USA sinkt. Laut einer Erklärung des USA-Amtes für Föderale Reserven, die vor einigen Tagen in der Presse veröffentlicht wurde, ist das Produktionsniveau 1949 im Vergleich zum November 1948 um 10,8 Prozent gesunken und sinkt weiter. Die Zahl der geschlossenen Fabriken und der Betriebe, die auf Kurzarbeit überführt werden, steigt unaufhörlich. Selbstverständlich bewirkt das ein unaufhaltsames Wachstum der Arbeitslosigkeit.

Die Monopole machen sich die Produktionseinschränkung und das Anwachsen der Arbeitslosig-

keit zunutze, um einen weiteren Druck auf das Lebensniveau der Arbeiterklasse auszuüben. Sie senken den Arbeitslohn weiter. Die Monopolkreise der USA gehen offen gegen die Gewerkschaftsrechte vor.

Vor einigen Tagen hat der Senat des USA-Kongresses mit Stimmenmehrheit das arbeiterfeindliche Taft-Hartley-Gesetz nicht etwa aufgehoben, sondern im Gegenteil neu bestätigt und den Antrag der Regierung Truman über eine Revision dieses Gesetzes abgelehnt. Natürlich ist die Regierung Truman auch selbst dafür, daß das Taft-Hartley-Gesetz in Kraft bleibt. Aber die Regierung hat den Wechsel einzulösen, den Truman bei den Präsidentschaftswahlen ausgestellt hat. Truman versprach, das neue Gesetz aufzuheben und hat, wie man sieht, als Einlösung dieses Versprechens eine neue Bestätigung des Gesetzes erreicht.

In diesem Zusammenhang ist es angebracht, darauf hinzuweisen, daß die Führer des CIO, die eine Aufhebung des Gesetzes versprochen, die Arbeiter betrogen haben. Das ist ein neuer Beweis dafür, daß die Monopolkreise diese Führer als Schachfiguren ihrer arbeiterfeindlichen Politik benutzen.

Genossen! In allen kapitalistischen, kolonialen und abhängigen Ländern wird eine Offensive gegen die Arbeiterklasse geführt. Die Reaktion klirrt mit den Waffen und bereitet einen neuen Krieg vor.

Angesichts der jetzigen internationalen Lage ist es besonders erforderlich, daß sich die Kräfte der Arbeiterklasse in der ganzen Welt fest zusammenschließen. Hiervon haben alle Redner eindringlich gesprochen. Die Kräfte der Demokratie sind gewaltig. Sie sind bedeutend größer als die der Reaktion. Unsere gemeinsame Aufgabe, die Aufgabe der Werktätigen der ganzen Welt besteht darin, eine unübersteigbare Schranke gegen die Ränke der Kriegsbrandstifter aufzurichten und die heimtückischen Pläne der Imperialisten zu durchkreuzen. Aber die Kräfte der Demokratie werden nur dann wirksam, wenn sie geeint sind und in Aktion gesetzt werden. Das begreifen die Arbeiter sehr wohl, und das haben die Vertreter der Arbeiterklasse hier auf dem Kongreß mit aller Klarheit zum Ausdruck gebracht.

Alle Redner haben auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Tätigkeit der Landeszentralen und Föderationen zur Festigung der Einheit unserer Reihen zu verstärken. Sie haben mit Recht dazu aufgerufen, die Arbeit sowohl in den Landeszentralen als auch im internationalen Maßstab zu verstärken. Mit Recht haben sie auf die Notwendigkeit hingedeutet, den Kampf mit den Spaltern zu intensivieren.

Genossen! Zur Lösung dieser Aufgabe, die Einheit unserer Reihen zu stärken, ist eine tagtägliche und beharrliche Kleinarbeit mit den Arbeitern, den Werktätigen in den Betrieben, in den Büros usw. notwendig.

In allen Ländern, deren Gewerkschaftsführer den Austritt aus der Weltföderation der Gewerkschaften erklärt haben, gibt es nicht wenige Anhänger der Zusammenarbeit mit der Weltföderation. Solche Anhänger gibt es auch unter den Gewerkschaftsführern, ganz zu schweigen davon, daß alle Arbeiter die Weltföderation der Gewerkschaften unterstützen und nicht mit der Spaltung der Arbeiterbewegung einverstanden sind. Die Weltföderation der Gewerkschaften und ihre Anhänger haben in diesen Ländern die Aufgabe, die Anhängerschaft des internationalen Zusammenspielens der Arbeiterklasse allseitig zu erweitern. Die Weltföderation der Gewerkschaften muß eine Möglichkeit finden, die Arbeiter dieser Länder über die auf weitere Ausdehnung und Festigung der Arbeiterreihen abzielenden Kongreßbeschlüsse zu informieren, sie muß diese Arbeiter zum Kampf gegen die Spalter aufrufen. In diesen Ländern muß jedem Gewerkschaftsmitglied bekannt sein, daß die Tore der Föderation und ihrer Industrieabteilungen allen weit offen stehen, die ehrlich für eine Verbesserung der Lebenshaltung der Werktätigen, für Frieden und demokratische Freiheiten kämpfen wollen.

Die Diskussionsredner haben die Vorschläge des Referats genehmigt und eine Reihe wertvoller eigener Vorschläge zur weiteren Verbesserung der Arbeit der Föderation und zur Aktivierung der internationalen Tätigkeit der Landeszentralen gemacht. Diese Vorschläge sind in den Dokumenten, die der Kongreß annehmen wird, zweifellos zu berücksichtigen. Mit Hilfe von Vertretern der Landeszentralen wird die Föderation imstande sein, für jedes einzelne Land unter Berücksichtigung seiner Besonderheiten einen konkreten Arbeitsplan auszuarbeiten.

Genossen! Es ist den Spaltern nicht gelungen, die Weltföderation der Gewerkschaften zu zerstören. Wir können mit voller Gewißheit sagen, daß es ihnen niemals gelingen wird, sie zu liquidieren. Sie können es sich sparen, Zeit sowie Millionen Dollars der amerikanischen Bankiers zu vertun.

Gestatten Sie mir, der Überzeugung Ausdruck zu geben, daß die Weltföderation der Gewerkschaften fähig sein wird, die Reihen der Arbeiterklasse zum Kampf für den Weltfrieden, für die Hebung des Lebensniveaus der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, für die Erringung und Festigung der demokratischen Rechte und Freiheiten des schaffenden Volkes noch fester zu schließen.“

Sitzung vom 5. Juli

In der Morgen- und in der Abendsitzung wurde ausgeführt, was die Weltföderation der Gewerkschaften und die ihr angeschlossenen Landeszentralen zum Schutz der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Werktäglichen unternehmen.

Das Referat zu diesem Punkt der Tagesordnung hielt Benoît Frachon, Generalsekretär der Allgemeinen Arbeitskonföderation Frankreichs und Führer der französischen Delegation.

Rede Benoît Frachons

Frachon führte aus:

„Im Februar 1945 nahm die Weltkonferenz der Gewerkschaften in London einstimmig eine Resolution und eine Deklaration an, die die Forderungen der Arbeiterklasse enthielten. Der Gründungskongress der WFG, der im September und Oktober des gleichen Jahres in Paris tagte, hat diese Dokumente voll bestätigt. Der Pariser Kongress und die Londoner Konferenz riefen die der WFG angeschlossenen Landesgewerkschaftszentralen nachdrücklich auf, ihre ganze Energie zur Ausführung der Deklaration, zur Verwirklichung der Rechte und allernächsten Forderungen der Gewerkschaften aufzubieten, die auf der Londoner Konferenz im Interesse aller Völker formuliert worden waren.“

Weiter legte Frachon die in der Deklaration aufgestellten wirtschaftlichen und sozialen Forderungen dar.

„Auf welche Weise“, so sagte Frachon, „wurde diese Deklaration von der WFG und den Landeszentralen verwirklicht? In welchem Maße wurde das aufgezeichnete Programm in der ganzen Welt in die Praxis umgesetzt? Welche Maßnahmen müssen wir treffen, um seinen Erfolg sicherzustellen? Das sind die Fragen, die wir auf diesem Kongress zu lösen haben.“

In der Sowjetunion und in den Ländern der Volksdemokratie stößt die Arbeiterklasse bei der Verwirklichung dieses Programms auf keine Schwierigkeiten.

Anders steht es damit in den kapitalistischen Ländern. Der Reallohn der Werktäglichen ist in allen kapitalistischen Ländern bedeutend gesunken, da die Preise sehr viel schneller gestiegen sind als die Arbeitslöhne; die Gewinne der kapitalistischen Großunternehmen sind stark angewachsen, während das Lebensniveau der werktäglichen Massen gesunken ist. Die Expansionspolitik der USA-Monopolherren, die gegenwärtig einen Druck auf die Politik der meisten kapitalistischen Staaten ausübt, steht im Zusammenhang mit intensiven Kriegsvorbereitungen. Die Militäraushalte in den kapitalistischen Ländern sind stark angeschwollen, und auf den Schultern der Werktäglichen lasten neue, übermäßige Steuern; die von den kapitalistischen Staaten geführten Kolonialkriege, — namentlich die Kriege gegen Vietnam und Indonesien — die Unterstützung der diktatorischen

Systeme in Spanien und Griechenland durch diese Staaten verursachen den Völkern schwere Verluste an Menschenleben; den Kriegsausgaben werden die Interessen der Werktägten zum Opfer gebracht, während es den Waffenlieferanten gestattet ist, sich unbegrenzt zu bereichern; durch den Krieg zerstörte Wohnhäuser werden nicht wiederhergestellt; Arbeitslosigkeit wütet in fast allen kapitalistischen Ländern, Millionen von Werktägten haben weder Arbeit noch Erwerb. In den kapitalistischen Ländern gibt es keine Sozialversicherung, die die des Lohnes beraubten Arbeiter gegen das Elend sichern könnte. Die Arbeitslosenunterstützung ist unzureichend.

Das Prinzip gleicher Arbeitsentlohnung für gleiche Arbeit wird nirgends angewandt, nicht einmal in denjenigen kapitalistischen Ländern, wo die Frau laut Gesetz den gleichen Lohn wie der Mann erhalten soll.

Die Folgen des Marshallplans für die an diesem Plan beteiligten Länder sind verderblich. Bekanntlich, so sagte Frachon, „suchte Carey im November 1947 der WFG eine Erörterung des Marshallplans aufzuzwingen und stellte ihn als einen großzügigen Plan selbstloser Hilfe des amerikanischen Volkes an die vom Kriege in Mitleidenschaft gezogenen Völker Europas hin. In ebensolchem Lichte stellten die Urheber dieses Plans ihm dem amerikanischen Volke dar, um es zu zwingen, sich zu Steuern zu verstehen, die zur Durchführung des Plans erforderlich sind.“

Nachdem die WFG es abgelehnt hatte, Carey zu folgen, verbreitete dieser mit Unterstützung von Feinden der Arbeitereinheit freche Lügen hierüber. Er beschuldigte die WFG, sich der Hilfeleistung an die vom Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Länder widergesetzt zu haben.

Wie könnte die WFG dagegen sein, daß Völkern, die sich in einer schweren Lage befinden, selbstlos geholfen wird? Aber die WFG hatte das volle Recht, entgegen Careys Forderung nicht für eine Operation einzustehen, deren Ziele unverkennbar eignenfützigen Charakter tragen.

Heutzutage sind sich die Werktägten der USA ebenso wie diejenigen der durch den Marshallplan „beglückten“ Länder darüber klar, daß hinter der „Hilfe“ an verarmte Länder die Interessen der Monopolherren stecken, die sich gegen die Völker richten und für die Arbeiterklasse verderblich sind.

Die Werktätigen der USA, denen man einzureden suchte, dieser Plan werde die Entwicklung der Industrie gewährleisten und das Gespenst der Arbeitslosigkeit bannen, können feststellen, daß die Arbeitslosigkeit im Lande bedrohlich anwächst. In den Ländern, die „Hilfe“ laut Marshallplan erhalten, übersteigen die durch den Plan aufgezwungenen Militärausgaben bedeutend die Summen dieser Hilfe. Der Landesindustrie droht, daß sie verschwinden muß. Sie soll dem Import aus den USA Platz machen. Es sind Maßnahmen getroffen worden, um den Handelsaustausch der dem Marshallplan unterworfenen Länder mit den Ländern, die seine Annahme verweigert haben, zu hindern. Nationale Wiederaufbauprogramme müssen Maßnahmen Platz machen, die die wirtschaftliche und industrielle Entwicklung der dem Marshallplan unterworfenen Länder hemmen, die Arbeitslosigkeit steigern und einen sozialen Rückschritt zur Folge haben.

Zwecks Durchführung dieser Rückschrittpolitik verlangen die Monopolherren von den Regierungen Verletzung oder Aufhebung der Arbeiterfreiheiten. Da ist das Taft-Hartley-Gesetz in den USA, das trotz der Wahlversprechungen Trumans noch nicht aufgehoben ist. Da ist die Liquidierung der freien Gewerkschaftsorganisationen und der Mord an Gewerkschaftsaktivisten in Griechenland. In Frankreich und Italien kommen systematisch Gewaltakte der Polizei, Morde an Streikenden, die Einkerkierung von Tausenden von Arbeitern vor. In den Betrieben werden Repressalien gegen Gewerkschaftsaktivisten angewandt, diese werden willkürlich entlassen, man stellt dem normalen Funktionieren der Gewerkschaften allerlei Hindernisse in den Weg.

Die Arbeiterklasse leistet diesem Ansturm der Kapitalisten Widerstand. Seit dem Gründungskongreß der Föderation ist die Streikbewegung ununterbrochen angewachsen. Namentlich in den USA, in Italien und Frankreich haben Tausende von Streiks stattgefunden, an denen Millionen Arbeiter teilgenommen haben. In Großbritannien breitet sich die Streikbewegung für Lohnerhöhung und bessere Arbeitsbedingungen immer mehr aus, trotz der Gegenmaßnahmen der rechten Gewerkschaftsführer, die der Regierung zu Gefallen die meisten Streiks für ungesetzlich erklären und sie bekämpfen.

Die Führer der Gewerkschaftszentralen, die die Spaltung im Januar d. J. vorbereiteten und durchführten, suchten ihre Schädlingsarbeit durch die Behauptung zu rechtfertigen, daß die Weltföderation der Gewerkschaften sich nicht mehr mit den wirtschaftlichen und sozialen Forderungen der Werktätigen befasse. Das ist nur eine Ausrede. Um die Werktätigen in die Spalterbewegung hineinzuziehen, mußten die wahren Gründe dieser

Handlungsweise vor ihnen geheimgehalten werden. Sieht man sich an, wie verschiedene Landeszentralen sich zu dem wirtschaftlichen und sozialen Programm der Föderation verhalten haben, so bemerkt man mit Leichtigkeit, daß gerade diejenigen, die der Weltföderation der Gewerkschaften treu geblieben sind, am alleraktivsten die Aktionen der Werktätigen zugunsten dieses Programms unterstützt haben, während diejenigen, die die Initiative zur Spaltung ergriffen, die Arbeiter daran hindern, für ihre Forderungen zu kämpfen. Das heißt, daß sie dem Druck ihrer Regierungen nachgegeben und den gemeinsam in London und Paris vorgezeichneten Weg verlassen haben. Das heißt, daß sie sich auf die Seite der reaktionären Kräfte geschlagen haben, die gegen das soziale und wirtschaftliche Programm der Föderation kämpfen.“

„Das soziale und wirtschaftliche Programm der Weltföderation der Gewerkschaften ist ein Programm der Einheit“, so sagte Frachon. „Es entspricht den Interessen und Hoffnungen der Werktätigen aller Länder, unabhängig von ihrer Rasse, Religion und politischen Anschauung. In seinen Hauptteilen kann es in allen Ländern verwirklicht werden. Wir müssen jedoch den Werktätigen sagen, daß eine Verwirklichung nur unter der Bedingung einer machtvollen und nicht nachlassenden Bewegung aller Kräfte der Arbeiterklasse gegen die Kräfte der Kapitalisten möglich ist. Wir behaupten, daß die Einheit auf Basis der allen Werktätigen gemeinsamen Interessen, namentlich hinsichtlich einer Verbesserung der Existenz- und Arbeitsbedingungen, möglich und notwendig ist. Die Weltföderation der Gewerkschaften muß die Verteidigung der sozialen und wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter in den internationalen Organisationen fortsetzen und ihre Zentralen auffordern, alle Kräfte in den Dienst der Verwirklichung dieses Programms zu stellen.“

Es ist ferner notwendig, Maßnahmen zur aktiven Unterstützung des Kampfes der Arbeiterklasse zu ergreifen, und zwar überall, einschließlich der Länder, deren Gewerkschaften gegenwärtig nicht der Föderation angehören. Schließlich müssen die Gewerkschaften in jedem kapitalistischen Land Solidarität und Unterstützung für die Kolonialvölker sicherstellen und die Verteidigung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Forderungen übernehmen.“

Frachon sprach seine Überzeugung aus, daß ein Erfolg der Werktätigen im Kampf für die Verwirklichung des wirtschaftlichen und sozialen Programms der Föderation möglich ist. „Die beste Methode zur Beschleunigung dieses Erfolgs“, so sagte er, „besteht darin, daß man seine Kräfte dem Zusammenschluß der Werktätigen der ganzen Welt unter den Bannern der Weltföderation der Gewerkschaften weiht.“

Über die Tätigkeit der Gewerkschaften in den Ländern der Volksdemokratie

Rede Aleksander Zawadzki

In seinem Referat über die Tätigkeit der Gewerkschaften in den Ländern der Volksdemokratie unterstrich Aleksander Zawadzki, der Führer der polnischen Delegation, daß die Gewerkschaften dieser Länder als mächtige, endgültig geeinigte Organisationen dastehen. Sie spielen eine wichtige Rolle in der Gesellschaft, die dem Sozialismus zuschreitet. Es gibt kein Gebiet im wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Leben dieser Länder, an dem die Gewerkschaften nicht Anteil nähmen.

„Die Spalter der Arbeitereinheit werfen uns vor“, sagte Zawadzki, „unsere Gewerkschaften wären keine freien Verbände, sie wären vielmehr zu Organen geworden, die der Regierung „unterstehen“. Es gibt nichts Verlogeneres als derlei grundlose Behauptungen. Die Gewerkschaften in den Ländern der Volksdemokratie besitzen volle Organisations- und volle Aktionsfreiheit. Aber gerade, weil wir diese Freiheit besitzen, halten wir es im Interesse der Arbeiterklasse für notwendig, mit dem Staat und seinen Organen, die ja von Vertretern der Arbeiterklasse geleitet werden, zusammenzuarbeiten. Wir haben keinen Grund, das zu verhehlen, wie es viele unserer Gegner tun, die hinter heuchlerischen Phrasen von gewerkschaftlicher Freiheit und Unabhängigkeit ihre Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie und deren Staat verbergen.“

Unsere Staaten ihrerseits sehen in den Gewerkschaften, die fast 100 Prozent der Werktätigen umfassen, eine mächtige Stütze der Volksmacht. Die vorzügliche Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in den Ländern der Volksdemokratie zeugt am besten für die wachsende Bedeutung und Autorität der Gewerkschaftsorganisationen unter den neuen sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen.“

Vor dem Krieg zählten die Gewerkschaften in Polen einige hunderttausend Mitglieder. Im Jahre 1945, wenige Monate nach der Befreiung des Landes, zählte die Vereinigung polnischer Gewerkschaften bereits 1 184 000 Mitglieder (53 Prozent der Gesamtzahl aller Arbeiter und Angestellten). Gegenwärtig, im Jahre 1949, zählen die polnischen Gewerkschaften 3 607 000 Mitglieder, das sind fast 100 Prozent aller Arbeiter und Angestellten im Lande. In den Gewerkschaften der Tschechoslowakei sind mehr als 3 Millionen Arbeiter und Angestellte organisiert. Die ungarischen Gewerkschaften, die vor dem Krieg noch nicht die Mitgliederzahl von 100 000

erreicht hatten, vereinigen jetzt 1 065 000 Personen. Auf dem zweiten Kongreß der bulgarischen Gewerkschaften im Jahre 1948 sprachen Delegierte im Namen von 610 000 Mitgliedern. In Rumänien umfassen die Gewerkschaften 1 716 000, in Albanien 64 000 Mitglieder (gegen 25 000 im Jahre 1945).

In den Ländern der Volksdemokratie ist die Erwerbslosigkeit zu einer Sache der Vergangenheit geworden. Systematisch steigt der Reallohn und hat die Vorkriegshöhe schon überschritten.

In Polen übertrafen die Ergebnisse der Industrieproduktion im Mai 1948 das Vorkriegsniveau um 39 Prozent. In der Tschechoslowakei zeigt das Produktionsniveau Ende 1948 im Vergleich mit dem Vorkriegsstand eine Steigerung um 10 Prozent, in Ungarn um 37 Prozent, in Albanien sogar eine Verdreifachung. Zu dieser Produktionssteigerung trägt der Arbeitswettbewerb und die Rationalisierungsbewegung bei, die in den Ländern der Volksdemokratie von den Gewerkschaften gefördert und entwickelt werden.

Die Gewerkschaften entfalten ihre Initiative auch in der Ausarbeitung von Gesetzen und Erlässen, die die Arbeitsbedingungen und den Umfang der Sozialversicherung regeln; sie beteiligen sich aktiv am Aufbau des Systems der Sozialfürsorge, verwalten Erholungsheime und Sanatorien. Die Gewerkschaften sind zu wichtigen Faktoren bei der Erziehung der Massen im Geiste des Sozialismus, des volkstümlichen Patriotismus und des proletarischen Internationalismus geworden.“

„Wir haben unsere Erfolge“, betonte Zawadzki, „ohne den Marshallplan erzielt, haben unsere Souveränität nicht für das Linsengericht einer „Dollarhilfe“ verkauft. Zur Erfüllung unserer weiteren Aufgaben brauchen wir vor allem Frieden, einen festgesfügten und demokratischen Frieden in der ganzen Welt. Darum wachen unsere Gewerkschaften unerschütterlich über der Erhaltung des Friedens und der Einheit der WFG und stehen ein für die Ausbreitung und Vertiefung brüderlicher Verbindungen zwischen den Werktätigen der Sowjetunion und der sozialdemokratischen Staaten, wie auch jenen der kapitalistischen und kolonialen Länder.“

Zum Schluß hob Zawadzki hervor, daß die Gewerkschaften in den Ländern der Volksdemokratie dabei sind, in weitem Maße die reiche Erfahrung der sowjetischen Gewerkschaften auszuwerten.

Wikremasing, der Vertreter der Ceyloner Arbeitsföderation, berichtete über die Lage der werktätigen Massen in einer Reihe kolonialer Länder.

Er führte zahlreiche Tatsachen über den Terror und die Verfolgungen gegen die Werktätigen Malaysas, Birmas, Indonesiens und Ceylons an. „In diesen Ländern“, so sagte der Redner, „werden den Arbeitern nicht einmal die elementaren Rechte auf Lohn, auf ausreichende Verpflegung, auf Arbeitsschutz für Frauen und Kinder zuerkannt. In diesen Ländern besteht noch sklavische Zwangsarbeit. Unter den Verhältnissen der Kolonialunterdrückung wird der Kampf der werktätigen Massen für ihre sozialen und wirtschaftlichen Rechte zu einem Kampf für die nationale Befreiung.“

In der Diskussion zu den Referaten sprachen Deter vom FDGB Berlin, Ocampo, ein Delegierter der Werktätigen Chiles, Buckle von den werktätigen Negern Südafrikas. Invernizzi, ein Mitglied der italienischen Delegation, Sekretär der Mailänder Arbeitskammer, berichtete dem Kongreß von dem hartnäckigen Kampf der Werktätigen Italiens zum Schutz ihrer wirtschaftlichen Errungenschaften, die von den mit der marshallisierten

Regierung verbündeten Unternehmern bedroht werden. Bosi, Sekretär der Landarbeiterföderation Italiens, berichtete von dem jüngsten Streik der Landarbeiter und von dem heldenhaften Kampf der Werktätigen Italiens.

Zupka, Mitglied der tschechoslowakischen Delegation, und Stoica, Mitglied der rumänischen Delegation wiesen auf den großen Kontrast hin, der zwischen der Lage der Werktätigen in den Ländern der Volksdemokratie und der Lage derer in den marshallisierten Ländern sowie in den unter dem Joch der englischen, französischen und holländischen Imperialisten befindlichen Staaten besteht.

K. E. Kusnezowa, Mitglied der Sowjetdelegation, berichtete in ihrer Rede von den Errungenschaften der Gewerkschaften im Lande des Sozialismus.

Nach Abschluß der Diskussion ging der Kongreß zur Erörterung des nächsten Punktes der Tagesordnung über: Erfüllung von Artikel 13 des Statuts der Weltföderation der Gewerkschaften über die Bildung von Industrieabteilungen. Referate zu dieser Frage hielten Di Vittorio (Italien) und Boleslaw Gebert (Polen).

Über die Bildung der Internationalen Industrieabteilungen

Rede Di Vittorios

In seinem Referat betonte Di Vittorio, daß die in Artikel 13 der WFG-Statuten vorgesehene Schaffung von Industrieabteilungen für die internationale Gewerkschaftsbewegung von außerordentlicher Bedeutung sei.

„Ohne Industrieabteilungen“, so erklärte Di Vittorio, „kann die Föderation ihren Hauptaufgaben nicht gerecht werden, sie kann den Erfahrungsaustausch zwischen den Gewerkschaftsorganisationen der verschiedenen Länder nicht sicherstellen und desto weniger die einzelnen Phasen des von den Werktätigen geführten, allein auf sachlicher Grundlage möglichen Gewerkschaftskampfes leiten.“

„Es ist den Politikastern, die nichts mit den wirklichen Interessen der Arbeiterklasse gemein haben, gelungen“, so fuhr Di Vittorio fort, „eine gewisse Anzahl von Werktätigen zu betrügen und sie von der internationalen Gewerkschaftseinheit und der WFG loszureißen, indem sie demagogisch auf allgemeinpolitische Motive spekulierten. Es wird diesen Herren aber unvergleichlich schwererfallen, die Werktätigen daran zu hindern, daß sie ihre Aktionen im Kampf für ihre direkten

Wirtschaftsforderungen koordinieren und zusammenfassen.“

Di Vittorio ging ausführlich auf den kanadischen Seeleutestreik ein, der von den Hafenarbeitern Englands und Italiens unterstützt wurde.

„Schon 1945 hatten die Führer des britischen TUC als unerlässliche Bedingung verlangt, daß die Internationalen Industriesekretariate (IIS) der ehemaligen Amsterdamer Internationale in die Industrieabteilungen eingegliedert werden, sie verlangten vorbereitende Verhandlungen mit diesen IIS vor Einberufung der Gründungskonferenzen der neuen Industrieabteilungen.“

„Die Haltung, die die TUC-Führer einnahmen“, so hob Di Vittorio hervor, „hat gezeigt, daß sie bemüht waren, die Lebensinteressen der Werktätigen und den Willen der überwiegenden Mehrheit der Gewerkschaftszentralen den Interessen einer kleinen Gruppe von Bürokraten aus den ehemaligen IIS unterzuordnen. Während die WFG gesunde, demokratische Prinzipien für die Organisierung der Industrieabteilungen aufstellte, verlangten die IIS von allem Anfang an, den Industrieabteilungen solle völlige Autonomie gewährt

werden, sie sollten die Möglichkeit erhalten, gänzlich unabhängig von der WFG vorzugehen, wodurch sie sich in gesonderte, mit den anderen Industrieabteilungen nicht verbundene internationale Gewerkschaftszentralen verwandelt hätten, was in Wirklichkeit nicht zu einer Festigung, sondern zu einer Zersplitterung der internationalen Gewerkschaftseinheit geführt hätte.

Die Handlungsweise der von dem alten IIS-Bürokraten Oldenbroek geleiteten „Internationalen Transportarbeiterföderation“, die 1946 das von ihren eigenen Vertretern mit der WFG geschlossene Abkommen ablehnte und forderte, man solle ihr das Recht zuerkennen, selbst in allgemeinen Fragen der Gewerkschaftspolitik innerhalb der Industrieabteilungen gegen die Prinzipien der WFG aufzutreten, zeugte davon, daß die Spalter sich auf der Etappe des Nachkriegsaufschwungs der Arbeiterbewegung an den Organen der Gewerkschaftseinheit nur zu dem Zweck beteiligten, um in dem ihnen erforderlichen Augenblick einen Versuch zur Zerstörung dieser Einheit von innen her zu unternehmen. Angesichts des Strebens nach Verständigung, das die Exekutivorgane der WFG an den Tag legten, stellten die Gewerkschaftsbürokraten aus dem IIS immer neue und neue Forderungen auf. Sie lehnten den Statutenentwurf für die Industrieabteilungen, der vom Generalrat der WFG in Prag im Juni 1947 angenommen worden war, ab; auf der vorjährigen Pariser Tagung des Exekutivbüros lehnten Deakin, Carey und Kuper einen Antrag Di Vittorios ab, wonach den Werktagen — den Mitgliedern der Industrieabteilungen — selbst die Entscheidung der Frage der Statuten dieser Organisationen und ihrer Beziehungen zur WFG überlassen werden sollte. Zugleich erklärten Vertreter der IIS auf einer Beratung mit Mitgliedern des WFG-Exekutivbüros, daß sie jegli-

che Beziehungen zur WFG abbrechen, ohne irgendwelche Gründe zur Rechtfertigung dieses spalterischen Schrittes anzuführen.“

„Aus allen diesen Tatsachen“, so erklärte Di Vittorio, „geht mit restloser Klarheit hervor, daß die Spalter diesen Schritt schon im voraus geplant hatten, um in jedem beliebigen Augenblick den Imperialisten ihrer Länder einen Dienst erweisen zu können. Sie erachteten es für notwendig, die Organisierung von Industrieabteilungen zu verhindern, in denen sich die ehemaligen IIS auflösen sollten. Sie zogen es vor, die IIS als Grundlage für eine künftige Spalterorganisation bestehen zu lassen.“

Di Vittorio betonte: „Wenn wir die Obstruktion der Spalter so lange geduldet haben, so taten wir das ausschließlich in der Hoffnung, die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu retten.“

Sobald alle Hindernisse fortfielen, hat sich die WFG mit Enthusiasmus an die Arbeit gemacht. Das Exekutivbüro und das Exekutivkomitee faßten einen Beschuß über die sofortige Ausführung von Artikel 13 der Statuten und arbeiteten einen konkreten Arbeitsplan zur Schaffung von Industrieabteilungen aus. In kurzer Zeit sind bemerkenswerte Resultate erzielt worden. Vier Industrieabteilungen sind bereits gegründet. Andere werden sofort nach diesem Kongreß ins Leben gerufen. Ende d. J. werden bereits 12 Industrieabteilungen funktionieren. Die Weltföderation der Gewerkschaften vollendet ihre endgültige organische Struktur und erhält die Körperschaften, die für die Festigung der Gewerkschaftseinheit so notwendig sind.“

„Die Parole aller Industrieabteilungen“, so sagte Di Vittorio zum Schluß, „ist die Parole dieses Kongresses: Die Einheit bewahren und stets Vereinigung mit allen Werktagen suchen!“

Sitzungen vom 6. Juli

In der Diskussion zum Referat Di Vittorios sprach Gebert (Polen), der Bevollmächtigte des WFG-Sekretariats für die Organisierung von Industrieabteilungen.

Gebert betonte den internationalen Charakter der ersten Gründungskonferenzen der Industrieabteilungen, die im Juni d. J. einberufen worden waren. Auf der Gründungskonferenz der Industrieabteilung für die Werktagen der Hütten- und Maschinenbauindustrie, die in Turin stattfand, nahmen 62 Delegierte aus 17 Ländern als Vertreter von 7 536 700 Werktagen teil. Vertreten waren folgende Länder: Frankreich, Italien, Spanien, Deutschland, Luxemburg, Polen, Ungarn, Jugoslawien, Albanien, Rumänien, Australien, Indien, Venezuela, die Tschechoslowakei, Holland und die Sowjetunion sowie Triest. Außerdem waren Beobachter als Vertreter der Metallarbeiter

Großbritanniens, Kanadas, Finnlands und Belgiens anwesend.

Die Gründungskonferenz der Industrieabteilung der Lederarbeiter und Kürschner tagte in Gottwaldov (Tschechoslowakei). Ihr wohnten 35 Delegierte und 16 Beobachter bei, die 691 750 organisierte Werktagen folgender 16 Länder vertraten: Frankreich, Italien, Deutschland, Finnland, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Polen, die Sowjetunion, Bulgarien, Südafrika, China, Mongolei, Uruguay und Vietnam.

Aus den USA, Guatemala und Korea gingen Telegramme ein, in denen die Solidarität mit den Konferenzbeschlüssen bekundet wird.

Auf der Gründungskonferenz der Industrieabteilung der Textil- und Bekleidungsarbeiter in Lyon waren 3 113 417 Gewerkschaftsmitglieder durch 40 Delegierte aus 11 Ländern und durch zwölf

Beobachter vertreten, und zwar waren Vertreter aus folgenden Ländern anwesend: Frankreich, Italien, Holland, Spanien, Ungarn, Rumänien, Polen, Tschechoslowakei, Sowjetunion, Venezuela und Südafrika. Die Delegierten aus China, Deutschland und Jugoslawien konnten der Konferenz nicht beiwohnen, da ihnen die Visa verweigert worden waren. Die Delegierten Albaniens und Bulgariens konnten ebenfalls an der Konferenz nicht teilnehmen. Die Gewerkschaften dieser fünf Länder haben Telegramme gesandt, in denen sie sich völlig mit den gefaßten Beschlüssen solidarisierten.

Unmittelbar nach diesem Kongreß werden Gründungskonferenzen der Industrieabteilungen der Seeleute und Hafenarbeiter in Marseille, der Bergleute in Florenz und der Bau- und Holzarbeiter in Mailand stattfinden.

Weiter sprachen in der Diskussion Pfeiferova (Tschechoslowakei), Sekretär der Industrieabteilung der Lederarbeiter und Kürschner, Jourdain (Frankreich), Sekretär der Industrieabteilung der Metallarbeiter, und Delanove (Frankreich), Sekretär der Fachabteilung der Volksbildungsangestellten. Sie berichteten dem Kongreß von den Aufgaben und der Tätigkeit ihrer Abteilungen.

Jefanow, Mitglied der Sowjetdelegation, wies in seiner Diskussionsrede darauf hin, daß das Referat Di Vittorios mit aller Klarheit die Lebensnotwendigkeit internationaler Arbeitervereinigungen nach Industriezweigen gezeigt habe.

„Dennoch ist bekannt“, so sagte der Sowjetvertreter, „daß die WFG mehr als drei Jahre nach den Beschlüssen des ersten Weltgewerkschaftskongresses keine Industrieabteilungen geschaffen hat.“

Daß die Bildung der Industrieabteilungen um mehr als drei Jahre verzögert wurde, ist ausschließlich das Verschulden der Führer des britischen TUC und des amerikanischen CIO, die keineswegs die Absicht hatten, die Kongreßbeschlüsse über die Bildung von Industrieabteilungen durchzuführen. Wie die späteren Ereignisse

gezeigt haben, ging es ihnen nur um Untergrbung der WFG und um Spaltung ihrer Reihen.

Das Exekutivkomitee der WFG ist im Januar d. J., als die Sabotage durch die Führer des CIO und des TUC im Zusammenhang mit ihrem Austritt aus der WFG aufhörte, sofort darangegangen, Industrieabteilungen zu gründen. Die ersten vier sind bereits gebildet und funktionieren, und zwar die der Werktaugen der Hütten- und Maschinenbauindustrie, der Textil- und Bekleidungsarbeiter, der Lederarbeiter und Kürschner sowie der Volksbildungsangestellten.“

„Die ganze Tätigkeit der Industrieabteilungen“, so sagte der Delegierte der Sowjetgewerkschafter, „hat den Zielen und Prinzipien der WFG zu entsprechen, die die Interessen aller Arbeiter in ihrer Gesamtheit widerspiegeln. Im Einklang mit dem Vorhergesagten müssen folgende Fragen zum Aufgabenkreis der Industrieabteilungen gehören:

1. Schutz der gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Werktaugen;
2. Kampf für eine Hebung ihres Lebensstandards und für Sicherstellung von Arbeit;
3. Begrenzung der Arbeitszeit und Vollbeschäftigung;

4. Kampf gegen Diskriminierung in der Arbeitsgesetzgebung nach Merkmalen der Rasse, des Geschlechts, des Alters u. a. m.;

5. Kampf für die Einführung eines Systems restloser Sozialversicherung;

6. Gewährung jährlicher Urlaube bei voller Bezahlung;

7. Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Betrieb;

8. Förderung der Schulung und der Berufsausbildung der Werktaugen.

Die Sowjetdelegation schlägt vor, die Tätigkeit des WFG-Exekutivkomitees und des WFG-Sekretariats für die Schaffung von Industrieabteilungen gutzuheißen; ferner, das Exekutivkomitee zu beauftragen, in nächster Zeit Gründungskonferenzen der Industrieabteilungen vorzubereiten und durchzuführen, die vom Kongreß in Aussicht genommen sind.“

Sitzungen vom 7. Juli

Auf der Morgensitzung begann der Kongreß mit einer Erörterung der Frage der Gewerkschaftsarbeit in den Ländern Asiens, Afrikas, Australiens und Lateinamerikas.

Das Referat über die Lage und Tätigkeit der Gewerkschaften Australiens und Neuseelands hielt Ernest Thornton. Er verlas außerdem einen Bericht über die Gewerkschaftsarbeit in den Ländern Asiens, der von dem Referenten zu dieser Frage, dem Führer der chinesischen Delegation, Liuninji, dem die italienische Regierung das Ein-

reisevisum versagt hatte, aus Prag eingesandt worden war.

In dem Bericht beleuchtet Liuninji die Lage und Tätigkeit der Gewerkschaften in China, Nordkorea, der Mongolischen Volksrepublik, Vietnam, Indonesien, Japan, Südkorea, Indien, Birma, auf Ceylon, in Malaya und Siam, auf den Philippinen und in den Ländern des Nahen Ostens (Irak, Libanon, Iran, Türkei, Ägypten).

Hiernach hielt Alain Le Léap (Frankreich) ein Referat über die Gewerkschaftsbewegung in den

Ländern Afrikas — in Algerien, Marokko, Tunis, Ägypten und im Englisch-Ägyptischen Sudan.

Das Referat über die Gewerkschaftsbewegung der Werktätigen der lateinamerikanischen Länder

und ihren Kampf gegen das ökonomische Vordringen der USA hielt Lombardo Toledano.

Nach den Referaten wurde die Diskussion eröffnet.

* * *

Auf der Abendsitzung beteiligten sich acht Redner an der Diskussion, darunter Vertreter von Gewerkschaftszentralen Tunis', Südafrikas, des Libanon, Syriens, Boliviens und Brasiliens. Mit

großer Aufmerksamkeit folgte der Kongreß der Rede Alischer Beisenows, eines Mitglieds der Sowjetdelegation, Vorsitzenden des Gewerkschaftsrats der Kasachischen Republik.

Rede des Sowjetdelegierten Alischer Beisenow

Alischer Beisenow berührte in seiner Rede die Gewerkschaftsbewegung der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas und wies darauf hin, daß die werktätigen Massen der Kolonien und abhängigen Länder infolge des Wirtschaftens der Imperialisten unter Elend, Hunger, Arbeitslosigkeit, unmenschlicher Ausbeutung, Rassendiskriminierung und völliger politischer Rechtlosigkeit zu leiden haben.

„Ganz anders ist die Lage der Werktätigen dort“, sagte Beisenow, „wo die imperialistische Unterdrückung zunichte gemacht ist, wo das Volk wahre nationale Unabhängigkeit errungen hat. Im befreiten Territorium Chinas und in Nordkorea sind durch Abwerfung der imperialistischen Knechtschaft und Durchführung grundlegender sozialer und wirtschaftlicher Umgestaltungen die Voraussetzungen für eine unbegrenzte Hebung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Werktätigen geschaffen.“

Die englisch-amerikanischen Imperialisten führen einen Kampf gegen die nationale Befreiungsbewegung in Asien und suchen sie in Blut zu erstickern. Aber aus den Tatsachen, die auf dem Kongreß angeführt wurden, haben wir gesehen, daß trotz aller Ränke der Imperialisten der Kampf der Völker Indonesiens, Vietnams, Birmas, Malayas, Südkoreas und der Philippinen weiter anwächst und erstarkt. Es wachsen und erstarken die Arbeiterorganisationen, die die leitende Kraft der nationalen Befreiungsbewegung sind. In den Nachkriegsjahren ist in den Ländern Asiens, Afrikas, Lateinamerikas und Australiens ein Zunehmen der Streikbewegung festzustellen. In Indien und Japan kennt die Streikbewegung der Nachkriegszeit ihrem Ausmaß nach in der ganzen Geschichte der Arbeiterbewegung dieser Länder nicht ihresgleichen.

Das Wachstum der demokratischen Gewerkschaftsbewegung in den Kolonien und abhängigen Ländern bildet auf dem Wege zur Verwirklichung der imperialistischen Pläne einer weiteren Versklavung dieser Länder ein ernstliches Hindernis. Die reaktionären Regierungen der Länder

Asiens, Afrikas und Lateinamerikas treiben auf Anweisung der englisch-amerikanischen Interventionen die fortschrittlichen Gewerkschaften in die Illegalität, sie nehmen Massenverhaftungen unter ihren Führern vor, verprügeln Führer der Arbeiterbewegung, schießen sie nieder oder richten sie hin. Allein in Indien wurden mehr als 15 000 aktive Mitglieder der demokratischen Gewerkschaftsorganisationen wegen ihrer Zugehörigkeit zu den Gewerkschaften ins Gefängnis geworfen. In Japan und Südkorea setzen die reaktionären Marionettenregierungen Yoshidas und Li Seung Mans gemeinsam mit den amerikanischen Besatzungsbehörden die Tätigkeit der demokratischen Gewerkschaften Verfolgungen aus und begehen Willkürakte und Exzesse an Gewerkschaftsfunktionären und Teilnehmern von Arbeitdemonstrationen und -kundgebungen.

Die amerikanischen Besatzungsbehörden erlauben den Vertretern der Arbeiter Japans und Südkoreas nicht, internationale Verbindungen herzustellen.“ „Der Kongreß“, erklärte Beisenow, „kann die empörende Tatsache nicht unerwähnt lassen, daß der Stab MacArthurs den demokratisch gewählten Delegierten der japanischen Gewerkschaften die Reise nach Italien, zum zweiten Weltgewerkschaftskongreß verwehrt hat.“

Neben den Blutgerichten, die die Regierungen der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas unter den Arbeitern halten, ziehen sie auch polizeiliche Pseudogewerkschaften zur Bekämpfung der Arbeiter auf.

Um den Gewerkschaften der Kolonien und der abhängigen Länder praktische Hilfe zu leisten und die Lage der Werktätigen zu verbessern, hat die WFG eine Reihe von Maßnahmen getroffen. Eine Kommission der WFG reiste nach Japan, Südkorea, dem Iran und Tunis. Es würde eine Konferenz der Gewerkschaften des afrikanischen Kontinents einberufen. Die WFG legte wiederholt Protest gegen die Verfolgung der demokratischen Gewerkschaftsorganisationen und ihrer Führer ein. Aber die Führer des britischen TUC und des

amerikanischen CIO gaben sich alle Mühe, die Maßnahmen der WFG zu vereiteln. Besonders sinnfällig war die Sabotage der Führer des CIO und des TUC gegen die Beschlüsse, die auf dem Pariser Kongreß über Einberufung einer Gewerkschaftskonferenz für die Länder Asiens gefaßt worden waren.

Nachdem die reaktionären Führer des TUC und des CIO gemeinsam mit der AFL die WFG verlassen hatten, verstärkten sie unter Ausnutzung von Methoden der Gewalt, Erpressung, Verleumdung, Intrige und Bestechung die Wühlarbeit in Asien, Afrika, Lateinamerika und Australien.

Die Sowjetdelegation, erklärte Beisenow weiter, „ist der Ansicht, die WFG müsse die Hilfeleistung an die Gewerkschaften der Kolonien und der abhängigen Länder auch weiterhin als wichtigste Aufgabe der Föderation betrachten. Um die wirtschaftliche Lage der Werktäglichen in den Kolonien und abhängigen Ländern zu verbessern und den demokratischen Gewerkschaften dieser Länder zu helfen, aber auch um der Erzielung eines dauerhaften und lang währenden Weltfriedens willen hält die Sowjetdelegation es für notwendig, daß der zweite Weltgewerkschaftskongreß das neugewählte Exekutivkomitee der WFG beauftragt, an den Wirtschafts- und Sozialrat der UNO die Forderung zu richten, er solle auf der nächsten Ratstagung einen Bericht der WFG über die Verletzung der demokratischen und gewerkschaftlichen Freiheiten in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas anhören; es soll beauftragt werden, gemeinsam mit der UNO-Kommissionen nach Indien, dem Iran, der Süd-

afrikanischen Union, Brasilien, Chile und Venezuela zu entsenden, um die Lage an Ort und Stelle zu untersuchen. Um den Kampf für die Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse der Werkstätigen und um die Hilfe an die Gewerkschaften der Länder Asiens und Afrikas noch wirksamer zu gestalten, schlägt die Sowjetdelegation vor, den Antrag auf Einberufung einer Konferenz der Gewerkschaften der Länder Asiens und einer Konferenz der Gewerkschaften der Länder Afrikas sowie auf Schaffung eines Verbindungsbüros der WFG in Asien zu unterstützen.

Die Exekutivorgane der WFG sind zu beauftragen, von der indischen Regierung Freilassung des Genossen Dange, eines Mitglieds des WFG-Exekutivkomitees und Generalsekretärs des Allindischen Gewerkschaftskongresses, sowie anderer führender Funktionäre dieses Kongresses zu fordern; von der Regierung des Iran ist zu verlangen, daß das Todesurteil, das über Reza Rusta, den Sekretär des Zentralen Vereinigten Gewerkschaftsrates des Irans gefällt wurde, aufgehoben wird; bei der englischen Regierung ist Protest einzulegen gegen die verbrecherischen Ausschreitungen gegen Genapathy und Veerasenan, Führer der malaiischen Gewerkschaftsföderation; ein Protest ist zu richten an die Regierung der USA gegen die groben Verletzungen der Potsdamer Deklaration und der Beschlüsse der Fernostkommission über die Demokratisierung Japans sowie dagegen, daß den Gewerkschaftsorganisationen der japanischen Arbeiter und der Arbeiter Südkoreas die elementaren demokratischen Rechte genommen werden.

* * *

Dann hielt Renato Bitossi (Italien) das Kongreßreferat zum nächsten Punkt der Tagesordnung, „Das Problem aus- und einwandernder (migrierender) Arbeitskräfte und ihre wirtschaftliche und soziale Gleichstellung“.

Am Schluß der Sitzung nahm der Kongreß unter stürmischem, lang anhaltendem Beifall einstimmig die von einer Kommission ausgearbeitete Resolution zum Rechenschaftsbericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Weltföderation der Gewerkschaften an.

* * *

Die Mandatskommission des zweiten Weltgewerkschaftskongresses veröffentlichte einen zusammenfassenden Bericht über die Vertretung der Gewerkschaftszentralen der verschiedenen Länder auf dem Kongreß. Reynaud (Frankreich), der Vorsitzende der Mandatskommission, teilte mit, daß vollständige, präzisierte Angaben zufolge 225 Delegierte der Gewerkschaftszentralen von 34 Ländern aller Kontinente auf dem Kongreß anwesend sind, und zwar: der Sowjetunion, Frankreichs, Italiens, Deutschlands (FDGB), Polens, der Tschechoslowakei, Luxemburgs, Hollands, Rumäniens, Bulgariens, des republikani-

schen Spaniens, Finnlands, Ungarns, Griechenlands, des Freistaates Triest, Albaniens, Zyperns, Südafrikas (Neger- und Indergewerkschaften), Vietnams, Ceylons, Tunis' Nordrhodesias, Syriens, des Libanon, des Staates Israel, Jugoslawiens, Mexikos, Guatemalas, Kubas, Kostarikas, Chiles, Brasiliens, Boliviens und Australiens.

Außer der angegebenen Zahl der Delegierten sind noch acht Delegierte von den Metallarbeitern, den Lederarbeitern, Textilarbeitern und Volksbildungsgestellten — je zwei von jeder Industrieabteilung — zu nennen.

Die der WFG angeschlossenen 10 Gewerkschaftszentralen (China, Japan, Nordkorea, Südkorea, Indien, Birma, Philippinen, Kanada, Kolumbien und Uruguay) konnten keine Delegierten zum Kongreß entsenden, in den meisten Fällen deshalb, weil ihnen von den Behörden der entsprechenden Länder die Ausreisevisa bzw. die Einreisevisa für Italien verweigert worden waren. Die Gewerkschaften der Mongolischen Volksrepublik konnten keine Delegierten mehr schicken, weil diese Gewerkschaften erst unmittelbar vor Eröffnung des Mailänder Kongresses auf Beschuß des Exekutivkomitees in die WFG aufgenommen worden waren.

Die Gesamtzahl der auf dem Kongreß vertretenen und der WFG angehörenden Gewerkschafts-

mitglieder beläuft sich in allen 45 Ländern auf 71 786 515. Außerdem nehmen am Kongreß als „Beobachter“ 27 Vertreter von Gewerkschaftszentralen teil, die nicht der WFG angehören, und zwar aus folgenden 14 Ländern: Kanada, Belgien, Island, Finnland, Österreich, Südafrika, Argentinien, Australien, Neuseeland, Pakistan, Ceylon, Ecuador, Guatemala und Venezuela.

Internationale demokratische Organisationen — die Internationale Demokratische Frauenföderation, die Weltföderation der Demokratischen Jugend, die Weltföderation der Wissenschaftler, die Internationale Journalistenorganisation — haben ihre offiziellen Vertreter zum Kongreß entsandt.

Sitzungen vom 8. Juli

Auf der heutigen Morgensitzung des zweiten Weltgewerkschaftskongresses wurde die Diskussion zur Frage der Gewerkschaftsarbeit in den Ländern Asiens, Australiens, Afrikas und Lateinamerikas abgeschlossen. An der Diskussion beteiligten sich Delegierte der Gewerkschaften von Vietnam, Kostarika, Chile, Algerien, Australien, Tunis und Ekuador.

Im Laufe der Diskussion ergriff der Führer der Sowjetdelegation, W. W. Kusnezow, das Wort zu folgender Erklärung: „Die Sowjetdelegation legt dem zweiten Weltgewerkschaftskongreß nahe, sich entschieden für zehn griechische Seeleute, Funktionäre der griechischen Gewerkschaftsbewegung einzusetzen.“

Diese treuen Söhne der Arbeiterklasse waren zur Zeit der Hitlerokkupation in Griechenland aktive Kämpfer der Widerstandsbewegung. Nach der Befreiung des Landes kämpften sie für seine Demokratisierung und für die Hebung des Lebensstandards der Werktätigen. Für ihren opferwilligen Dienst an ihrem Volke wurde die Gruppe griechischer Seeleute im vorigen Jahr von der monarchistisch-faschistischen Regierung zum Tode verurteilt. Dies niederträchtige Urteil wurde

nur deshalb nicht vollstreckt, weil sich demokratische und gesellschaftliche Organisationen sowie die UNO-Vollversammlung eingemischt haben. Aber die griechischen faschistischen Monarchisten lehzen danach, mit den verurteilten und im Gefängnis befindlichen Seeleuten abzurechnen.

Wir sind der Ansicht, der Kongreß kann dem Geschick dieser Kämpfer der Arbeiterbewegung Griechenlands nicht gleichgültig gegenüberstehen und muß gegen das Strafgericht, das gegen die griechischen Genossen vorbereitet wird, Protest erheben.

Die Sowjetdelegation schlägt vor, bei den Regierungen Griechenlands, der USA und Englands sowie bei der UNO entschiedenen Protest gegen das Todesurteil einzulegen und im Namen der 71,5 Millionen in der WFG zusammengefaßter Werktätiger die sofortige Freilassung der unschuldigen Opfer des monarchistisch-faschistischen Terrors zu fordern.“

Der Kongreß äußerte einmütig seine Zustimmung zu dem Vorschlag der Sowjetdelegation.

Auf der Morgensitzung wählte der Kongreß den Generalrat der WFG, dem Vertreter aller Gewerkschaftszentralen angehören.

* * *

Die erste Sitzung des neuen Generalrats der Weltföderation der Gewerkschaften (WFG), der auf dem zweiten Weltgewerkschaftskongreß gewählt wurde, fand statt. Der Generalrat wählte Louis Saillant einstimmig zum Generalsekretär der WFG.

Als der Vorsitzende der abendlichen Plenarsitzung des Kongresses, Di Vittorio, den Beschuß des Generalrats mitteilte, begrüßten alle Kongreßdelegierten den Generalsekretär der WFG, Saillant, mit lang anhaltendem Beifall. Danach verlas

Thornton (Australien), der Vorsitzende der Geschäftsordnungskommission, das von der Kommission ausgearbeitete Projekt einer Ergänzung zu den WFG-Statuten. Dieser Ergänzung zufolge, die die einstimmige Billigung des Kongresses fand, wird das Exekutivkomitee der WFG aus 32 ordentlichen Mitgliedern und 32 Kandidaten statt der bisherigen 22 Mitglieder und 22 Kandidaten bestehen. Alle Mitglieder des Exekutivkomitees werden den Kongreß als Ganzes vertreten, nicht aber die geographischen oder industriellen Einheiten.

Die Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden der WFG, die vom Exekutivkomitee gewählt werden, wird von 7 auf 11 erhöht.

Am Schluß der Sitzung wählte der Kongreß das Exekutivkomitee, dem angehören: Kusnezow, Sollowjow, Kusnezowa, Beresin, Alachwerdijew, Oljunina (UdSSR); Frachon, Le Léap, Monmousseau (Frankreich); Di Vittorio und Santi (Italien); Dange (Indien); Liuschaotsi, Liuninji (China); Zupka (Tschechoslowakei); Zawadzki (Polen); Apostol (Rumänien); Apro (Ungarn); Warnke

(Deutschland); Reza Rusta (Iran); el-Ariss (Libanon) und Gewerkschaftsführer anderer Länder Europas, Afrikas, Amerikas und Asiens.

Thornton (Australien) wurde als Vertreter der Industrieabteilungen ins Exekutivkomitee aufgenommen. Die im Exekutivkomitee für Vertreter der Gewerkschaften der USA, Kanadas, Großbritanniens, der skandinavischen Länder, Japans, Koreas und einer Reihe anderer Länder bestimmten Sitze bleiben bis auf weiteres, bis zu künftigen Beschlüssen unbesetzt.

Sitzung vom 9. Juli

Am Abend des 9. Juli kam der zweite Weltgewerkschaftskongreß zum Abschluß. Auf der Schlußsitzung gab Saillant, der Generalsekretär der WFG, bekannt, daß das Exekutivkomitee der WFG auf seiner ersten Sitzung in Mailand Giuseppe Di Vittorio zum Vorsitzenden der WFG gewählt habe. Als stellvertretende Vorsitzende wurden gewählt: Kusnezow (Sowjetunion), Le Léap (Frankreich), Liuninji (China), Lombardo Tole-dano (Lateinamerika), Blokzijl (Holland), Dange (Indien), Peña (Kuba), Dialo Abdullah (Afrika); die Plätze zweier stellvertretender Vorsitzender, die für Vertreter der USA und Englands bestimmt sind, blieben unbesetzt.

Der Kongreß nahm die Mitteilung über die Wahl Di Vittorios, Kusnezows, Liuninjis, Le Léaps, Danges und der anderen Funktionäre auf führende Posten der WFG mit stürmischem, lang anhaltendem Beifall auf.

Mit neuem Beifall und dem Gesang der „Internationale“ begrüßte der Kongreß den von Croizat, einem Vertreter der Allgemeinen Arbeitskonföderation Frankreichs, verlesenen Wortlaut des Manifests zum Schutz des Friedens, der demokratischen Rechte und der Wirtschaftsinteressen der Werktätigen, für die Festigung der Einheit der Arbeiterklasse. Dieses Manifest sowie der Aufruf an die Arbeiter und Mitglieder der Gewerkschaften der USA, Englands u. a., deren Führer den Austritt aus der WFG erklärt haben, wurden vom Kongreß einstimmig angenommen.

Außerdem faßte der Kongreß eine Resolution zu den Referaten Kusnezows und Santis über die allgemeine Politik und den Kampf der Weltföderation der Gewerkschaften für den Frieden, die demokratischen Rechte der Völker und die internationale Gewerkschaftseinheit; über die Tätigkeit der WFG und die der Landesgewerkschaftszentralen zum Schutz der wirtschaftlichen und sozialen

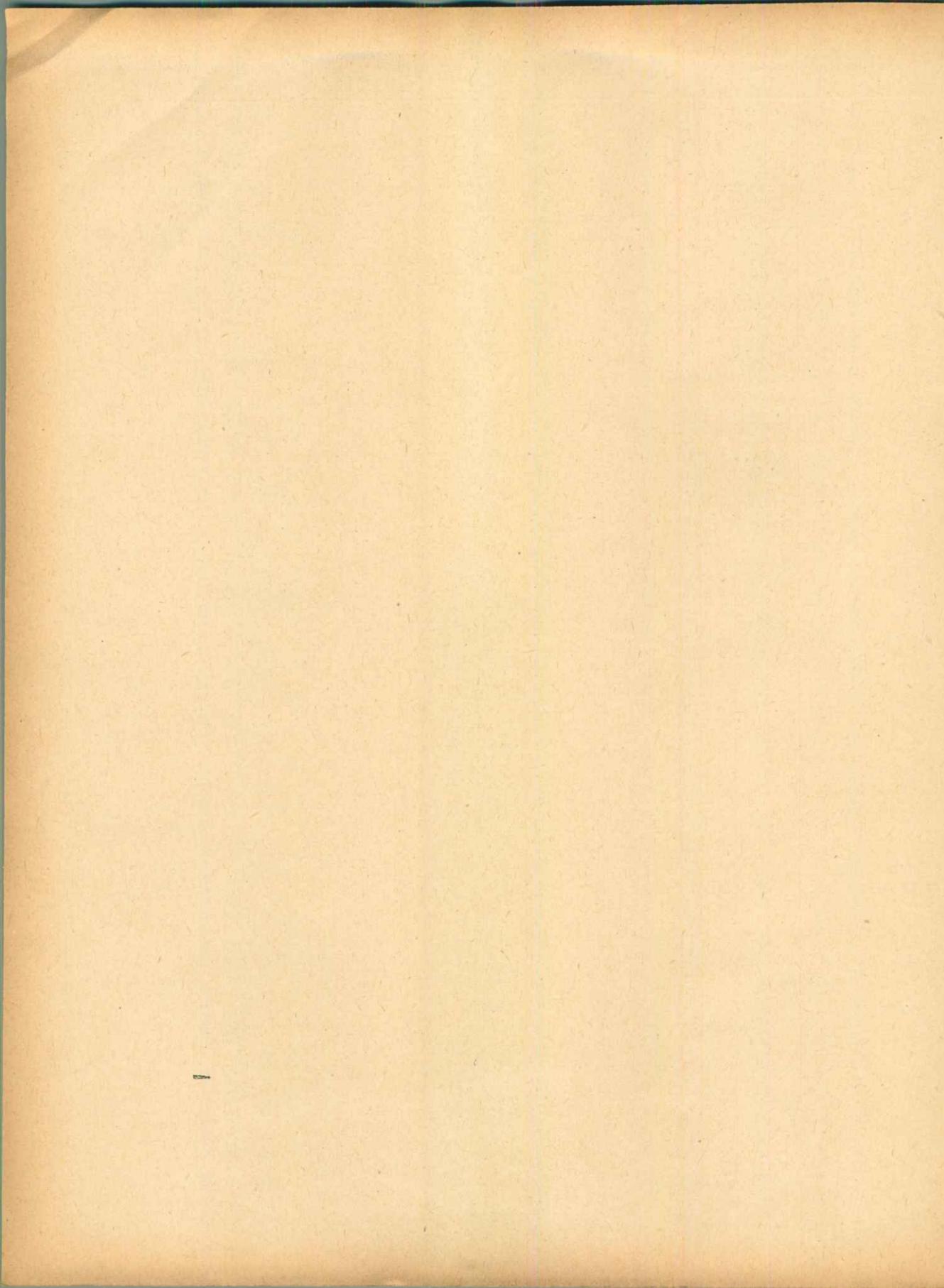
Interessen der Werktätigen; über die Industrieabteilungen der WFG; eine Resolution zum Schutz der zehn griechischen Seeleute und Kämpfer der Gewerkschaftsbewegung, die von den faschistischen Monarchisten zum Tode verurteilt wurden.

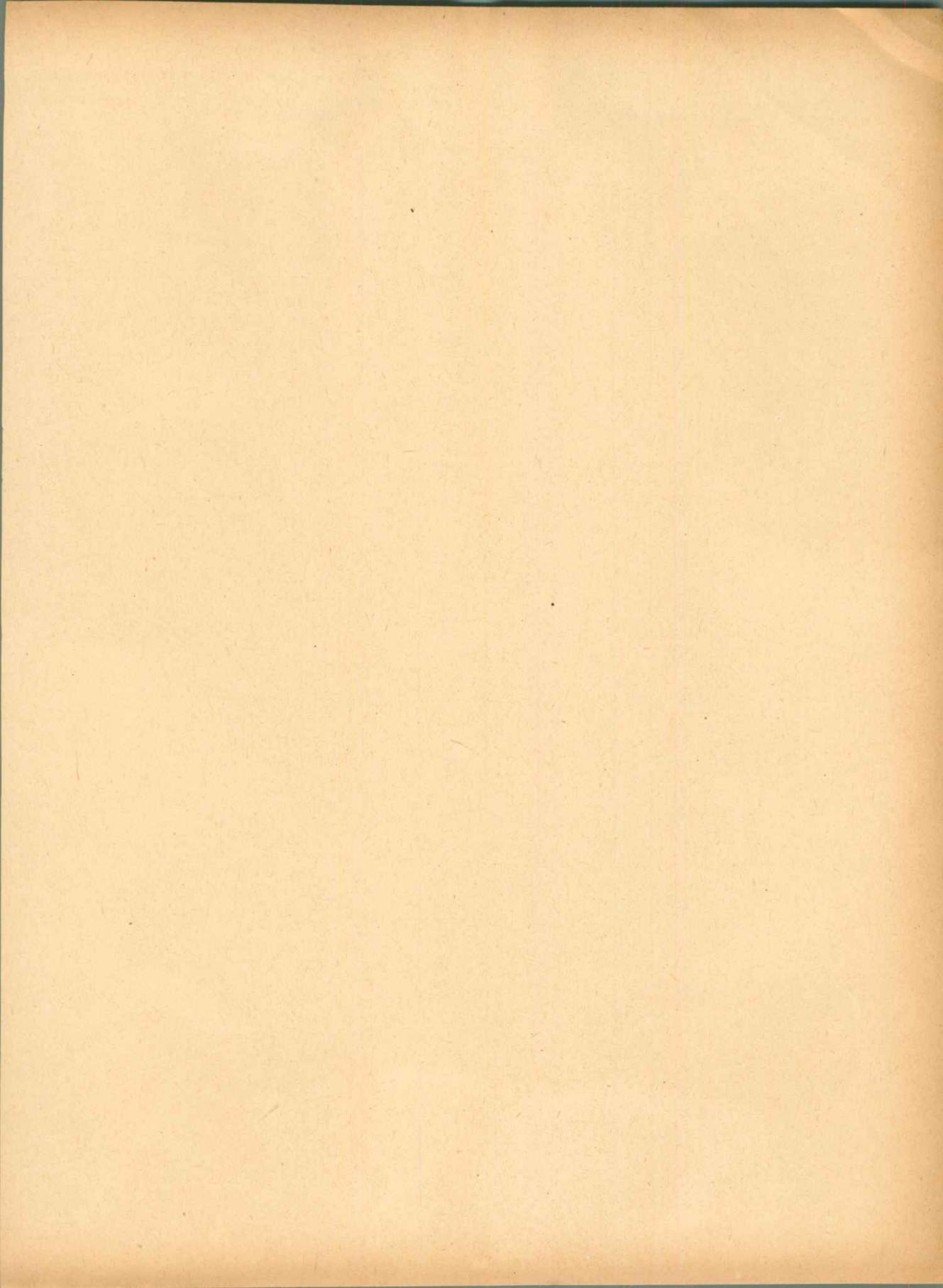
Resolutionen zu anderen Fragen wurden an das Exekutivbüro der WFG zur endgültigen Bearbeitung weitergeleitet.

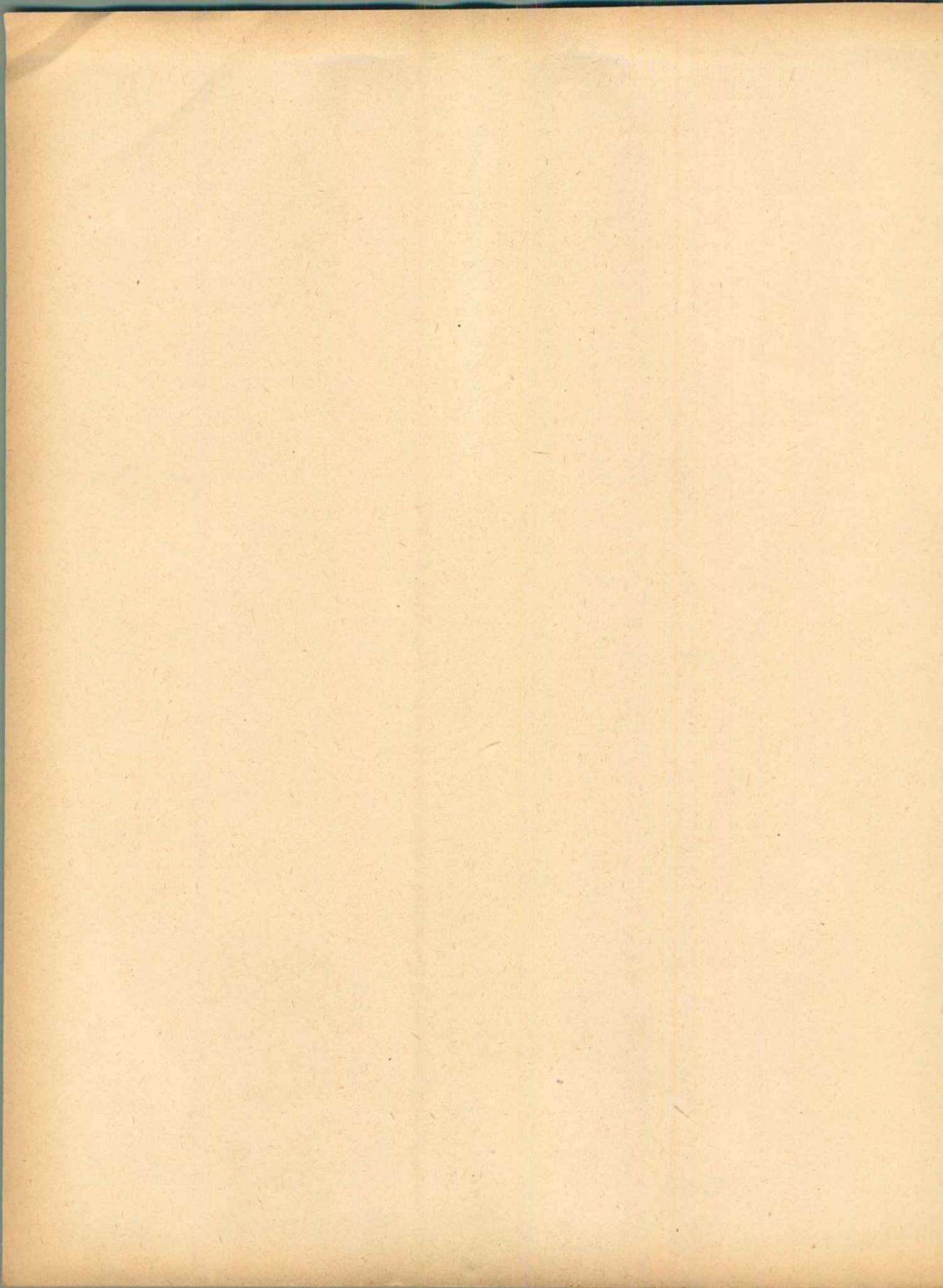
Di Vittorio, der Vorsitzende der WFG, hielt seine Schlußrede, in der er betonte, daß dieser Kongreß die Kräfte der WFG und die Kräfte des internationalen Proletariats gestählt habe, die eine neue, mächtvolle Waffe zur Stärkung der Welteinheit der Werktätigen im Kampf für ihre Rechte, für Freiheit, Demokratie und Wahrung des Friedens erhalten haben. „Dieser Kongreß“, so sagte Di Vittorio, „hat gezeigt, daß die WFG die einzige wirklich internationale Organisation der Arbeiterklasse ist, die die Fähigkeit hat, in ihren Reihen die Einheit des Proletariats aller Länder der Welt zustande zu bringen. Er hat den englisch-amerikanischen Kriegsbrandstiftern, die das Lager der imperialistischen Reaktion anführten, gezeigt, daß sie nicht die Herren der Welt sind: die Werktätigen der kapitalistischen und der kolonialen Länder sind gemeinsam mit ihren Brüdern im sozialistischen Teil der Welt, der sich befreit hat, eine unbezwingliche Kraft, ein unerschütterliches Bollwerk des Friedens und Fortschritts.“

Di Vittorios Aufforderung, die internationale Solidarität der Werktätigen und ihr mächtiges Bollwerk — die große WFG — zu stärken, wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Alle Delegierten erhoben sich von ihren Plätzen, stimmten die „Internationale“ und die Hymne des italienischen Proletariats, „Bandiera Rossa“, an. Ein Beifallssturm brauste lange durch den Saal.

Das Manifest und die Resolutionen des Kongresses folgen in der Beilage zur nächsten Nummer der Zeitschrift.







und ihre Redlichkeit bewiesen.“ Eine andere bürgerliche Zeitung, „Daily Mirror“, hat sich nicht geniert, den Kommissionsbericht unter der Überschrift: „Die besten Zeitungen der Welt“ zu veröffentlichen.

In Londoner Journalistenkreisen wird jedoch behauptet, daß skandalöse Vorgehen der von den Labouristen zusammengestellten Königlichen Kommission sei sehr einfach zu erklären. Die Herren der konservativen Zeitungstruse hätten den entsprechenden Instanzen „einen Wink mit dem Zaunpfahl“ gegeben: sollte irgend jemand es wagen, ihr schmutziges Busineß aufzudecken, so werde dies sofort zu sensationellen Enthüllungen einiger anscheinend nicht minder schmutziger Geheimnisse der Labourpresse führen. Es ist z. B. bekannt, daß Hauptaktionär des Zentralorgans der Labourpartei „Daily Herald“ gegenwärtig der Bankier und Börsenspekulant Cousins ist, während das Kontrollaktienpaket der führen-

den labouristischen Wochenschrift „New Statesman and Nation“ augenblicklich im Besitz des Schokoladenmonopols Cadbury Brothers Ltd. ist.

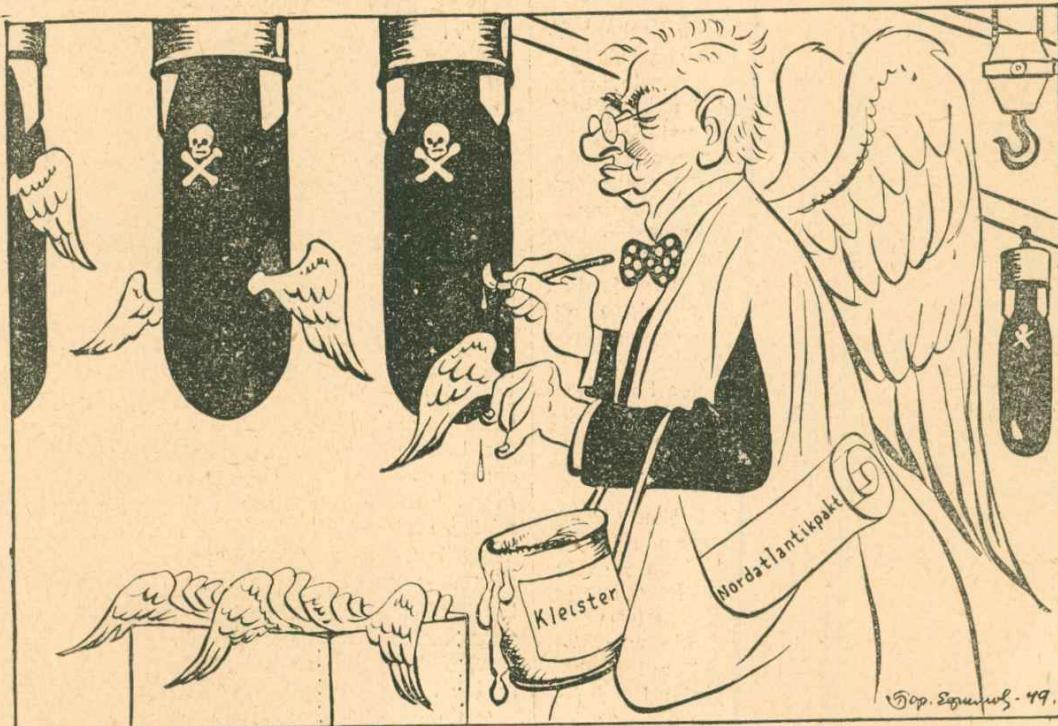
Eine Hand wäscht die andere. Die Herren der konservativen sowie der labouristischen Presse sind in gleichem Maße daran interessiert, die übelriechenden Geheimnisse ihrer Zeitungsküche zu wahren.

DIE KANADISCHEN SEELEUTE UND DIE LONDONER HAFENARBEITER

Die Arbeiter im Londoner Hafen streiken. Der Streik, der am 27. Juni begann, hat schon nahezu 9000 Arbeiter, ein Drittel aller im Hafen Beschäftigten, erfaßt. Durch den Streik sind etwa hundert Schiffe stillgelegt worden. Die englische Regierung versuchte erfolglos, den Streik durch Einsatz von Truppen und Schiffstechnikern für Löscharbeiten abzuwürgen. Die bürgerliche Presse speit Gift und Galle, nennt den Kampf der Hafen-

DIE „FRIEDENS“BEMALUNG DES SENATORS CONNALLY

Connally, Vorsitzender des USA-Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, strebt die baldigste Bestätigung des Nordatlantischen Vertrags an und ist deswegen eifrig bemüht, den aggressiven Charakter dieses Vertrags zu tarnen, indem er ihn als Dokument „zur Förderung des Friedens“ hinstellt.



Zeichnung von BORIS JEFIMOW

arbeiter ein „Komplott der Roten“ und droht den Streikführern mit Repressalien.

Zum Kampf gegen die Streikenden haben sich sowohl die Reeder als auch die Gewerkschaftshäuptlinge, unter dem Kommando des bekannten Spalters der Arbeiterbewegung, Deakin, und die Mitglieder der Labourregierung zusammen geschlossen. Arbeitsminister Isaacs und Premierminister Attlee stießen unmissverständliche Drohungen gegen die Streikenden aus. Der Labourabgeordnete Mellish erklärte vor kurzem einem Pressevertreter, er habe die Absicht, der MI-5, der berüchtigten Abteilung für Militärsionage, „Enthüllungen“ betreffs des Streiks zu übergeben, wobei er nach dem üblichen Brauch von Umtrieben „kommunistischer Elemente“ redete.

Die Wut der regierenden Kreise über den Hafenarbeiterstreik ist kein Zufall, demonstriert dieser Streik doch anschaulich, daß die demokratischen Kräfte in der Arbeiterbewegung Englands in einem Tempo wachsen, das sich um so mehr beschleunigt, je enger sich die Schlinge der Wirtschaftskrise um den Hals des englischen Volkes zusammenzieht. Gleichzeitig zeigt der Streik der Hafenarbeiter, daß die Arbeitermassen der Idee der internationalen proletarischen Einheit treu sind.

Schon Anfang April hatte der kanadische Seeleuteverband den Streik erklärt, und zwar als Protest gegen eine von den Reedern geplante Lohnsenkung und gegen ein Komplott der Unternehmer mit der „American International Seamen's Union“, einer der AFL angeschlossenen und zum Kampf gegen die fortschrittlichen Seeleuteverbände aufgezogenen Streikbrecherorganisation.

Die englischen Werktätigen unterstützten ihre kanadischen Kollegen. Die Arbeiter in den englischen Häfen weigerten sich, die kanadischen Schiffe zu löschen. Die Unterstützung der englischen Arbeiter gab den Besatzungen zweier kanadischer Schiffe, die in London Anker geworfen hatten, die Möglichkeit, in ultimativ Form von den Reedern die Erfüllung der Forderung der Seeleute zu verlangen, nämlich den Verzicht auf die geplante Lohnsenkung und auf die Anerkennung der Streikbrecherorganisation.

Aus Furcht, die Forderung der Seeleute könnte durch einen Streik der 27 000 Londoner Hafenarbeiter unterstützt werden, veranlaßten die englischen Behörden die kanadischen Reeder zum Nachgeben. Nach zwei Tagen stellte sich jedoch schon heraus, daß das nur eine Finte war, daß die Unternehmer ihre Pläne nicht aufgegeben hatten. Die Besatzungen der zwei im Londoner Hafen liegenden kanadischen Schiffe nahmen den Streik wieder auf. Sie wurden von 9000 Londoner Hafenarbeitern unterstützt.

So liegen die Dinge. Vergebens versucht die englische Gewerkschaftsleitung, den Kampf der kanadischen Seeleute als einen Konflikt zwischen zwei Gewerkschaften, und die Unterstützung dieses Kampfes durch die Londoner Hafenarbeiter als „kommunistische Verschwörung“ hinzustellen. Der Kampf der Seeleute bedeutet die Verteidigung ihrer Interessen gegen die Unternehmeroffensive, der Londoner Hafenarbeiterstreik aber eine leuchtende Bekundung der internationalen Solidarität.

Das ist die vom Kampfgeist getragene Antwort der ergebenen Söhne der englischen Arbeiterklasse auf die Umtriebe ihrer Feinde, die bestrebt sind, die in der Weltföderation der Gewerkschaften verkörperte internationale Einheit der Werktätigen zu sprengen.

EIN PLAN ZUR WIEDERHERSTELLUNG DER EINHEIT UND UNABHÄNGIGKEIT KOREAS

Ende Juni fand in P-hjöng-jang der Gründungskongreß der Demokratischen Vaterländischen Einheitsfront Koreas statt.

Dem Kongreß wohnten 667 Delegierte bei, die 71 Parteien und gesellschaftliche Organisationen Nord- und Südkoreas vertraten. Achtundzwanzig südkoreanische Delegierte wurden auf dem Wege nach Südkorea verhaftet; den übrigen gelang es jedoch, alle Hindernisse zu überwinden und am Kongreß teilzunehmen. Unter den Delegierten Südkoreas waren Vertreter der Partisanen.

Wie der stellvertretende Vorsitzende des vorbereitenden Ausschusses zur Gründung der Demokratischen Vaterländischen Einheitsfront, der Delegierte der Arbeitspartei Südkoreas, Ho Hung, in seinem Kongreßreferat hervorhob, hat Korea alle Voraussetzungen, ein unabhängiger Staat zu werden. Der Einheit und Unabhängigkeit Koreas steht jedoch die aggressive Politik der USA und die verräterische Handlungsweise der amerikanischen Günstlingsclique Li Seung Mans im Wege. Zwischen den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen Nordkoreas und denen Südkoreas besteht ein großer Unterschied.

„Im nördlichen Teil Koreas herrschen Demokratie, Friede, Licht und Fortschritt. Im südlichen Teil Koreas herrschen Unterdrückung, Gesetzlosigkeit, Finsternis und Zerstörung“, erklärte Ho Hung.

Das vom Kongreß ausgearbeitete Programm stellt der Demokratischen Vaterländischen Einheitsfront Koreas folgende Ziele:

„Erkämpfung der Einheit und Unabhängigkeit Koreas; Gewährleistung der demokratischen Entwicklung des Landes; Liquidierung der Überreste des Feudalismus; Entwicklung der Volkswirtschaft und der nationalen Kultur sowie Hebung des Volkswohlstandes.“

Der Kongreß nahm einen Aufruf an das koreanische Volk an, in dem er alle demokratischen politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen des Nordens und des Südens, das gesamte koreanische Volk auffordert, die friedliche Vereinigung des Landes durchzusetzen. Für diese Vereinigung wurde ein konkreter Plan vorgeschlagen. Seine erste und unerlässliche Voraussetzung und Forderung besteht im unverzüglichen Abzug der USA-Truppen aus Südkorea. Der Kongreß macht den Vorschlag, im September 1949 in Süd- und Nordkorea gleichzeitig Wahlen zu einer einheitlichen obersten gesetzgebenden Körperschaft des Landes vorzunehmen. Diese soll die Verfassung der Republik Korea annehmen und auf deren Grundlage die Regierung bilden. Damit aber die Wahlen tatsächlich frei seien, sind im Süden alle Repressalien gegenüber den demokratischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen einzustellen und dem Volke die demokratischen Rechte und Freiheiten zu gewährleisten. Der Kongreß fordert Wahlen unter Leitung eines Komitees, zusammengesetzt aus Vertretern der demokratischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen, die die friedliche Vereinigung des Landes wünschen. Ein solches Komitee soll nach Vorschlag des Kongresses auf einer Beratung von Vertretern der demokratischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen Süd- und Nordkoreas gebildet werden, und diese Vertreter werden auch den Gesamtplan der friedlichen Vereinigung des Landes besprechen. Die Beschlüsse des Kongresses sind von der Bevölkerung ganz Koreas, sowohl seines nördlichen als auch seines südlichen Teils, mit Begeisterung aufgenommen worden.

UNTER DER WEISEN AMERIKANISCHEN LEITUNG

Im Japan MacArthurs ist es nicht ruhig. In der „Sphäre der gemeinsamen amerikanisch-japanischen Prosperität“ spielen sich Ereignisse ab, die die japanischen Reaktionäre und ihre amerikanischen Lehrmeister in Unruhe versetzen. Ein Streik löst den anderen ab, es wird demonstriert, Zusammenstöße mit der Polizei sind an der Tagesordnung.

Die wirtschaftliche und politische Unterjochung Japans durch die USA-Monopole treibt das Land einer Katastrophe entgegen. Schon jetzt machen sich die Zeichen des nahenden Zusammenbruchs bemerkbar. Die Preise steigen, und mit ihnen wächst das Elend. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu: nach den Angaben der Arbeiterorganisationen wird die Zahl der Arbeitslosen unter Einschluß der Familienmitglieder bald ein Viertel der gesamten Bevölkerung des Landes ausmachen.

Die japanischen Reaktionäre und ihre amerikanischen Bosse versuchen, die Aufmerksamkeit der Werktätigen von den wahren Ursachen, von der Schuldigen an dieser Notlage abzulenken. Das Neueste, was auf diesem Gebiet hervorgebracht wurde, übertrifft alles Bisherige an Zynismus. Amerikanische „Sachverständige“ haben festgestellt, schuldtragend an der schweren wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung Japans sei diese Bevölkerung selbst: man müsse begreifen, daß die Japaner sich zu schnell vermehren. Da die Geburten nicht kontrolliert werden, würden zu viele minderwertige Menschen geboren, die unfähig seien, sich und ihre Familien zu ernähren.

Wie man sieht, wird außer Gangsterromanen und Hollywoodfilmen auch die Pseudowissenschaft der amerikanischen Rassen„theoretiker“ nach Japan exportiert. Sie paßt den japanischen Reaktionären gut in den Kram. Professor Toda hat einen Plan ausgearbeitet, nach dem es den Japanerinnen verboten werden soll, im Laufe der nächsten fünf Jahre zu heiraten und Kinder zu gebären. Vor kurzem hat die japanische Regierung außerdem ein „eugenisches Schutzgesetz“ angenommen. Um „die Ausbreitung einer vom Standpunkt des eugenischen Schutzes minderwertigen Nachkommenschaft zu verhüten“, sieht das Gesetz die Zwangssterilisierung von Verbrechern und Personen vor, die als geistig oder körperlich minderwertig befunden worden sind, ferner auch solcher Personen, die, sei es auch nur in der vierten Generation, „minderwertige Verwandte“ haben. Die Zwangssterilisierung erfolgt nach dem barbarischen „eugenischen Schutzgesetz“ auf Gerichtsbeschuß.

Es ist mühelos ersichtlich, daß sich die amerikanischen Aufklärer Japans gar nichts Neues ausgedacht haben: Sterilisierungsgesetze und Minderwertigkeitstheorien gehören zum Bestand der kannibalischen Theorie und Praxis Hitlerdeutschlands. Japan hat es unter der weisen Leitung MacArthurs wirklich nicht weit gebracht.

In englischen Schulen

(Notizen eines Pädagogen)

S. SCHUNDENKO

ICH hatte Gelegenheit, als Mitglied einer Delegation in England zu weilen, die eingeladen worden war, an einem Kongreß des Landeslehrerverbandes teilzunehmen und sich mit dem System der Volksbildung im Lande bekannt zu machen. Durch verzögerte Ausfolgung des Visums wurde ich aufgehalten, und als ich in London ankam, war der Lehrerkongreß schon zu Ende. Ich schloß mich meinen Genossen N. Parfionowa und F. Kalinin an, und wir reisten durch England.

Zwei Wochen verbrachten wir in Manchester, Glasgow, Edinburg und einigen anderen Städten. Wir besichtigten Oxford. Da wir die Organisation des Bildungswesens in England möglichst eingehend kennenlernen wollten, reisten wir manchmal getrennt. Als Hochschulfachmann interessierte ich mich besonders für die Universitäten. Außer Oxford besuchte ich die Universität Cambridge. Ich weilte auch in einem der ältesten Zentren agrarwissenschaftlicher Forschungsarbeit: in der Rothamstede landwirtschaftlichen Versuchsstation.

Wo wir uns auch aufhalten mochten, überall beobachteten wir, wie die Jugendbildung und Erziehung durch das System der Ausbeutung und Profitjagd verunstaltet wird.

Schon als wir in London die erste Schule besuchten, fiel uns folgende Tatsache in die Augen. Bereits in frühem Alter unterzieht man alle Kinder einem sogenannten „test“, d. h. einer Probe, einer Prüfung, und teilt sie in drei Kategorien ein. In die erste Kategorie (Gruppe „A“) reiht man Kinder ein, die, wie die Pädagogen behaupten, „Talent für Wissenschaften“ zeigen. Das sind die Anwärter auf Hochschulbildung und dementsprechend auf höhere Amtsstellungen im Staats- und Wirtschaftsapparat des Landes. Sie werden in den Schulen als Sondergruppe nach einem Lehrplan, der gesteigerte Anforderungen stellt, unterrichtet.

Natürlich gelangen selbst aus dieser Kategorie bei weitem nicht alle in die Hochschulen. Die endgültige Auslese erfolgt unabhängig von den Ergebnissen des „test“: Chancen, eine Hochschulbildung zu erhalten, haben diejenigen Kinder, deren Eltern über genügende Mittel verfügen.

Zur zweiten Kategorie (Gruppe „B“) gehören die meisten. In diese reiht man die „geistig

weniger entwickelten“ Kinder ein. Das Schicksal der Jungen und Mädchen aus Gruppe „B“ ist im voraus entschieden. Das sind künftige geistige Arbeiter, kleinere Angestellte und Hausfrauen. In Gruppe „B“ nehmen Bearbeitung von Metallen, Tischlerei, technisches Zeichnen und Mechanik einen großen Raum in dem Lehrplan für Knaben ein; in dem für Mädchen: Kochen, Nahrungsmittelchemie und -technologie, Wäschewaschen, Handarbeiten sowie Haushaltsführung.

Die dritte Kategorie (Gruppe „C“) bilden „geistig zurückgebliebene“ Kinder. Für sie existieren Sonderschulen, in denen man elementare Kenntnisse und Handfertigkeiten beibringt. Uns wunderte die verhältnismäßig große Zahl „geistig zurückgebliebener“ Kinder in England. Bald jedoch begriffen wir, daß es sich hier nicht um das Entwicklungs niveau des Kindes handelt, sondern um den großen Bedarf der Unternehmer an Schauerleuten und anderen ungelernten Arbeitern.

Wir waren über diese unverhüllte Klasseneinstellung zum Schicksal der jungen Engländer überrascht. Wie viele Begabungen versacken zweifellos in den Kategorien „B“ und „C“! Welche Verdammnis schwebt über der zu formenden Psyche des Kindes. Ich konnte kaum an mich halten, um nicht mit den konservativen Pädagogen in einen heftigen Streit zu geraten. Gern wäre ich zur Verteidigung tausender Kinder von Werktagen aufgetreten, die vom Durchbruch zum Wissen träumen. Aber ich fragte nur einen der Pädagogen:

„Machen Sie denn bei solcher „Sortierung“ der Kinder wirklich keinen Fehler?“

„Nein“, erwiderte er sehr selbstbewußt und fügte vielsagend hinzu: „Aber wenn wir auch Fehler machen, das Leben korrigiert uns.“

Natürlich „korrigiert“ das Leben: die kapitalistische Realität versperrt den Kindern der Werktagen hermetisch den Zugang nicht nur zur Hochschul-, sondern auch zur Mittelschulbildung. Selbst amtlicher Statistik zufolge sind 80 Prozent der Schüler aus Mangel an Mitteln genötigt, im Alter von 14 Jahren den Schulbesuch aufzugeben und Arbeit zu suchen. Harold G. Laski hat einmal in der Hitze der Polemik gegen den Bildungsminister Tomlinson folgendes Geständnis von sich gegeben:

„Da für die meisten Kinder die Wahl der Laufbahn hauptsächlich eine Sache des elterlichen Einkommens und Berufs ist, bauen wir eine demokratische Fassade, hinter der immens viel Bildungsarbeit getrieben wird, die in ihrem innersten Wesen undemokatisch ist.“

In Cambridge und Oxford läßt sich schwerlich ein Student aus einer Arbeiterfamilie auffinden. Um die Universität zu beziehen, muß man nicht nur eine Ausleseprüfung bestehen, erforderlich ist auch die Entrichtung der Immatrikulationsgebühr, der Prüfungsgebühren, der Studiengelder, der Gebühren für Bibliotheksbenutzung, usw. Aber das ist noch nicht alles. Infolge der akuten Wohnungskrise kosten Zimmer in den Studentenheimen der Universitäten und in Privatpensionen unmäßig viel. Auch die Studentenspeisung ist sehr teuer. Die Universitätsbildung ist im Labour-England ein Privileg der Bourgeoisie. Wie ein grimmiger Hohn auf Wahrheit und Gerechtigkeit klingen die Thesen der Universität London, deren Aufgabe

„es ist, allen Bevölkerungsklassen ... sowohl im Vereinigten Königreich als auch anderwärts ... die Möglichkeit des Empfangs regulärer und freier Bildung zu gewähren“.

Apropos „freie Bildung“: In gesteigertem Maße trichtert man den englischen Studenten die Version ein, die Universitäten seien „frei“ und „unabhängig“ von den Monopolvereinigungen. Davon hörten wir gleichfalls des öfteren.

„Die Universitäten sind selbständige und unabhängige“, versicherte man uns. „Sie erhalten keine Mittel von den Industriellen.“

Aber so ist das durchaus nicht. Tatsächlich existieren manche Colleges im Grunde von „Wohltätigkeits“spenden der Krösusse, die auf diese Weise ihren Namen zu verewigen wünschen. Das ist jedoch eher Ausnahme denn Regel. Hauptexistenzquellen der Universitäten sind Zuschüsse kapitalistischer Firmen und Verbände, Geldbewilligungen laut Staatshaushalt und Zuwendungen seitens der Gemeindeverwaltungen. Diese Tatsache wird zu demagogischen Zwecken getarnt. Im Gespräch mit uns erklärte ein Professor, der Leiter eines Laboratoriums der Universität Cambridge:

„Wir erhalten keinerlei Vorschüsse. Wenn die erzielten Ergebnisse unserer wissenschaftlichen Untersuchungen bei den Industriellen Interesse finden, so werden sie von ihnen gekauft und patentiert.“

Jedoch aus weiteren Gesprächen erhellt, daß die Universität Cambridge bereits in diesem Jahr von einem Industriellenverband eine Riesensumme für wissenschaftliche Forschungsarbeiten

erhalten hat. Für welche? Hierüber schwieg der Professor.

Größere Offenherzigkeit bekundete der Leiter eines Colleges der Universität Manchester. Er erklärte geradeswegs, daß die Laboratorien des Colleges Forschungsarbeiten nach Aufträgen von Industriellen durchführen und hierfür „soviel Geld wie nötig“ bekommen.

* * *

Aus London begaben wir uns nordwärts, nach Schottland. In Manchester hatten wir Aufenthalt. Hier empfing man uns mit kühler Zurückhaltung. Man versprach uns, eine Versammlung der städtischen Lehrer einzuberufen, um uns die Möglichkeit zu bieten, mit breiten Lehrerkreisen zusammenzukommen, ihnen von der Organisation der Volksbildung in der Sowjetunion zu berichten und selber, wie man es nennt, Mitteilungen aus erster Hand zu empfangen. Aber dies Versprechen wurde nicht gehalten. Offenbar gefiel es manchem nicht, daß die Lehrer bei einem ähnlichen, in London veranstalteten Treffen lebhaftestes Interesse für das Schulwesen in unserem Land an den Tag gelegt hatten. Die Gewerkschafter von Manchester hielten auch nicht ihr zweites Versprechen: betreffs Veranstaltung einer Rundfunkkundgebung, an der wir teilnehmen sollten. Statt dessen luden sie uns zu einem Diner ein, dem etwa 20 dortige Gewerkschaftsfunktionäre beiwohnten.

In Manchester besuchten wir die Universität und einige Schulen, insbesondere die Ardwick Central School, eine der besten, die wir im Lande sahen. Mit Mr. Piek, dem Direktor dieser Schule, einem alten erfahrenen Pädagogen, unterhielten wir uns über ein Thema, das uns seit dem ersten Tag unseres Aufenthaltes in England erregte. Es handelt sich um körperliche Züchtigung von Kindern. Diese barbarische „Erziehungsmethode“ ist dort weit verbreitet. Für mehr oder weniger ernste Verfehlungen schlägt man die Kinder — sowohl Jungen wie Mädchen — mit fabrikmäßig hergestellten dreischwänzigen Riemenpeitschen! Man schlägt sie in der Unterrichtsstunde im Beisein der ganzen Klasse, man schlägt sie auch im Arbeitszimmer des Direktors.

„Wie kann man sich mit einer solchen Methode aussöhnen?“ fragten wir Mr. Piek. „Protestieren denn die Eltern nicht?“

„Ich bin der Ansicht, daß diese Methode für sich selbst spricht“, entgegnete Mr. Piek. „Die Eltern mischen sich nicht in unser Schulsystem ein, aber viele Lehrer treten gegen die Anwendung von Körperstrafen auf... Ich selber wende sie

sehr selten an“, fügte er, gleichsam zur Entschuldigung, hinzu.

Einen peinlichen Eindruck machte auf uns die katholische Schule im Bezirk Glasgow. Hier wird ein Kult mit der Peitsche getrieben. Der Schuldirektor — ein Mensch mit dem unbarmherzigen und bösen Gesicht eines Inquisitors — besitzt weder einen wissenschaftlichen Grad noch auch bloß pädagogische Bildung. Aber er ist ob seiner Unwissenheit durchaus nicht betreten. Er hat seine eigene Erziehungs„theorie“.

„Furcht ist der Haupthebel zur psychologischen Einwirkung auf die Kinder“, erklärte er uns in einem Ton, der keinen Widerspruch duldet. „Furcht vor den Älteren, vor der Staatsgewalt und vor Gott. Der Schüler soll sich fürchten, dann ist er gehorsam und verläßlich. Ich verstehe es, ihn zur Gefügigkeit zu zwingen.“

Um uns die Wirkung seiner „Fähigkeit“ zu demonstrieren, bat uns der Direktor in den Korridor. Die Pause war zu Ende. Die Glocke ertönte. Rasch stellten sich die Kinder in Reih und Glied auf und marschierten im Stechschritt wie gedrillte Soldaten in die Klassen. Wir schauten den an uns vorbeimarschierenden Knaben und Mädchen ins Gesicht. Kein einziges Lächeln! Nicht ein Schatten kindlichen Übermuts auf den versteinerten Gesichtchen. Nur einige sahen uns einen Moment kurz und neugierig an. Aber ihre Blicke wanderten sogleich zum Direktor, und die Neugier wich augenblicks der Angst...

Der Direktor entwickelte weiterhin seine „Theorie“, teilte mit, daß er jeden Tag etwa ein Dutzend Kinder mit der Peitsche züchtigt, und äußerte den lebhaften Wunsch, uns die Exekution vorzuführen. Heute hatte er — man höre und staue! — sein gewöhnliches Prügelpensum noch nicht erledigt.

Wir verzichteten entschieden auf solch ein widerwärtiges Schauspiel und verließen eilends die Schule. Beim Vorbeigehen an dem Kruzifix, das am Eingang aufgestellt ist, dachte ich: Parole dieser Schule — Kreuz und Peitsche. Genau wie vor dreihundert Jahren!

Man muß indes feststellen, daß immer mehr Lehrer, besonders Junglehrer, für die Demokratisierung des Volksbildungswesens in England eintreten. Sie verlangen ferner fortschrittliche Reformen in System der Bildung und der Kindererziehung, insbesondere Abschaffung der Körperstrafen. Es werden auch Stimmen laut, die den Schutz der Schuljugend vor dem verderblichen Einfluß reaktionärer Kirchenmänner erheischen.

Während der Schulbesichtigungen lernten wir die Lehrpläne kennen und wohnten auch beträchtliche Zeit dem Unterricht bei. Wir mußten uns über die fast vollkommene Unwissenheit der

Schüler betreffs der Sowjetunion wundern. Die Frage: „Was weißt du von der Sowjetunion?“ brachte viele Kinder in Verlegenheit. Man mußte „sich korrigieren“: „Was weißt du von Rußland?“ Sie antworteten beispielsweise so: „Rußland ist ein Land im Osten. Seine Hauptstadt ist Moskau.“ Einige, die sich an eine Schulstunde von unlängst erinnerten, fügten hinzu: „Im Jahre 1812 wollte Napoleon es unterwerfen, erlitt jedoch eine Niederlage.“ Und das war zumeist alles.

Es gab natürlich Ausnahmen. Ich entsinne mich, wie in einer Mittelschule von Manchester ein magerer Halbwüchsiger, der keine schlechte Kenntnis der Geographie und der Gesellschaftsordnung unseres Landes bekundet hatte, zum Schluß erklärte:

„Die Sowjetunion ist ein Land, das keinen Krieg will und für den Frieden kämpft. Ich selber würde, wenn ich es könnte, auch gegen die kapitalistischen Aggressoren auftreten.“

Aber das waren nicht in der Schule, sondern in der Familie erworbene Kenntnisse. Der Sowjetunion wird in den Lehrplänen der englischen Schulen annähernd ein Zehntel des Raums zugesiesen, der in Sowjetschulen England zuerkannt wird. Im Gespräch mit uns sagten viele Lehrer, daß sie die Kinder eingehend mit der Sowjetunion vertraut machen möchten. Aber die Volksbildungsinstanzen hören nicht auf die Meinung fortschrittlicher Pädagogen, und die Lehrpläne bleiben unverändert.

Die Lehrmittel bieten den Kindern in den meisten Fällen nicht die objektive Wirklichkeit, sondern die dümmste sowjetfeindliche Verleumdung. Ich sah bei den Schülern ein Buch, in dem ein bäriger Mensch mit irgendeiner unvorstellbaren Schirmmütze abgebildet war. Die Unterschrift lautete: „A Moscow worker“ (ein Moskauer Arbeiter). Das gleiche Machwerk wurde mir von der Leiterin einer Schulbibliothek vorgelegt, als ich sie fragte, welche Bücher über die Sowjetunion in der Bibliothek vorhanden seien.

„Solche Bücher gibt es nicht“, antwortete sie. „Aber in dem hier steht etwas über Rußland.“

Selbstverständlich haben die Studenten zumeist eine umfassendere Vorstellung von der Sowjetunion. Aber das vorhandene Schrifttum befriedigt nur in unbeträchtlichem Maß ihr Interesse für unser Land, während die Bourgeoisresse, die dies Interesse ausschlachtet, ihnen faustdicke Lügen über die Wirtschaft, die Kultur und die Außenpolitik der Sowjetunion auftischt. Oft bekunden die Studenten völliges Unverständnis für die Grundsätze unseres Lebens und für das Wesen der Sowjetmenschen. Wir unterhielten uns mit einer Gruppe Studenten der Universität Oxford.

Sie stellten uns folgende Fragen:

„Was geschieht mit einem Studenten, der die Moskauer Universität absolviert hat, wenn er reich wird? Wo investiert er sein Kapital? Hat er das Recht, Fabrikant zu werden?“

„Gelingt es allen Sowjetstudenten, nach Abschluß des Studiums Arbeit in ihrem Spezialfach zu finden?“

Ich erklärte den jungen Menschen, daß der Sowjetjugend die volle Möglichkeit gewährleistet ist, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten anzuwenden, und ich dachte: das sind die Sorgen der englischen Studentenschaft.

* * *

In England mangelt es offensichtlich an Schulen. Sie sind überlastet: in den Klassen sitzen 40, 45 und sogar 50 Schüler. Die Gebäude sind größtenteils alt, sie erheischen gründliche Instandsetzung. Das Schulbauprogramm der Labourregierung wird indes nicht durchgeführt. Außerdem wurden viele Schulräume, die in den Kriegsjahren von militärischen und anderen Behörden besetzt waren, den Kindern bisher nicht zurückgegeben.

Premierminister Attlee entwarf in einer Rede auf dem Kongreß des Landeslehrerverbands ein unerfreuliches Bild des Zustands, in dem sich der Schulbau befindet. Aber er erachtete es für nötig, hervorzuheben, daß die Situation jetzt immerhin ein wenig besser sei als vor mehreren Jahrzehnten... Eigenartiger englischer Humor!

Im Gespräch mit Lehrern erfuhren wir zu unserer nicht geringen Verwunderung, daß überaus viele von ihnen ledig sind. Die Ursache ist, wie sich herausstellte, bei allen die gleiche: die sehr schwere materielle Lage. Sie haben keine Mittel, um Frau und Kinder zu ernähren.

Die Schullehrer sind die am niedrigsten entlohnte Kategorie der Geistesschaffenden. Ein Mittelschullehrer erhält in England jährlich 300 Pfund Sterling. Das ist der Lohn eines unqualifizierten Arbeiters.

Das Gehalt einer Lehrerin ist um 10—15 Prozent niedriger als das eines Lehrers: ein Ergebnis jener Diskriminierung von Frauenarbeit, die sich in England fast überall wahrnehmen läßt.

„Wir kämpfen um Gehaltsaufbesserung für die Lehrer“, sagten uns die Gewerkschaftsfunktionäre. „Auch der Frage gleicher Arbeitsentlohnung für Männer und Frauen widmen wir große Aufmerksamkeit.“

Als wir baten, zu präzisieren, mit welchen Mitteln sie kämpfen und welches die Ergebnisse sind, erwies es sich, daß die Sache nicht über den Rahmen von Diskussionen und frommen Wünschen hinausgeht. Die Diskussionen dauern schon viele Jahre an, zeitigen aber keinerlei Resultate. Eben

das heißt jedoch bei den englischen Gewerkschaftsbossen „Kampf für Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse der Werktätigen“...

* * *

Wie erholt und zerstreut sich die Jugend in England? Als wir hiernach fragten, wies man uns vor allem auf den Sport hin. Die Jugend liebt den Sport. Kinder, junge Burschen und Mädchen spielen mit Begeisterung Kicket, Netzbau und Tennis. Sehr entwickelt ist das Fußballspiel. Die Schuljugend treibt Sport auf den Sportplätzen bei den Schulen. Komplizierter ist die Lage der Arbeiterjugend. Für Sportgeräte braucht man Geld. Es mangelt auch an Sportplätzen. Jetzt gibt es sie in weit geringerer Zahl als vor dem Krieg.

Hauptsächlich zerstreut sich die Jugend durch Kino und Tanz. Viele Pädagogen sprechen voll Kummer darüber, welch zersetzen Einfluß die amerikanischen Filme, mit denen die englischen Kinos überschwemmt sind, auf Kinder und Jugendliche ausüben. Um es den Helden dieser Filme gleichzutun, begehen die Kinder Verbrechen. Selbst der zweifellos herabgesetzten amtlichen Statistik zufolge hat 1948 die Anzahl der Kinder unter 14 Jahren, die wegen Verbrechen abgeurteilt wurden, um 26 Prozent, die Anzahl der kriminellen Halbwüchsigen von 14 bis 17 Jahren um 23 Prozent gegenüber 1947 zugenommen. Natürlich hat die Kinderkriminalität vor allem soziale Ursachen, aber ihr Anwachsen wird durch Hollywoodfilme und durch ein die Gangster verherrlichendes Schrifttum gefördert.

Eines Abends machten wir einen Abstecher in den Jugendklub der lokalen Gemeindeverwaltung im Bezirk der Londoner Docks. Das ist ein düsteres einstöckiges, barackenähnliches Gebäude. Der ganze Club besteht aus einem kleinen Saal und zwei Büroräumen. Die Ausstattung des Saals ist außergewöhnlich dürftig. Richtiger gesagt: es ist keine Ausstattung vorhanden. Kahle graue Wände. Keinerlei Dekoration. Ringsum Schmutz und Staub. Längs der Wände zusammengerückte Bänke. Auf dem Grammophon dreht sich eine völlig „abgespielte“ Schallplatte. Zu den schrillen, stockenden Klängen eines abgeschmackten Fox-trots tanzen einige Dutzend Paare junger Burschen und grellgeschminkter Mädchen.

Man stellte uns den Klubleiter vor. Wir baten ihn, über die Aufgaben und die Arbeit des Klubs zu berichten.

„Das ist ein Club der Arbeiterjugend“, erklärte er. „Unser Ziel ist es, die jungen Burschen und Mädchen zu beschäftigen, den üblen Einfluß der Gasse zu mildern. Hier tanzen sie, lernen einander kennen, suchen sich die Frau oder den Mann aus.“

„Aber was veranstalten Sie außer Tanz?“

„Wir haben sehr wenig Mittel, darum ist unsere kleine Bibliothek armselig. Aber wir veranstalten Vorlesungen. Für die Mädchen haben wir ein juridisches Seminar eingerichtet. So gab es unlängst eine Aussprache über das ‚Recht‘ eines Mädchens auf einen jungen Mann, der ihm eine Liebeserklärung gemacht hat. Jetzt weiß sie, daß, falls ihr Geliebter sein Eheversprechen bricht, sie ihn gerichtlich festhalten kann...“

* * *

Wir hatten auch sehr frohe Begegnungen, die einen tiefen Eindruck hinterließen. Vor allem waren dies Kundgebungen, die von den aus

Paris heimgekehrten Delegierten des Weltkongresses der Friedensanhänger durchgeführt wurden. Wir weilten auf einigen solchen Kundgebungen in Arbeitersiedlungen und Städten Schottlands. Die Reden der Sowjetlehrer erweckten auf diesen Kundgebungen größtes Interesse. Die einfachen Menschen Englands bekundeten ihren Willen zur Entwicklung und Festigung der Freundschaft sowie der Handels- und Kulturverbindungen mit der Sowjetunion. Wieder und immer wieder überzeugten wir uns davon, daß breite Schichten des britischen Volks, zum Unterschied von ihren Machthabern, nach Frieden düsten und zusammen mit den anderen Völkern für den Frieden kämpfen.

Ein Besuch bei den Frauen Frankreichs

N. GREKOWA

Abgeordnete des Obersten Sowjets der UdSSR

IN MARSEILLE, der größten Stadt Südfrankreichs, fand der dritte Kongreß des Verbands französischer Frauen statt, zu dem eine sowjetische Frauendelegation eingeladen worden war.

Am ersten Kongreßtag spielte sich in dem Marseiller Ausstellungspalais eine symbolische Episode ab. Im Kongreßpräsidium begegneten einander zwei Frauen. Die eine von ihnen war Jelena Nikolajewna Koschewaja, die Mutter Oleg Koschewois, eines Helden der Sowjetjugend, der sein Leben für die Freiheit seines Vaterlands hingab. Die andere war Mme. Périni, die Mutter Danielle Casanova, einer von den hitlerfaschistischen Henkern zu Tode gemarterten Helden der französischen Jugend. Beide Frauen saßen nebeneinander; die hochgewachsene dunkelhaarige Koschewaja und die schmächtige grauhaarige Périni. Stehend applaudierte der ganze Saal den Müttern der Helden, deren Namen den Völkern der Welt heilig sind.

Schon diese Begegnung war eine klare Antwort auf die Frage, warum Frankreichs einfache Frauen gemeinsam mit denen aller anderen Länder so energisch und entschlossen in den Kampf für den Weltfrieden getreten sind. Sie gedenken ihrer Verluste und der Opfer anderer Völker. Sie erinnern sich sehr wohl an die Heldentat des Sowjetlands, das unter dem Einbruch der faschistischen Räuber am schwersten gelitten hat. Auf dem Kongreß trat eine Frau zu Jelena Koschewaja und schenkte ihr zum Andenken ihr Visitenkärtchen, auf dem geschrieben stand:

„Alice Lemair. Eine französische Mutter, die drei Söhne und ihren Mann verloren hat. Sie wurden in den Jahren 1942/43 von den Deutschen erschossen...“

Solche wie Frau Périni und Frau Lemair gibt es in Frankreich zu Hunderten und zu Tausenden. Wir sahen und hörten sie auf dem Kongreß, auf Kundgebungen und in Aussprachen.

... In dem großen Saal, der mit Landesfahnen und mit Porträts von Helden der französischen Widerstandsbewegung geschmückt war, hörten 1500 Delegierte aufmerksam den Rechenschaftsbericht Mme. Eugénie Cottons, der Vorsitzenden des Verbands französischer Frauen. Sie berichtete über die Erfolge der demokratischen Frauenbewegung seit dem letzten Kongreß, der 1947 in Clichy stattfand. Der Verband, der gegenwärtig 500 000 Mitglieder in seinen Reihen vereinigt und eine der aktivsten Sektionen der Internationalen Demokratischen Frauenföderation ist, kämpft in Frankreich tatkräftig für Demokratie und Frieden. Auf Initiative des Verbands wurden im ganzen Lande Kundgebungen zum Schutz des Friedens veranstaltet; gleichfalls auf seine Initiative wurden in ganz Frankreich Unterschriften unter sogenannte „Friedenshefte“ (Cahiers de la paix) gesammelt. Wir sahen diese Dokumente. Mitunter ist dies ein von Kinderhand bemaltes Schulheft mit rührenden Zeichnungen. Manchmal ist das Heft in einen hölzernen, von einem Meister sorgsam geschnitzten Einbanddeckel gelegt. Inwendig: dichtbeschriebene Blätter, auf denen feurige Worte stehen, die zum Frieden aufrufen.

In den Reden der Delegierten wurden Beispiele dafür angeführt, wie die gut arbeitenden Ortsgruppen des Verbands zur wirklichen Seele der demokratischen Bewegung geworden sind. Alice Pinaud, Sekretärin der Departementsorganisation

von Côtes-du-Nord, berichtete über das bretonische Städtchen Guingamp, wo eine Ortsgruppe des Verbands französischer Frauen alle lokalen demokratischen Organisationen um sich vereinigt und einen Rat zum Kampfe für Frieden und Freiheit gebildet hat. Am 6. März hat auf Appell des Rats die ganze Bevölkerung des Städtchens zum Schutz der demokratischen Freiheiten demonstriert. Unter Leitung des Verbands gelang es auch, die Offensive der örtlichen Reaktion zurückzuschlagen, welche die werktätige Bevölkerung zu bedrängen und den Mietzins zu erhöhen versuchte.

Der Verband französischer Frauen hat für die demokratischen Rechte des Volks hartnäckig zu kämpfen. Er unterstützte den heroischen Kampf der Kumpels im Herbst 1948, wobei er eine Sammlung zugunsten der Streikenden veranstaltete. Mme. Jeanne Pitaval, Delegierte aus Roanne, erzählte auf dem Kongreß, wie die französische Reaktion die Frauen, die gegen das Polizeiregime Queuille-Moch kämpfen, mundtot zu machen sucht. Mme. Pitaval wurde gemeinsam mit Mme. Thomas, einer Katholikin, von der Polizei einzig darum verhaftet, weil sie auf einer Kundgebung zum Schutze des Friedens gesprochen hatte. Sie wurden genötigt, eine Strafe von 20 000 Frank zu zahlen. Eine andere Aktivistin des Verbands, Mme. Filipini aus St. Etienne, wurde darum verhaftet, weil sie einem Kumpel, der aus dem Gefängnis gekommen war, einen Blumenstrauß überreicht hatte.

Auf die Intrigen der Reaktion antworteten die Frauen mit noch festerer Schließung ihrer Reihen. Alle Frauen der Stadt versammelten sich bei dem Gerichtsgebäude, in dem der Fall Pitaval und Thomas zur Verhandlung stand. Nach der Urteilsverkündung traten der Ortsgruppe des Verbands in Roanne 187 neue Mitglieder bei...

Den einfachen Menschen Frankreichs sind die Raubinteressen der regierenden Kreise des Landes fremd. Die Kolonialpolitik der französischen Imperialisten ruft Protest und Empörung hervor. Mit großer Wärme wurden die Vertreterinnen Vietnams, Algeriens und Tunis' von den Kongreßdelegierten empfangen. Besonders enthusiastisch begrüßte man die Delegierte Vietnams, die über den heroischen Unabhängigkeitskampf ihres Volks berichtete und erklärte:

„Die Vietnameser Frauen begreifen, daß die werktätigen französischen Frauen unsere Schwestern sind. Die Frauen Frankreichs müssen uns beistehen und die Einstellung des ungerechten Kriegs durchsetzen!“

Die Delegierten von Tunis und Algerien berichteten über die schwere Lage der Kolonialvölker. Dalila Majiji, die Vertreterin von Tunis,

führte einige aufschlußreiche Zahlen an, die das Leben des Volks dieses Landes kennzeichnen. Tunis befindet sich seit 68 Jahren unter der Herrschaft der französischen Kolonialatoren. Dort besuchen nur 74 000 von 1 028 400 Kindern schulpflichtigen Alters die Schule. Die Sterblichkeit ist in Tunis dreimal so groß wie in Europa. Im Lande wütet Trachom, aber in ganz Tunis kommen auf 1,5 Millionen Kranke nur zwei Gesundheitsfürsorgerstellten. Die Kolonialbehörden haben für die Trachombekämpfung zwei Millionen Frank bewilligt, während 204 Millionen Frank für das System der Kolonialknechtung — Steuerbehörden, Polizei und Gefängnisse — draufgingen...

Der Kongreß erörterte und akzeptierte das Programm des Verbands französischer Frauen. Es enthält folgende Grundforderungen: Erringung von Lebensverhältnissen, die das Aufblühen der Familien gewährleisten; wirklichen Schutz der Familie und des Kindes; Schaffung einer glücklichen Zukunft für die Jugend; unentwegter Kampf für Frieden und Demokratie, für die Rechte des Volks; „eine Welt in Frieden, ein unabhängiges Frankreich, wo unsere Kinder frei und glücklich heranwachsen können“.

Der Verband wird für die Auflösung der knechtenden Verträge mit den USA-Imperialisten, für das Verbot der Atomwaffe und gegen den Kolonalkrieg in Vietnam kämpfen.

In diesem Programm spiegelt sich die Sorge der einfachen Menschen Frankreichs um das Schicksal des Landes wider.

„Wir spenden das Leben; es zu verteidigen ist unsere Sache, ist Sache der Familienmütter, der Frauen!“

In der Tat ist das Programm der demokratischen Frauen Frankreichs ein Programm zur Verteidigung des Lebens des Volkes.

* * *

Davon, daß die breitesten Bevölkerungsschichten dem Verbandsprogramm zustimmen, überzeugten wir uns, als wir einer nach dem Kongreß einberufenen Riesenkundgebung beiwohnten.

... Als wir am Morgen dem Eingang des Parks Chanot zuschritten, waren alle Wege und Straßen, die zu diesem Bezirk führen, von Volksmassen überflutet. Von der inmitten des Parks errichteten Tribüne aus erblickten wir ein Meer von Köpfen, über denen sich Plakate, Banner und Spruchbänder wiegten. Claudine Chomat, die Generalsekretärin des Verbands, eröffnete die kurze Kundgebung, auf der die Verbandsleiter sowie ausländische Gäste sprachen. Gleichzeitig begann die Demonstration...

Auf diesen Festzug hatte man sich von langer Hand vorbereitet. Aus allen Ecken und Enden

des Landes strömten in Marseille Menschenzüge zusammen, die von den Ortsgruppen des Verbands entsandt worden waren. In Nationaltracht, mit Feldblumensträußen, die sie unterwegs gepflückt hatten, betrat Frauen, Männer und Kinder den Platz vor der Tribüne. „Nieder mit dem Krieg!“, „Wir wollen das Schicksal unseres Landes mитentscheiden!“ — diese Worte standen auf Dutzenden Spruchbändern.

Unter den Demonstranten gab es viele Kinder. Es gab auch einzelne Kolonnen, die nur aus Kindern bestanden. Sie waren bunt gekleidet — blau, weiß und rot. Von oben her schien es, als entrollte sich auf dem Platz flatternd das Nationalbanner des revolutionären Frankreich. Eine Kolonne von Müttern mit Kindern auf den Armen kam heran. Kumpels trugen auf erhobenen Händen eine grauhaarige Frau: die Mutter eines Kumpels — Mutter des werktätigen Menschen des Landes. Eine spezielle Kolonne von Kulturschaffenden war aus Paris eingetroffen. In ihr marschierten die besten Vertreter der fortschrittlichen Intelligenz: Louis Aragon, Jean Cassou, Simone Téry und Claude Morgan...

Der Festzug währte einige Stunden. An ihm nahmen mehr als 100 000 Personen teil. Ergriffen und freudig verließen sie mit ihren Bannern den Park. Ihrer harrten Werkstage, ihnen stand ein hartnäckiger tagtäglicher Kampf für die im Park Chanot verkündeten Forderungen bevor.

* * *

Während unseres kurzen Aufenthalts in Frankreich hatten wir Gelegenheit, den Arbeitsalltag der werktätigen Französinnen mit anzusehen. Wir besuchten freilich nur eine einzige Fabrik. Die Unternehmer in Marseille und anderen Städten zeigten keine besondere Lust, die Sowjetvertreterinnen bei sich einzulassen. Als wir einen Betrieb besuchten, verstanden wir die Gründe dieses Mangels an Bereitwilligkeit.

Wir weilten in Marseille in der Spinnerei der Firma Capelotte, die Sackleinen herstellt. Über das, was wir dort sahen, waren wir tief erschüttert. Mir sind sowjetische Werke wohl bekannt, ich selber war Arbeiterin, und der Art meiner Tätigkeit zufolge besuchte ich oft Betriebe der Leichtindustrie. Nirgends in der Sowjetunion bekommt man so etwas zu sehen.

... In Begleitung des Fabrikbesitzers gingen wir in eine Abteilung. Übrigens ist dies keine Werkabteilung im gewöhnlichen Sinn dieses Wortes. In einem großen Raum sind sämtliche Fabrikarbeiter, vorwiegend Frauen, zusammengepfercht. Hier vollziehen sich alle Arbeitsprozesse: von der Sortierung des Rohmaterials bis zur Herstellung von Geweben. Darum ist die Luft mit Staub, Rauch und Ausdünstungen gesättigt.

Es gibt keinerlei Kanalisations- und Abzugsvorrichtungen. Nach ein paar Minuten bedeckt sich die Kleidung mit einer Staubschicht.

Besonders erschütterte uns der Anblick eines Winkels der Fabrik. Von fern schien mir, es sei dort eine Wand. Dann, beim Nähertreten, kam ich zu dem Schluß, daß dies eine Gardine sei. In Wirklichkeit erwies sich die Wand als eine dichte, fast undurchdringliche Staubwolke, hinter der die Gestalten der Arbeiterinnen kaum zu sehen waren. Hier, in einem kleinen Kämmchen, lockern sie das Rohmaterial auf. Kein Wunder, daß viele Arbeiterinnen in der Fabrik Capelotte an Tuberkulose erkranken.

Unsere Berichte über Arbeitsbedingungen und Arbeitsschutz in der Sowjetunion, über die soziale Sicherstellung und das Lebensniveau der Sowjetarbeiter machten auf die französischen Arbeiterinnen einen ungeheuren Eindruck. In dem Marseiller Hafen La Ciotat kamen wir mit Hafenarbeitern und ihren Frauen zusammen. In einem kleinen Kinosaal, den die Arbeiter nur für eine Stunde gemietet hatten, versammelten sich 250 bis 300 Personen: Frauen mit Kindern auf den Armen und Männer. Wir berichteten vom Leben der Sowjetarbeiter. Die Zuhörer lauschten mit angehaltenem Atem. Dann überschüttete man uns mit Dutzenden Fragen. Gibt es in der Sowjetunion wirklich keine Arbeitslosigkeit? Wie sind die bejahrten Arbeiter gesichert? Welche Rechte hat die Frau?

Wir erzählten, welche Rechte und Möglichkeiten die Sowjetfrauen als gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft besitzen. Als anschauliches Beispiel hierfür konnte das Leben der Mitglieder unserer Delegation dienen. So befand sich unter uns Walentina Chrissanova, eine Arbeiterin, der eine hohe Auszeichnung des Sowjetstaates, ein Stalinpreis, zuteil wurde.

Die Frauen hörten unsere Antworten und tauschten Zurufe aus. Die eine von ihnen sagte: „Ja, aber bei uns sind die arbeitenden Frauen zum Hungertod verdammt. Uns reichen schon nicht mehr die Kräfte zur Arbeit...“

Das Los der französischen Arbeiterin ist schwer. Für die gleiche Arbeit wie der Mann erhält sie erheblich geringeren Lohn. Die Preise steigen unaufhörlich. Die Arbeitslosigkeit verzerrt der Arbeiterklasse empfindliche Schläge.

Im Kampfe für ihre gesetzmäßigen Rechte stoßen die französischen Frauen auf den Widerstand der regierenden Kreise. Wir konnten einen Versuch der Reaktion beobachten, der demokratischen Frauenbewegung entgegenzuwirken. Ein paar Tage vor der Eröffnung des Kongresses erhöhten die Besitzer des Saals, in dem er stattfinden sollte, provokatorisch die Saalmiete.

Offenbar hoffte mancher, der Verband französischer Frauen könne diesen Preis nicht zahlen und der Kongreß werde nicht stattfinden.

Aber diese Hoffnungen gingen nicht in Erfüllung. In Marseille traf ein Zug von Kultur- und Kunstschauspielern aus Paris ein. Die angesehenen Schauspieler, Musiker und Schriftsteller beschlossen, einen Bunten Abend zu veranstalten und den Gesamterlös für die zusätzliche Saalmiete zu spenden. Den Abend leitete Francis Crenoux, der bekannte Sprecher des Pariser Rundfunks, den die Direktion unlängst wegen seiner Weigerung, reaktionäre Texte zu lesen, entlassen hatte. Louis Aragon rezitierte seine Gedichte, die Schauspielerin Ludmilla Pitoëff deklamierte eine Dichtung über Jeanne d'Arc und las Briefe vor, die Danielle Casanova vor ihrem Tode geschrieben. Der Abend war ein gewaltiger Erfolg, die Summe zur Bezahlung des Kongreßraums wurde aufgebracht. Es war nicht gelungen, den Kongreß zu vereiteln.

* * *

In Moskau wird im Antifaschistischen Frauenkomitee ein uns teures Geschenk aufbewahrt. Es ist eine Trikolore, die den Sowjetdelegierten auf dem Budapester Weltkongreß namens des Verbands französischer Frauen eingehändigt wurde. Das Banner trägt die Inschrift: „Jamais les mères françaises ne donneront leurs fils pour faire la guerre contre l'Union Soviétique.“ (Niemals werden die Mütter Frankreichs ihre Söhne für einen Krieg gegen die Sowjetunion hergeben.)

Am zweiten Tag des Marseiller Kongresses verlas Jelena Koschewaja das Antwortschreiben der Sowjetfrauen an den Verband, der ihnen das Banner übersandt hatte. In ihrer Rede kamen die warmen Empfindungen zum Ausdruck, welche die Sowjetmenschen für Frankreichs demokratisches

Volk hegen. Durch Beifallstürme und den Gesang der „Marseillaise“ bekräftigten die Kongreßdelegierten ihren in das Banner gewebten Schwur.

Und nicht nur auf dem Kongreß vernahmen wir Worte der Freundschaft und der Liebe.

Überall, wo die Sowjetdelegation erscheinen mochte, wurde ihr von den Werktätigen Frankreichs der wärmste Empfang zuteil. Im Städtchen Carnoules versammelte sich die ganze Bevölkerung auf dem Rathausplatz, um die Sowjetfrauen zu hören. In Toulon faßte der Saal, wo die Zusammenkunft stattfinden sollte, kaum alle, die Einlaß begehrten. Überall umgaben uns Dutzende von Freunden, die ihre Erkenntlichkeit für das Sowjetvolk, das Europa vom faschistischen Joch errettet hat, und ihre Liebe zum Genossen Stalin bekundeten.

Wir spürten die engen Freundschaftsbande, die uns mit den einfachen Menschen Frankreichs verknüpfen. Wir gewahrten ihre Kampfkraft und ihren Kampfgeist. Hinter dem Schwur der französischen Frauen steht der unbeugsame Wille des Volks. Nicht ohne Grund tönten die Worte der Mutter Danielle Casanovas so kraftvoll:

„Nein! Nicht umsonst sind eure Soja und unsere Danielle gestorben!“

„Nein! Nicht umsonst sind euer Oleg Koschewoi und unser Guy Mocquet gestorben!“

Frauen der Sowjetunion, Schwestern, vor euch leisten wir abermals feierlich unseren Schwur: Niemals werden die Frauen Frankreichs ihre Söhne für einen Krieg gegen die Sowjetunion hergeben!“

Mit diesen Worten, die sich uns tief ins Herz gesenkt hatten, verließen wir unsere gastfreudlichen Kameradinnen und wünschten ihnen restlosen Erfolg in ihrem schweren, doch edlen Kampfe für Frieden und Demokratie.

KRITIK UND BIBLIOGRAPHIE

„Inoffizieller Rechenschaftsbericht“ Vincent Tewsons

L. SEDIN

IM SEPTEMBER d. J. steht der 81. Jahreskongreß der britischen Trade Unions bevor. Das Herannahen dieses Datums verursacht den hohen Gewerkschaftsbazonzen aus dem Generalrat keine geringe Besorgnis. Sie zweifeln natürlich nicht am Ausgang der Abstimmung. Dank ihren Bemühungen sind die Jahreskongresse der Gewerkschaften in England zu einer ungeheuer undemo-

kratischen Maschine geworden, die Resolutionen und Beschlüsse am laufenden Band herstellt, wie sie der Leitung des Trade-Union-Kongresses (TUC) und der Spalte der Labourpartei genehm sind.

Aber bekanntlich können selbst die vollkommensten Maschinen manchmal versagen. Auf den beiden vorigen Kongressen — in Southport und in

Margate — mußten die Generalratsführer infolge der ernstlichen Opposition, auf die ihre Vorschläge stießen, nicht wenige unangenehme Minuten durchmachen. So sorgfältig die Kongreßdelegierten auch gesiebt worden waren, mit wieviel Schluhaft man die bürokratische Kongreßprozedur auch ausnutzte und die Kritik mundtot machte, die Unzufriedenheit der Massen brach sich dennoch immer wieder Bahn, und zwar in Form von Gegenprojekten und zahlreichen Verbesserungsanträgen zu den offiziellen Resolutionsvorlagen über die einzelnen Fragen. Es genügt, daran zu erinnern, wie Arthur Deakin auf der Rednertribüne von Margate tobte, bis es ihm gelang, eine Ablehnung der gemeinsamen Resolution des Einheitsverbands der Bäcker und der Gewerkschaft der Tabakarbeiter durchzusetzen, in der auf Unterstützung der Weltföderation der Gewerkschaften gedrungen und die Handlungsweise der Spalter der Arbeitereinheit verurteilt wurde.

Die Führer des Generalrats haben gegenwärtig besondere Ursache, ein Anwachsen der Opposition in den Reihen der Trade Unions zu befürchten. Englands Teilnahme am aggressiven nordatlantischen Block, die Verschlechterung der Wirtschaftslage im Lande und das Sinken des Lebensstandards der Werktätigen, der Bruch der Gewerkschaftsbonden mit der Weltföderation der Gewerkschaften und ihre Kapitulation vor den Magnaten der City — das alles hat eine umfangreiche Protestbewegung unter den Gewerkschaftsmassen hervorgerufen. Eine um so unangenehmere Tatsache, als die Parlamentswahlen vor der Tür stehen und die Obermacher der Labourpartei in diesem Zusammenhang von ihren Agenten in der Trade-Union-Leitung verlangen, sie sollen einmütige Billigung der Politik Attlee-Bevin-Cripps durch die Gewerkschaften mimen.

Unter diesen Umständen sind die Generalratsführer der Trade Unions genötigt, besondere Maßnahmen zu treffen, um ihre Handlungsweise in den Augen der Arbeiter und der Gewerkschaftsaktivisten zu rechtfertigen. Die Propagandamaschine des Transport House läuft in diesen Tagen auf voller Tourenzahl, um die Trade-Union-Mitglieder zu desorientieren und zu desinformieren. Diesem Zweck dient auch eine Broschüre von Vincent Tewson, betitelt „Die Tätigkeit des britischen Trade-Union-Kongresses“*.

Der Verlag empfiehlt diese Broschüre als inoffiziellen Rechenschaftsbericht des Generalrats für die sechs Monate, die seit dem Kongreß von Margate verstrichen sind. Der Verfasser macht aus

den Beweggründen, die ihn veranlaßt haben, zur Feder zu greifen, kein Hehl. Sein Ziel ist es, der Opposition nach Möglichkeit schon vorher den Mund zu stopfen und der Vorbereitung zum fälligen Trade-Union-Kongreß die gewünschte Richtung zu geben. Allerdings drückt Tewson diesen Gedanken passabler aus. Er schreibt:

„Es ist zu erwarten, daß die dem britischen Trade-Union-Kongreß angeschlossenen Organisationen mit diesem Rechenschaftsbericht vor Augen weniger Schwierigkeit haben werden, Resolutionen zu der Trade-Union-Tagung vom September d. J. auszuarbeiten. Eins der Hauptziele dieser Publikation besteht eben darin, den Gewerkschaften in dieser Sache behilflich zu sein.“

Aber Tewson wird wohl kaum das Ziel erreichen, das er sich gesteckt hat. Sein „inoffizieller Rechenschaftsbericht“ wird bei den Gewerkschaftsmitgliedern eher nur Entrüstung auslösen. Auf vielen Seiten registriert der Verfasser liebenvoll alle Erfolge und Errungenschaften des Generalrats, sogar einschließlich der erschütternden Tatsache, daß es jetzt in englischen Erholungsheimen endlich „zwei Plätze für gewerkschaftlich organisierte Frauen und Ehefrauen von Gewerkschaftsmitgliedern“ gibt. Aber alle aktuellsten Probleme, die die Werktätigen wirklich bewegen, hat Tewson entweder ganz übergangen oder ihnen eine Auslegung gegeben, die keinem gesunden Menschenverstand begabten Wesen annehmbar erscheinen kann.

Aus den Abschnitten des Rechenschaftsberichts, in denen die wirtschaftliche Lage Englands und die Lebensbedingungen der werktätigen Massen geschildert sind, spricht ein von Amts wegen zur Schau getragener Optimismus, sie sind durchdrungen von dem Bestreben, die wirkliche Lage schönzufärben. Es ist das eine Lobeshymne auf die labouristische Oberschicht, gesungen von einem untertänigen Trade-Union-Bonzen. „Ein beständiges Jahr“, „Wir kommen aus“ — das sind charakteristische Untertitel dieses Teils der Broschüre. Tewson ist mit allem zufrieden: sowohl mit der Ernährungslage als auch mit den Löhnen und dem Edelmut der britischen Industriellen, die angeblich eingewilligt haben, „die Dividenden nicht zu erhöhen“; er ist zufrieden mit der Verstaatlichungspolitik der Labourregierung. Will man dem Verfasser glauben, so sind die englischen Arbeiter entzückt von dem Beschuß des Trade-Union-Generalrats, die Lohnstopppolitik der Regierung zu unterstützen. So ganz nebenbei muß er jedoch zugeben, daß das „Weißbuch über persönliche Einkünfte, Kosten und Preise“ in einer Reihe von Fällen dazu benutzt wurde, die Weigerung von Regierungsorganen zu rechtfertigen, „die Forderungen der Arbeiter über Lohnerhöhung wenigstens entsprechend zu erwägen“.

* What the TUC is doing. An informal account of the activities of the General Council of the Trades Union Congress since September 1948, introduced by Vincent Tewson. London 1949.

Wie groß ist der Unterschied zwischen der englischen Wirklichkeit und diesem von Tewson entworfenen rosigen Bildchen! Auf ihren Junikonferenzen lehnte die Mehrheit der Trade Unions es ab, der Aufforderung des Generalrats Folge zu leisten und „sich zu den im vorigen Jahr tatsächlich erzielten Erfolgen zu gratulieren“. Die Delegierten dieser Konferenzen sprachen von den wachsenden Lebenshaltungskosten, vom Steigen der Preise und Steuern. Sie weigerten sich, die Lohnstopppolitik der Regierung, die zu einer weiteren Vereindlung der Werktätigen und Bereicherung der Monopole führt, zu unterstützen. Die Vereinigte Gewerkschaft der Maschinenbauer, die Landesföderation der Bauarbeiter, die Gewerkschaft der technischen Arbeiter des Post- und Telegraphenwesens, der Landesverband der Eisenbahner u. a. stellten Lohnforderungen. Die Eisenbahner drohen mit einem „italienischen Streik“ und wollen ihn so lange fortsetzen, bis ihre Forderungen befriedigt werden. Ist das nicht ein Beweis dafür, daß die Arbeiterklasse die Politik der Ausplünderung der Werktätigen ablehnt, die von den Monopolherren durch die Labourregierung betrieben wird?

In den letzten Monaten ließen sich die Trade Union-Führer des langen und breiten über die „neue Verantwortung“ und die „neuen Verpflichtungen“ der englischen Gewerkschaften aus. Tewsons Broschüre zeigt unmißverständlich, was das für eine Verantwortung ist und um was für Verpflichtungen es sich handelt. Der Generalrat und seine Organe sind zu einem jämmerlichen Komitee für Gewerkschaftsangelegenheiten bei der Labourregierung geworden. Unterwürfige Eingaben an die verschiedenen Minister und gehorsame Befolgung ihrer Anweisungen und Ausführungen sind der heutige Arbeitsstil des Generalrats. Wie kann da von einem wirklichen Kampf für die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder die Rede sein?

Fast auf jeder Seite der Broschüre wird kriecherisch wiederholt, was Minister Soundso erklärt und was seine Kabinettskollegen geäußert haben, als der Generalrat es wagte, sie wegen irgendeiner Frage anzugehen. So legt Tewson z. B. in folgendem Sinne Rechenschaft über die Erfüllung der schon 1947 auf der Southporter Tagung gefassten Resolution ab, in der die Regierung aufgefordert wurde, ein spezielles Komitee für Theaterfragen zu bilden. Die Absicht war, daß in diesem Komitee sowohl die Direktionen als auch das Personal der Theater vertreten sein sollen, und daß ihm ausreichende Vollmachten erteilt werden, um über die Regelung der Bühnenangelegenheiten in England, über den „Gesundheits- schutz und die Bequemlichkeit des Theater-

personals zu wachen“ und schließlich zu helfen, daß „das Theater der Arbeiterklasse zugänglich gemacht wird“. Tewson teilt mit:

„Diese Resolution wurde dem Schatzkanzler überreicht, der bereits einiges Interesse für einen solchen Vorschlag gezeigt hatte... Aber bisher ist noch kein Arbeitsausschuß eingesetzt worden... Vor kurzem wurden Maßnahmen ergriffen, um diese Sache ausführlicher mit dem Wirtschaftssekretär des Finanzministeriums zu diskutieren.“

Das ist das erbärmliche Resultat, dessen sich Tewson nach anderthalb Jahren rühmen kann. Übrigens ist es auch um die wichtigsten anderen Fragen, die die englischen Arbeiter bewegen, nicht besser bestellt. Nehmen wir als Beispiel das Verstaatlichungsprogramm und die Leitung der verstaatlichten Betriebe. Es ist den Generalratsführern trotz aller Bemühungen nicht gelungen, zu verhindern, daß der Kongreß von Margate eine Resolution annahm, in der eine aktiverere Beteiligung der Arbeiter an der Tätigkeit der Verwaltungen für die verstaatlichten Industriezweige gefordert wird. Was ist jetzt auf diesem Gebiet geleistet worden? Der Verfasser der Broschüre quetscht vielsagend durch die Zähne:

„Wir haben unsere Beobachtungen im Sinne der Resolution fortgesetzt... Wir haben auch mit dem Exekutivkomitee der Labourpartei einen Meinungsaustausch über die Verwaltung der nationalisierten Industriezweige gepflogen... Die Unterredungen gehen weiter.“

Das ist alles, was er zu sagen hat. Dafür beeilt Tewson sich, seine Solidarität mit dem neuesten Regierungskurs auf dem Gebiete der Verstaatlichung zu bekunden, und erklärt, daß hier „alle wichtigsten Momente der Politik des TUC berücksichtigt worden“ seien. Wenn dem so ist, so hat die Politik des Generalrats nichts mit den Wünschen der englischen Arbeiter gemein, die auf einer Verstaatlichung der wichtigsten Industriezweige bestehen, zudem auf einer wirklichen Verstaatlichung, die eine Liquidierung des Monopolkapitals in dem betreffenden Industriezweig bedeuten würde. Die Generalratsführer suchen die Labourpraktiken mit der falschen Nationalisierung durch Salbadereien darüber zu rechtfertigen, daß „Gesetze, die in der Theorie gut sind, in der Praxis nicht immer restlos realisiert werden“. Mit derart armseligen Sophismen und mit frei- gebiger Demagogie wird das wahre Wesen der sozialen und wirtschaftlichen Politik der rechten Labouristen verhüllt, die nichts anderes ist als eine vollständige Kapitulation vor dem Monopolkapital.

Kennzeichnenderweise hat sich in dem wortreichen Rechenschaftsbericht auch kein Platz für eine Mitteilung darüber gefunden, wie die einstimmig in Southport angenommene Resolution

ausgeführt wird, die verlangt, daß der Generalrat die Verwirklichung des Prinzips gleicher Arbeitsentlohnung für Frauen und Männer sicherstellt. Tewson schweigt über diesen Beschuß aus begreiflichen Gründen: er hat nichts hierüber zu sagen. Die Labourregierung denkt gar nicht daran, die Privilegien der Industriellen anzustören, die die billigen weiblichen Arbeitskräfte ausbeuten. Der Generalrat aber widerspricht den Labourministern mit keinem Wort...

Im Grunde ist der ganze erste Teil von Tewsons Rechenschaftsbericht, der Inlandsproblemen gilt, nur eine Erzählung davon, wie die Trade-Union-Führer bei Ministern antichambrieren. Dabei erlaubt er sich kein einziges Wort der Kritik, keine einzige Gebärde der Mißbilligung an die Adresse der hohen Labourwürdenträger. Offenbar ist das die neueste Mode der englischen Demokratie. Aussprüche von Cripps und Aphorismen von Bevin sind zum „Neuen Testament“ der britischen Gewerkschaftsbonzen geworden.

Der Generalrat des Trade-Union-Kongresses, der sich in ein willenloses Anhängsel des Exekutivkomitees der Labourpartei verwandelt hat, beeilt sich jetzt, den Kampfgeist aus den Gewerkschaften auszumerzen.

Wie bekannt, sind in den vier Jahren der Labourherrschaft die Positionen des englischen Großkapitals unerschüttert geblieben. Dennoch suchen die Trade-Union-Führer geschäftig den britischen Kapitalismus als „sozialistisches Staatswesen“ zurechtzuschminken. Man will dem Volk einreden, daß die Ziele der Kapitalmagnaten mit den Interessen der einfachen Menschen Englands identisch sind, daß der Arbeiter, der auf Lohnerhöhung verzichtet, und die Aktionäre von Industriegesellschaften, die sich Millionenprofite teilen, in gleicher Weise der Sache der nationalen Wiederherstellung dienen. In Wirklichkeit versucht man, gedeckt durch das lärmreiche Gerede über den Anbruch des Sozialismus, die Arbeiterklasse angesichts der Offensive der Monopole zu entwaffnen, die unter der Labourregierung noch gieriger geworden sind, als sie es früher waren. Die Streiks der Arbeiter zum Schutz ihrer Interessen werden zu „wilden Streiks“ erklärt und verboten. Der Kampf um Lohnerhöhung wird als ein Verbrechen gegen die „Nation als Ganzes“ und als „kommunistische Sabotage“ hingestellt.

Im Vorwort gibt Tewson die Thesen seiner Broschüre und erklärt, in dem Abschnitt über die Ereignisse im Innern des Landes werde er „hauptsächlich zwei Themen“ behandeln, „nämlich: die Produktivität und das versuchte Vordringen der Kommunisten“. Es wäre viel natürlicher, wenn man statt der Unterschrift eines Gewerkschaftsführers unter einem solchen Programm die

Unterschrift irgendeines Erzreaktionärs aus der Föderation britischer Industrieller erblickte.

Im Rechenschaftsbericht des Trade-Union-Generalrats wird das weitverzweigte bürokratische System aller möglichen „Konsultativausschüsse“, die jetzt von der Regierung unter aktiver Beteiligung der Trade-Union-Führer geschaffen werden, in allen Tonarten gepriesen. Spezielle Abschnitte der Broschüre schildern die Tätigkeit der „Ausschüsse für Lohnfragen“, der „Verwaltungsausschüsse“, der „Konsultativkomitees“, der „Vereinigten Komitees für Produktionsfragen“, der „Konsultativkomitees der Bezirke“, der „Entwicklungsausschüsse“, irgendeines „zentralen Konsultativkomitees für Verbraucher“ usw. usf.

Dies System hat einen doppelten Zweck. Einerseits gibt es ausgedehnte legale Möglichkeiten, Leute zu pappeln und zu besiechen, die Beamte der genannten Körperschaften geworden sind. Anderseits wird im Volke die grundlose Illusion geschaffen, als hätten die einfachen Menschen im Labourenland wahrhaftig eine Möglichkeit erhalten, an der Verwaltung des Staates und der Industrie teilzunehmen. Sind doch in diesen „konsultativen“ Körperschaften um des Scheins willen „Vertreter von Arbeitern und Angestellten“ anwesend, selbstverständlich aus der Zahl gutgedrillter Gewerkschaftsfunktionäre. Gegen diese neue Beamtenkaste wandte sich vor kurzem der Delegierte Saniel aus Worcester auf einer Konferenz der Vereinigten Gewerkschaft der Maschinenbauer. Er sagte:

„Wir wollen in den Verwaltungen“ (der verstaatlichten Industriezweige) „durch Leute vertreten sein, die den Kontakt mit denjenigen nicht verloren haben, die sie repräsentieren.“

Sklavische Unterwerfung vor der Labourregierung und ihren Wall-Street-Gönnern spricht auch aus denjenigen Zeilen des Rechenschaftsberichts von Tewson, wo von der Tätigkeit des englisch-amerikanischen Ausschusses zur Hebung der Arbeitsproduktivität (Anglo-American Council on Productivity) die Rede ist, der im vorigen Jahr auf Anregung von Cripps und Hoffman gebildet wurde. Die demokratische Öffentlichkeit Englands beurteilte das Auftauchen dieser Körperschaft mit Recht als einen Versuch der amerikanischen Monopolherren, sich in die inneren Angelegenheiten einzumischen und die englische Industrie unter ihre Kontrolle zu nehmen. Tewson aber bezeichnet die Bildung des Ausschusses und seine Tätigkeit als einen „großen Erfolg“. Er murrt, die Produktivität des englischen Arbeiters sei bedeutend geringer als die des Arbeiters in den USA, und ruft im Duett mit der Föderation britischer Industrieller zu weiterer Arbeitsintensivierung durch Übernahme der „amerikanischen Erfahrungen“ auf, d. h. zur Verstärkung des

englischen Antreibersystems durch amerikanische Methoden.

* * *

Zahlreiche Übertreibungen und Entstellungen allgemein bekannter Tatsachen kennzeichnen auch den Teil von Tewsons „inoffiziellem Rechenschaftsbericht“, wo es sich um die Tätigkeit des Generalrats in der internationalen Arena handelt.

Umsonst würde man in der Broschüre irgendwelche Hinweise darauf suchen, daß die Führer des britischen Trade-Union-Kongresses den Kampf der breiten Volksmassen für Frieden und Demokratie, gegen die Gefahr eines neuen Krieges unterstützen oder gutheißen. Der Verfasser des Rechenschaftsberichts tut, als habe er von solchen Dingen nichts gehört; auch den bekannten Austausch von Botschaften zwischen dem Gewerkschaftsausschuß von Lancashire und Cheshire einerseits und den Gewerkschaften Lenigrads anderseits, in denen die Bedeutung der englisch-sowjetischen Freundschaft und Zusammenarbeit für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens hervorgehoben wurde, läßt Tewson unerwähnt.

Dagegen spart Tewson weder Worte noch Papier, um den Kolonalkrieg in Malaya zu rechtfertigen. Er beruft sich auf die Gedankengänge seiner gewerkschaftlichen „Sachverständigen“ und segnet die Handlungsweise des Kolonialministeriums, stellt den Volksaufstand gegen die Kolonialknechtschaft als die Meuterei einer „Handvoll chinesischer Terroristen“ hin und wiederholt alle übrigen Erfindungen der offiziellen britischen Propaganda. In dem Abschnitt der Broschüre, der „Die Lage in Griechenland“ übergeschrieben ist, wird im Grunde die unverfrorene Verleumdung der monarchistisch-faschistischen Behörden gegen die fortschrittlichen griechischen Gewerkschaftsführer und gegen die demokratischen Kräfte dieses Landes überhaupt wiederholt.

Ein besonderes Kapitel des Rechenschaftsberichts handelt von dem Bruch des Generalrats mit der Weltföderation der Gewerkschaften. Gleisnerisch mißt Tewson diesem Kapitel „historische Bedeutung“ bei. In Wirklichkeit kann es für einen künftigen Chronisten der englischen Trade Unions nur als Muster der Wahrheitsentstellung und Tatsachenfälschung von Bedeutung sein.

„Wir waren wohlmeinend“, behauptet Tewson und sucht das Verhalten der Generalratsführer zur Weltföderation der Gewerkschaften in möglichst günstigem Lichte darzustellen. Er erwähnt die freche ultimative Forderung des Generalrats, die Föderation solle ihre Tätigkeit zeitweilig einstellen — in Wirklichkeit aber aufgelöst werden —, und schreibt zynisch, dieser Vorschlag sei „in guter Absicht“ gemacht worden!

Bekanntlich haben die englischen Gewerkschaftsführer und ihre amerikanischen Freunde, als sie auf die Spaltung der Föderation hinarbeiteten, einen längst erdachten Plan ausgeführt, bei dessen Aufstellung, wie jetzt genau ermittelt ist, auch das Staatsdepartement und das Foreign Office mit Hand angelegt hatten. Das Komplott gegen die internationale Einheit der Arbeiterklasse, das zum Glück nicht die von seinen Urhebern erwarteten Folgen zeitigte, hat unter den Werk täglichen vor allem Englands stärkste Entrüstung ausgelöst. Tewson kann hierüber nicht in Unkenntnis sein. Deshalb eben bemüht er sich, die Tatsachen auf den Kopf zu stellen.

Tewson will glauben machen, er und seine Freunde aus dem Generalrat hätten bis zur letzten Minute „danach gestrebt, eine nicht wieder auszufüllende Bresche in der Einheit der Weltgewerkschaftsbewegung zu vermeiden“. Deshalb eben hätten sie ja vorgeschlagen, die Föderation wie eine Mumie einzubalsamieren, um eine „Atempause“ zu erhalten und inzwischen „besseren Rat“ ausfindig zu machen. Tewson ver schweigt, daß sie schon damals einen fertigen Be schluß auf Lager hatten, dem zufolge laut Forderung der USA-Regierung die Neuschaffung einer bastardhaften internationalen Zentrale vom Schlag der Amsterdamer Internationale vorge sehen war, in der für die Gewerkschaften der Sowjetunion und der Länder der Volksdemokratie kein Platz gewesen wäre und Tewson, Deakin, Green und Konsorten die volle Macht ausgeübt hätten. Man muß selbst der geringsten Achtung für die geistigen Fähigkeiten seiner Leser entbehren, um nach allem, was in den letzten Monaten vorgefallen ist, nochmals von „guten Absichten“ des Generalrats gegenüber der Weltföderation der Gewerkschaften zu schwatzen. Die hastige Ein berufung der Genfer Spalterkonferenz am Vor abend des zweiten Weltgewerkschaftskongresses zeigt, worauf es die Generalratsführer und ihre amerikanischen Vormünder von Anfang an abgesehen hatten.

Zu Provokationszwecken sucht der Verfasser der Broschüre die Leser gegen die Weltföderation der Gewerkschaften aufzubringen, indem er weinerlich die „Anwürfe“ ausmalt, denen die englische Gewerkschaftsbewegung angeblich von selten „gewisser Gewerkschaftszentralen“ ausgesetzt gewesen sei. Diese Anwürfe seien schließlich der art unerträglich geworden, daß Tewson und seinen Freunden nichts anderes übriggeblieben sei, als die Föderation zu verlassen. Auch hier begeht Tewson eine gräßliche Entstellung der Tatsachen. Vor allem ist hervorzuheben, daß weder die Weltföderation der Gewerkschaften noch die ihr angeschlossenen Landeszentralen jemals

gegen die britische Gewerkschaftsbewegung ausfällig geworden sind. Sie konnten es jedoch nicht unterlassen, die Spaltungspolitik der Vertreter des Generalrats zu verurteilen, besonders seitdem deren Plan, die Föderation zum Zerfall zu bringen, offenkundig geworden war. Eine derartige Kritik wurde in nicht geringerer Stärke auch in England selbst geübt. Den Kampf gegen das Gruppen von Spaltern, welch hohe Posten sie auch bekleiden mögen, als Feindseligkeit gegen die englischen Gewerkschaften auszugeben, ist ganz einfach grober Betrug. Tewson und Deakin identifizieren ihre Person in einem Anfall von Großmannssucht mit der englischen Gewerkschaftsbewegung. Für die Weltöffentlichkeit aber ist der Unterschied zwischen der Spalterpolitik der Trade-Union-Spitze, die nach Anweisung der USA-Imperialisten die Einheit der internatio-

nalen Gewerkschaftsbewegung zerstören will, und den Bestrebungen der Arbeiterklasse Englands ganz klar.

* * *

Der „inoffizielle Rechenschaftsbericht“ Vincent Tewsons erweist sich somit als die nächstfällige Wiederholung der offiziellen und längst enthüllten Versionen der Generalratsführer. Wenn diese Führer derartige Dokumente fabrizieren, so können sie dadurch ihre Liebedienerei vor den englischen und den amerikanischen Monopolen den Massen nicht verheimlichen und sie können unter den einfachen Trade-Union-Mitgliedern und den unteren Gewerkschaftsaktivisten nicht die wachsende Unzufriedenheit mit der Politik der Trade-Union-Spitze unterdrücken. Eher umgekehrt: solche Dokumente stellen ihre Verfasser restlos bloß.

29. Juni

In Moskau schließen die Sowjetunion, Polen, Finnland und die Tschechoslowakei dreiseitige Warenaustauschabkommen für die Dauer eines Jahres.

1. Juli

Achtundzwanziger Jahrestag der Kommunistischen Partei Chinas.

Abschluß eines Handelsabkommens zwischen Polen und den Westzonen Deutschlands für die Dauer eines Jahres.

2. Juli

Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands hält in Mühlhausen (sowjetische Besatzungszone Deutschlands) ihren ersten Parteitag ab. Annahme des Parteiprogramms, das als wichtigste Aufgabe den Kampf für die Einheit Deutschlands im Rahmen einer breiten Nationalfront proklamiert.

4. Juli

Beendigung des 2. Kongresses der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft (neuer Name der Deutschen Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion) in Berlin. Wiederwahl Jürgen Kuczynskis zum Vorsitzenden ihres Vorstands.

Beschluß der Finnlandischen Bank, den Kurs der Währungen der USA, Englands, Schwedens, Dänemarks, Norwegens, Frankreichs, Belgiens, der Schweiz und Hollands gegenüber der finnischen Mark um durchschnittlich 17,7 Prozent zu erhöhen.

5. Juli

Eröffnung der 9. Tagung des Wirtschafts- und Sozialrats der UNO in Genf.

CHRONIK DER INTERNATIONALENEREIGNISSE

Juni—Juli 1949

Die stellvertretenden Chefs der vier Obersten Besatzungsbehörden in Deutschland vereinbaren unverzügliche Einberufung von Beratungen der vier Kommandanten Berlins zur Ausführung der Beschlüsse des Außenministrats betr. Erörterung der allgemein bedeutsamen Fragen der Verwaltung Berlins. Schaffung eines Viertägige-Sonderausschusses von Sachverständigen, der beauftragt ist, Empfehlungen zur Durchführung der anderen Weisungen des Außenministrats an die Besatzungsbehörden in Deutschland einzureichen.

In Moskau wird ein Vorbereitungsausschuß zur Einberufung einer Unionskonferenz der Friedensanhänger gebildet.

Eine von Z. Fierlinger, dem stellvertretenden tschechoslowakischen Ministerpräsidenten, geführte Regierungsdelegation der Tschechoslowakischen Republik trifft zur Eröffnung der tschechoslowakischen Industrieausstellung in Moskau ein.

Eröffnung einer ordentlichen Tagung der Großen Nationalversammlung Rumäniens in Bukarest.

6. Juli

Eröffnung der von der tschechoslowakisch-sowjetischen Handelskammer veranstalteten 2. tschechoslowakischen Industrieausstellung in Moskau.

7. Juli

Der 2. Weltgewerkschaftskongress in Mailand nimmt zum Rechenschaftsbericht des Generalsekretärs einstimmig eine Resolution an, in der die Tätigkeit der Weltföderation der Gewerkschaften gutgeheißen wird.

Verhaftung George Piranskys, des seit 1923 in den USA wohnhaften Sekretärs des Amerikanischen Slavenkongresses, durch die Einwanderungsbehörden der USA zwecks Ausweisung als ausländischer Kommunist.

Bildung eines Ausschusses von Friedensanhängern in der Tschechoslowakei.

In den USA richten 216 angesehene Gewerkschafter, Schriftsteller und andere Vertreter der Geistesgeschaffenden von 30 Staaten an die Senatoren eine schriftliche Aufforderung zur Ablehnung des Nordatlantischen Vertrags und zur Beibehaltung der sowjetisch-amerikanischen Meinungsverschiedenheiten auf dem Verhandlungsweg.

9. Juli

Beendigung des 2. Weltgewerkschaftskongresses in Mailand. Der Kongress nimmt ein Manifest zur Verteidigung des Friedens, der demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen der Werktagen sowie für die Festigung der Einheit der Arbeiterklasse an, ferner einen Aufruf an die Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder der USA, Englands und anderer Länder, deren Gewerkschaftsführer ihren Austritt aus der Weltföderation der Gewerkschaften erklärt haben. Wahl Giuseppe Di Vittorios zum Vorsitzenden der Weltföderation.

SENDEPLAN DES MOSKAUER RUNDFUNKS IN DEUTSCHER SPRACHE

Tägliche Sendezeiten (deutsche Sommerzeit)	Wellenlängen		
	Kurzwellen:	Mittelwellen:	Langwellen:
7.00—7.30	19,43; 25,17; 25,79	415,50	—
16.00—17.00	19,43; 25,17; 25,79; 31,12	415,50	—
17.30—18.30	19,43; 25,17; 25,47; 25,79; 31,12	415,50	—
20.30—21.30	25,47; 31,06; 31,12;	415,50	—
22.00—22.30	31,06; 31,12	415,50	—
23.30—00.30 (Mittwochs- und Sonntagskonzert)	25,21; 30,74 31,12; 31,65	238,50; 360,60 377,40; 400,50; 415,50	1115

In der
Morgensendung
7.00—7.30

Nachrichten; Kommentare zu aktuellen politischen Fragen; Musik.

In der
1. Nachmittagssendung
16.00—17.00

Übersicht über die Sowjetpresse; Nachrichten; Skizze oder Bericht aus dem Leben der Sowjetunion; Kommentar zu internationalen oder deutschen Fragen; Musik.

Montags u. donnerstags: Russische Unterrichtsstunde.

Sonntags: Sendung für Kinder.

In der
2. Nachmittagssendung
17.30—18.30

Nachrichten; Chronik, Skizze oder Bericht aus dem Leben der Sowjetunion; Kommentar zu internationalen oder deutschen Fragen; Konzert.

Dienstags u. freitags: Wiederholung der russischen Unterrichtsstunde.

Sonnabends: Frauensendung und Wunschkonzert.

Sonntags: literarisch-musikalische Sendung.

In der
1. Abendsendung
20.30—21.30

Nachrichten; Chronik aus dem Leben der Sowjetunion; Kommentar zu aktuellen deutschen oder internationalen Tagesfragen.

Montags: Sendung für die Bauern.

Dienstags: Sendung für die Geisteswissenschaften.

Mittwochs: Sendung für die Jugend.

Donnerstags: Sendung für die Werk-tätigen des Ruhrgebiets.

Freitags: Sendung für die Arbeiter.

Sonnabends: literarisch-musikalische Sendung.

Sonntags: literarisch-musikalische Sendung für die Jugend; Briefkastensendung.

In der
2. Abendsendung
22.00—22.30

Nachrichten, Kommentar zu Themen des Tages; Konzert.

In der
Nachtsendung
23.30—00.30
(mittwochs u. sonntags)

Nachrichten; Konzert. Sonntags außerdem eine Vorschau der Musiksendungen der kommenden Woche.

DER MOSKAUER RUNDFUNK SENDET FÜR ÖSTERREICH:

Täglich nach MEZ:	Kurzwellen:	Mittelwellen:	Langwellen:
18.00	25,47; 30,67	—	—
20.30	25,47	377,40	1115

DIE NEUE ZEIT

ERSCHEINT WÖCHENTLICH IN
RUSSISCHER,
DEUTSCHER,
ENGLISCHER UND
FRANZÖSISCHER SPRACHE.

DIE NEUE ZEIT

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK
DER UdSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN
LEBENS. SIE INFORMIERT ÜBER DAS LEBEN DER
VÖLKER ALLER LÄNDER UND IHREN KAMPF FÜR
DEMOKRATIE, DAUERHAFTEN FRIEDEN UND SICHER-
HEIT. DIE ZEITSCHRIFT ENTLARVT DIE RÄNKE DER
FEINDE DES FRIEDENS UND DER INTERNATIONALEN
ZUSAMMENARBEIT UND FÜHRT EINEN KAMPF
GEGEN DIE KRIEGSBRANDSTIFTER. SIE TRITT GEGEN
FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN DER
REAKTIONÄREN PRESSE AUF.

DIE NEUE ZEIT

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEIN, SCHRIFT-
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN
UND ANDEREN PERSONALICHKEITEN DES ÖFFENT-
LICHEN LEBENS.